

Bundes-Wohnungs- und Siedlungsfonds, dann haben wir die Wohnbauförderung 1954, die Landeswohnbauförderung, auch die Gemeinden haben noch gewisse Wohnbauförderungsmaßnahmen, und so verschieden wie die Förderung des Wohnungsbaues ist, so verschieden sind auch die Mietzinse, und zwar deshalb, nicht auf Grund der Qualität oder der Lage und der Größe, sondern auf Grund des Kredites, der den Wohnungsbau ermöglicht hat. Wer also billiger wohnt, der wohnt nicht deshalb billiger in erster Linie, weil er dafür bedürftig ist, sondern weil er das Glück hat, in eine Wohnung zu kommen, die besser subventioniert ist. Wir sehen das zum Beispiel in den größeren Gemeinden ja sehr deutlich. Wir haben Mietzinse bei Häusern, die mit Wohnhaus-Wiederaufbau errichtet wurden, die sich um 4 S pro Quadratmeter bewegen. Wir haben Mietzinse bei Häusern, die aus Mitteln des Bundes-Wohnungs- und Siedlungsfonds errichtet wurden, die an die 10 S pro Quadratmeter für eine Wohnung herankommen. Nun, wenn ein kleiner Mann, wie wir das so nennen, mit einem Verdienst von 2000 S oder, wenn er eine große Familie hat, nun eine solche Wohnung bekommt, dann tut er sich ein bisschen schwer. Ich glaube, da kann man wohl folgendes sagen: Das heutige Wohnungswesen ist gekennzeichnet einerseits dadurch, daß darin sehr viele unwirtschaftliche Momente zu finden sind, aber auch sehr viele unsoziale. Ich denke nur an das Schicksal der Untermieter, die also, ich möchte fast sagen, die Hauptleidtragenden dieser ungelösten Probleme darstellen. Aber das heutige Wohnungswesen ist auch nicht imstande, den Bedarf zu decken, ja und es ist auch gekennzeichnet dadurch, daß der vorhandene Wohnraum nur unzulänglich genutzt wird. Die Hortung von Wohnraum entspringt ja aus dem Wohnungswesen. Ich möchte sagen, fast eine Zwangsfolge der Unwirtschaftlichkeit und Unzulänglichkeit. Dazu gibt es gerade durch die Art des Wohnungswesens große städtebauliche Probleme. Es wird also höchste Zeit, Ordnung herbeizuführen. Ich erlaube mir namens der Österreichischen Volkspartei, hiezu einige Vorschläge zu erstatten:

1. Man sollte die Fonds der öffentlichen Hand vereinigen, um zu einer wirklich einheitlichen Förderung des Wohnungsbaues zu gelangen.

2. Diese vereinigten Fondsmittel sollten auf die Länder aufgeteilt werden, und zwar deshalb, weil wir z. B. in der Steiermark viel besser die Verhältnisse und all die Not und all die lokalen Bedürfnisse kennen, als wenn das von Wien her geschieht, und

3. glaube ich, daß man mehr zur subjektiven Hilfe übergeben müßte. Ich könnte mir vorstellen, daß man ähnlich wie beim Kinderbeihilfenfonds auch einen Fonds wie eine Mietzinshilfe schaffen könnte. Es könnte dadurch einerseits vermieden werden, daß eine Erhöhung der Mietzinse zur sozialen Härte wird, da doch gewisse wirtschaftliche Rücksichten dabei ihre Beachtung finden und auf der anderen Seite der Minderbemittelte, auch vor allem der mit der großen Familie, sich eine familiengerechte Wohnung leisten kann.

Und dann glaube ich, wenn wir zu dieser subjektiven Förderung gekommen sind, wären wir auch in der Lage, nach und nach eine größere Wirtschaftlichkeit des ganzen Wohnungswesens herbeizuführen. Ich glaube, daß das unerlässlich ist. Meine Damen und Herren, wenn man sich die Statistik ein bisschen ansieht, und wenn man feststellt, daß z. B. in der Steiermark im Jahre 1961 die Mietzinsbelastung pro Kopf 164 S betragen hat, pro Kopf und Jahr, d. h. also im Monat ein bißchen mehr als 10 S, dann ist daraus leicht abzuleiten, daß mit diesem Ertrag eine Wirtschaftlichkeit des Wohnbaues nicht gewährleistet ist. Es sei jedem gegönnt, möglichst billig zu wohnen — natürlich —, aber es muß auch der Wohnraum gesichert sein, und er muß soweit ertragsfähig gestaltet werden, daß es sich lohnt, Wohnraum zu schaffen. Ich glaube also, daß eine sinnvolle Ordnung, ohne daß dadurch soziale Härten entstehen und daß dabei auch die Wirtschaftlichkeit des Wohnungsbaues erreicht werden kann, daß ein solcher Weg wirklich beschritten werden soll. Es wäre Zeit, diesen Weg zu beschreiten und nach einer Lösung zu suchen. Vielleicht gilt auch hier etwas, was ich in anderem Zusammenhang mit dem Gesundheitswesen gesagt habe. Wenn man so im kleineren Kreise über diese Probleme spricht, dann findet man viel mehr Zustimmung, als wenn auf das Podest gestiegen wird. Auch da ist festzustellen, daß jeder eine andere Brille aufsetzt, wenn er vor der Öffentlichkeit redet und wenn er den Standpunkt einer politischen Partei vertritt und ähnliches mehr. Und man hat oft nicht ganz den Mut, die Dinge beim Namen zu nennen, wiewohl man sie kennt und wiewohl man auch überzeugt ist, daß es richtig wäre, sie beim Namen zu nennen. Es würde sich auch hier der Mut zur Wahrheit sehr nutzbringend zeigen, weil ich glaube, daß damit Ordnung geschaffen werden kann. Und Ordnung auf dem Wohnungswesen würde sicherlich bedeuten, daß wir zu mehr Wohnungen kommen, und jeder Schilling, der sich aus dem privaten Kapital für den Wohnungsbau gewinnen läßt, jeder Schilling ist mit ein Stein für eine Wohnung. Und ich glaube, daß es sich wirklich lohnen würde, diesen Weg zu beschreiten. Mehr Wohnungen würde aber bedeuten, wenn wir auf diesem Gebiet mehr Ordnung kriegen, weniger Parteipolitik mit diesem Notzustand, dem sich die Bevölkerung gegenüber sieht. Das Land hat ja seinerzeit die Wohnbauförderung als eine freiwillige Aufgabe übernommen. Ich erinnere mich noch sehr gut, wie wir den Wohnbauförderungsfonds geschaffen haben. Heute finden wir im außerordentlichen und ordentlichen Budget bereits 240 Millionen Schilling verzeichnet. Daraus zeigt sich, wie diese Ausgabe im Land Steiermark angestiegen ist. Aber es zeigt sich auch vielleicht, wie notwendig es war, auf diesem Gebiete etwas zu tun. Aber noch etwas zeigt sich, daß trotz dieser Belastung der öffentlichen Hand das Problem an sich noch immer nicht gelöst ist und wir heute wie früher bei einem unerhört großen unbedeckten Bedarf stehen und daß wir von der öffentlichen Hand aus allein dieses Problem nicht zu lösen vermögen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit mir auch erlauben, dem leider durch Krankheit verhinderten Herrn Landesrat Pirisch für die Leistung, die er als zuständiger Referent durch

all die Jahre erbracht hat, zu danken und bin mir des Zuspruches des ganzen Hauses gewiß, wenn ich das sage (allgemeiner Beifall). Ich darf aber auch bei dieser Gelegenheit — Sie werden das bestimmt verstehen — der korrekten Beamtenschaft gerade dieses Amtes wirklich danken. Ich glaube, daß Ursache besteht, der Beamtenschaft hier Dank zu sagen mit der Bitte, diesen Weg so fortzusetzen.

Nun zur Frage der Straßen: Die verkehrsgeographische Lage der Steiermark ist immer wieder Anlaß, um Klage darüber zu führen. Aber ich glaube, wir können nicht bei der Klage verbleiben. Das wäre nur der halbe Weg. Und wenn wir darauf warten, bis die Steiermark von oben her den Segen bekommt und ihr Anschluß an das übrige Verkehrsnetz des Landes und damit ganz Europas verbessert wird, dann würden wir sehr lange warten müssen. Wir sehen ja, wie lange wir schon z. B. auf die Autobahn Süd warten. Wir müssen uns daher selbst im Rahmen der uns gegebenen Möglichkeiten bemühen, diesen Anschluß an das Verkehrsnetz herzustellen.

Dazu sind eine ganze Anzahl von Maßnahmen notwendig. Der Straßenbau ist ja eine außerordentlich wichtige Aufgabe, schon allein deshalb, weil er unmittelbar arbeitsbeschaffend wirkt, aber auch mittelbar ist sein Segen festzustellen. Der Fremdenverkehr ist ohne Ausbau des Straßennetzes heute kaum noch denkbar. Der Fremde kommt mehr und mehr mit jenen Fahrzeugen, die sich auf den Straßen bewegen und nicht mit schienengebundenen Fahrzeugen. Auch der Güterverkehr der landwirtschaftlichen Produkte hängt unerhört von der Güte der Straßen ab. Das gilt besonders für Steiermark, wo wir im Westen, Süden und Osten von Graz landwirtschaftliche Kontingente haben und bemüht sein müssen, diese Produkte möglichst rasch an den Mann zu bringen. Aber auch für die gewerblichen Produkte ist ein leistungsfähiges Straßennetz von größter Bedeutung. Meine Damen und Herren, wir reden bei allen möglichen Gelegenheiten davon, daß Österreich eingeordnet werden muß in den größeren europäischen Wirtschaftsraum. Wenn es jemand notwendig hat, Vorsorge zu treffen, daß dieser Anschluß gesichert ist, dann ist es die Steiermark auf Grund ihrer verkehrsgeographischen Lage. Und die erste Voraussetzung dafür, daß wir unsere Produkte absetzen können, daß wir konkurrenzfähig sind, daß die Zufuhr von Rohmaterial und der Absatz von Fertigmaterial wirklich funktioniert, ist der Ausbau des Straßennetzes. So wie heute jeder Betrieb sich darauf richten muß, daß er morgen konkurrenzfähig ist, so müssen wir vom Lande her uns darauf richten, daß dieses Bemühen der Betriebe nicht umsonst ist und daß sie sich nicht durch unzulängliche Verkehrsverhältnisse gehemmt fühlen. Auch wenn man neue Betriebe in diesem Land ansiedeln will, ist die Voraussetzung dafür, daß ein leistungsfähiges Verkehrsnetz besteht. (Abg. Dr. P i t t e r m a n n : „Sehr richtig!“)

Nun, soweit es sich um Autobahnen und Bundesstraßen handelt, ist hier nicht der richtige Ort, lange darüber zu reden. Was die Gemeindestraßen betrifft, so glaube ich, muß man bei den nächsten Finanzausgleichsverhandlungen darauf Bedacht nehmen, daß die Gemeinden zum Ausbau ihrer Straßen einen hö-

heren Anteil aus dem Steuertopf des Bundes bekommen. Ich halte das für unerlässlich. Denn der Weg ist auch nicht zielführend, daß man glaubt, das Land wird alle Gemeindestraßen übernehmen. Sondern die Gemeinden selbst müssen die nötigen Mittel bekommen, ihr Verkehrsnetz aus eigener Kraft auszubauen.

Was nun die Landesstraßen betrifft, so muß ich als Baureferent der Stadt Graz mit viel Neid auf den hohen Prozentsatz blicken, der beim Land schon erreicht wurde. Denn während wir in Graz erst etwa die Hälfte der Gemeindestraßen staubfrei machen konnten, hat das Landesstraßennetz bereits über 60% staubfreie Decken. Das ist eine sehr schöne Leistung. Nun, wenn wir von der Leistung reden, die Leistungsfähigkeit des Verkehrsnetzes bedeutet im übrigen auch mehr Verkehrssicherheit. Nicht nur, daß durch die größere Leistungsfähigkeit der Wirtschaft gedient wird, sondern auch die Verkehrssicherheit wird gesteigert. Wir werden also, um die Leistungsfähigkeit der Straßen noch zu vergrößern, in Zukunft keineswegs weniger, sondern eher mehr Geld benötigen. Dazu werden noch verschiedene andere Maßnahmen notwendig sein. Eine Teilung der Verkehrsteilnehmer. Vor allem denke ich hier an gesicherte Fußgänger-Passagen an den Ortseingängen. Bekanntlich zeigt es sich gerade, daß an den Ortseingängen die Unfallhäufigkeit besonders steigt. Dort müßte man also Übergänge für die Fußgänger schaffen. Es müßte auch vor den Orten zur Errichtung von Fußgängerwegen längs der Straßen kommen. Es macht dem Autofahrer Schwierigkeiten, z. B. bei Finsternis den Fußgänger zu erkennen, und es ist für den Fußgänger schwierig, sein Leben zu retten, wenn er mitten in einen Pulk hineinkommt oder das Opfer irgendeiner Kolonne ist.

Weiters glaube ich, daß wir uns sehr bemühen müssen, den fließenden vom ruhenden Verkehr zu trennen. Also Ausbau von Abstellplätzen für Fahrzeuge, die aus der Fahrbahn herauskommen sollen. Denn es soll ja die Fahrbahn zum Fahren da sein und nicht zum Stehen und außerdem scheint der Ausbau von Haltestellen auf den verkehrsreichen Straßen unbedingt notwendig.

Schließlich glaube ich auch, daß eine bessere Überwachung des Verkehrs notwendig ist. Wir haben auf diesem Gebiet in Österreich noch keine zulänglichen Verhältnisse. Wenn man viel im Ausland herumkommt, so sieht man, daß anderswo die laufende Verkehrsüberwachung eine viel intensivere ist und daß sich das auch gut bewährt. Wir hören, daß nun die Exekutive mit Fahrzeugen ausgestattet werden soll. Das ist ein Fortschritt, aber erst ein Beginn. Man wird auch die Leistungsfähigkeit dieser Fahrzeuge ein bißchen erhöhen müssen und zum anderen glaube ich überhaupt, daß eine neue Organisation der Exekutive notwendig ist, um dieses Aufgabengebiet, das sich im Laufe der letzten Jahre besonders entwickelt hat, zu bewältigen. (Abg. S c h l a g e r : „Olah-Plan!“ — Landesrat W e g a r t : „Mehr weiße Mäuse!“)

Nun, meine Damen und Herren, das Land ist in der steirischen Bauwirtschaft ein außerordentlich bedeutsamer Faktor. Zusammen werden für den Bau-sektor in der Steiermark rund 500 Millionen Schil-

ling im Jahr ausgegeben. Das Budget für das Jahr 1964 sieht also beim Wohnungsbau zusammen etwa 240 Millionen vor, für den Wasser- und Wasserleitungsbau 23 Millionen, für den Straßenbau 190 Millionen, und für den Hochbau — diese Beträge sind mehr in der außerordentlichen Gebarung zu finden — 68 Millionen, und wenn man auch noch jene Großreparaturen in Betracht zieht, die zum Großteil im ordentlichen Budget ihren Niederschlag finden, so sind es weitere rund 21 Millionen Schilling. Das gesamte Bauwesen hat eine Personallast von rund 40 Millionen Schilling, so daß von diesen 540 Millionen 500 übrigbleiben, die unmittelbar der Bauwirtschaft zugeführt werden können. Eine sehr bedeutsame Relation zu den Gesamtpersonalkosten des Landes, die sich für die Aktiven auf etwa 480 Millionen Schilling belaufen. Das heißt, das Land führt der steirischen Bauwirtschaft mehr Geld zu, als seine eigene Hoheitsverwaltung insgesamt kostet. Umgerechnet auf den Arbeitstag ergibt sich, daß aus Mitteln des Landes bzw. aus diesem Budget pro Tag etwa 2 Millionen Schilling der steirischen Bauwirtschaft zugeführt werden. Pro Arbeitstag!

Nun, meine Damen und Herren, aber nicht erst heute, im Zeitalter der Körperschaft und der Organisationen ist diese Aufgabe erkannt worden. Auch früher schon hat man sich mit dem Bauen sehr stark beschäftigt. Sie alle, die Sie die Riegersburg schon besucht haben, werden sich an den Spruch erinnern, der dort zu finden ist, der von der Gallerin stammt. Er lautet dem Sinne nach: „Das Bauen ist ein' große Lust, was es kost', ist mir bewußt. Kein Groschen tut mich reuen, ich tat's dem Vaterland in Treuen!“ Wenn ich das auf heute abwandle, so darf ich sagen, damals hat man Burgen gebaut um den Menschen Sicherheit zu bieten vor den herannahenden Feinden aus dem Osten, heute bauen wir Straßen, wir bauen Betriebe, wir bauen Wohnungen, Krankenhäuser und Heime, als moderne Burgen zur Sicherung des Lebens der Menschen. Und beim Bau dieser modernen Burgen zur Sicherung der Existenz besteht auch eine Freude, es zu tun, und eine Lust. Wenn wir die 500 Millionen Schilling im Budget anschauen, dann wird uns bewußt, daß auch Kosten dabei entstehen. Bestimmt reut uns kein Groschen, denn wie seinerzeit tun es auch wir dem Volk und der Heimat zu Liebe und in Treuen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile Herrn Abgeordneten B a m m e r das Wort.

**Abg. Bammer:** Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Alljährlich bietet der Wohnungsbau in unserem Landesvoranschlag Gelegenheit zu einer ausgiebigen Diskussion über die große Problematik, die mit diesem Fragenkomplex verbunden ist. Der Herr Abg. Stöffler hat betont, daß man bei diesen Fragen mehr Mut zur Wahrheit haben müßte und daß man dann, wenn man in kleinen Gremien beisammensitzt, feststellen kann, daß die Standpunkte gar nicht so weit voneinander entfernt sind, als sie bei verschiedenen Versammlungen oder vom Podium her oft dargestellt werden. Ich darf ihm in vielen Fragen beipflichten, aber erlauben Sie, daß

ich auch einiges im Zusammenhang nun noch belegen darf, was er sich hier bemüht hat, auszusagen.

Als erfreulich darf ich an der Spitze der Ausführungen vermerken, daß das kommende Jahr um 34 Millionen Schilling mehr allein bei der Wohnbauförderung 1964 auf der Ausgabenseite veranschlagt und daß dieses Mehr, das einerseits begründet ist durch eine wesentliche Erhöhung der Mittel, die vom Bund überwiesen werden und die Zwangsbindung des Landes, 50% dieser Mittel selbst noch beizutragen, daß dieses Mehr also nach zwei Gesichtspunkten hin sich positiv auswirken kann. Der erste Gesichtspunkt ist, wie bereits betont worden ist, daß mehr Wohnungen gefördert werden können.

Wir haben aber alle in den letzten Jahren bei Diskussionen immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß es nicht allein darum geht, mehr Wohnungen zu bauen, sondern daß es sehr wesentlich ist, diese Wohnungen, die wir bauen, auch den Menschen zugänglich zu machen und für die Menschen erschwinglich und erreichbar zu machen, die wahrscheinlich und auch sicher sich in großer Wohnungsnot und nicht in den besten wirtschaftlichen Verhältnissen befinden. Das heißt, wir müßten auch bei unseren Förderungsbemühungen nicht nur auf die Zahl der gebauten Wohnungen Bedacht nehmen, sondern auch auf den Umstand, daß in den letzten Jahren, das wird niemand bestreiten, gerade am Baukostensektor sich wesentliche Preissteigerungen ergeben haben aus vielen verschiedenen Komponenten heraus und daß wir Jahre hindurch an der gleichen Summe im Förderungsmaßße der Wohnungen gehalten haben, d. h. daß die Spanne zwischen den tatsächlichen Kosten einer Wohnung und der Förderungsobergrenze sich ständig vergrößert hat und daß diese vergrößerte Spanne, diese Diskrepanz zwischen Baukosten und Förderungssumme nach zwei Gesichtspunkten abgedeckt wurde. Entweder wurde vom künftigen Mieter oder Eigentümer ein höherer Baukostenbeitrag oder Eigentumsbeitrag verlangt, oder es wurde ein Hypothekarkredit aufgenommen, der sich dann später in der viel höheren Miete wieder bei dem Mieter oder Eigentümer ausgewirkt hat. Wir haben es deshalb begrüßt, daß sich alle im Finanzausschuß vertretenen Fraktionen dazu bekannt haben, daß ab 1. Jänner des kommenden Jahres sowohl die direkten Darlehen als auch jener Betrag, für den das Land einen Annuitätenzuschuß gewährt, erhöht werden sollen und nach Möglichkeit — das sieht der Antrag vor — eine Anpassung, ja sogar eine Gleichstellung weitestgehend an die Förderungssätze des Bundes-Wohnungs- und Siedlungsfonds hergestellt werden soll.

Wir haben aber trotz dieser, wie wir hoffen, erfolgreichen Bemühungen und des einhelligen Beschlusses Probleme im Wohnungsbau offen, die auch der Herr Bürgermeister Stöffler angezogen hat und zu denen noch einiges zu sagen sein wird, Probleme, die einfach sehr simpel so ausgedrückt sind, daß es immer weniger möglich ist, der wirtschaftlich schwachen Familie die Neubauwohnung zugänglich zu machen. Wir wissen, daß es tatsächlich soweit ist, daß Gemeinden, die Mittel aus dem Barackenersatzsektor in Anspruch nehmen, um Abbruchsbaracken freizu-

machen, die Mieter aus diesen Baracken heraus in Nachzugswohnungen geben müssen, weil die Leute nicht imstande sind, die Miete in der Neubauwohnung zu leisten. Das ist keine Theorie, das ist die Praxis, sie wird Ihnen von jedem Bürgermeister und auch vielfach von anderen Bauträgern bestätigt werden. Das muß nicht einmal schlecht sein. Wir wissen, daß manchmal in die Neubauwohnungen nicht immer auch jene Familien eingelassen werden können, die den Standard der Wohnung bewahren und erhalten. Es gibt hier verschiedene Erfahrungen. Man soll darüber nicht hinwegreden. Es gibt einmal in jeder Gesellschaft asoziale Elemente, die eine Neubauwohnung nicht schätzen können. Aber die Praxis ist, daß die wirtschaftlich schwache Familie noch immer nicht in dem Maß bei der Wohnungsneuzuweisung berücksichtigt werden kann, als es eigentlich im Hinblick auf Kinderreichtum und andere Komponenten erforderlich wäre.

Ich glaube also, hier liegen sehr ernste Probleme, und es hat sich auch kürzlich der Verband der Gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen Österreichs in einem sehr beachtenswerten Memorandum neuerlich mit diesem Gesamtfragenkomplex ausführlich beschäftigt. Und es stellt dieser Verband, der zweifellos von Fachleuten und erfahrenen Menschen geführt wird, an die Spitze seiner Forderungen die Schaffung von Wohnraum für Bezieher kleiner oder mittlerer Einkommen, praktisch Wohnbaufinanzierung für leistungsschwache Wohnungswerber. Und er kommt in seiner zweiten Feststellung darauf, daß, was auch hier der Herr Bürgermeister Stöffler als notwendig hingestellt hat, eine Vereinheitlichung der Förderungsrichtlinien bei den Fonds unbedingt erforderlich ist.

Wir können mit Engelszungen reden, es wird trotzdem kein Mieter verstehen, der eine Wohnung im Haus A bezieht, wenn im Haus B daneben zur gleichen Zeit die gleich große Wohnung von einem Bekannten bezogen wird und der eine zahlt 480 S und der andere 280 S Mietzins, obwohl vielleicht gerade jener, der die höhere Miete zu leisten hat, das geringere Familieneinkommen besitzt. Es gibt also Ungerechtigkeiten, die einfach aus den verschiedenen Richtlinien der Fonds erfließen. Ich pflichte dem Herrn Abgeordneten Stöffler durchaus bei. Wir sind sofort dafür zu haben, daß man die verschiedenen Fonds zusammenlegt, daß man einheitliche Förderungsrichtlinien zustande bringt. Denn man sollte ja nicht mit den Dingen hinter dem Berg halten. Es ist angedeutet worden, der Wohnhaus-Wiederaufbaufonds erfüllt im gegenwärtigen Zeitpunkt nur zu einem sehr, sehr geringen Prozentsatz überhaupt noch die ihm ursprünglich zugeordneten Aufgaben. Es ist doch praktisch so — man kann es ruhig beim Namen nennen — wer die besseren Beziehungen hatte, das Glück hatte, bei einem Vorhaben ein Wohnungsrecht oder ein Mietrecht zu erwerben, das beim Wiederaufbau dann errichtet werden soll, daß der halt dann entweder selber in die finanziell sehr günstige Wiederaufbauwohnung einzieht oder die Wohnung dann um das Zehnfache des Betrages, um den er sie eigentlich selbst erworben hat, weiter verkauft. Und wenn festgestellt wird, daß heute noch etwa Anträge für eine Gesamtsumme von 10 Milliarden Schilling beim Wohnhaus-

Wiederaufbaufonds unerledigt liegen und man weiß, daß bisher aus den Mitteln dieses Fonds schon mehr Wohnungen wieder errichtet wurden, als im zweiten Weltkrieg zerstört worden sind, dann ist doch der einfache und schlüssige Beweis gelungen, daß hier irgend etwas nicht stimmt.

Man weiß es ja auch, und man weiß auch, daß man nicht abrupt abbrechen kann. Aber man müßte doch zumindest soweit kommen, daß man erklärt: Die Einreichung neuer Ansuchen ist bis zu einem Termin zu stoppen. Und wir werden also die vorliegenden Ansuchen dann, weil Rechtsansprüche entstanden sind, noch abwickeln, aber doch nicht in unendliche Zukunft, nur weil es verschiedenen Bauträgern sehr interessant und lukrativ erscheint, den Wiederaufbau weiterzuführen.

Es gibt im Zusammenhang mit den verschiedenen Fragen und Vorschlägen der Wohnbaufinanzierung natürlich berechtigterweise und notwendigerweise verschiedene Auffassungen. Ich muß sagen, daß die Annahme des Antrages, den die drei im Finanzausschuß vertretenen Fraktionen beschlossen haben, die Fortsetzung des bisherigen Systems in der Steiermark bedeutet, das heißt also Direktdarlehen mit 84.000 S je Wohnung und dem fünfprozentigen Annuitätenzuschuß für ein Hypothekendarlehen 45.000 S, also eine Gesamtförderungssumme von etwa 129.000 S als Obergrenze. Das ist eine Möglichkeit. Wir haben diese Möglichkeit bisher als durchaus brauchbar erkannt, und wir haben uns danach gehalten. Es hat in einer sehr interessanten Fortsetzungsserie die „Kleine Zeitung“ in Graz auf eine andere Möglichkeit hingewiesen, auf das Konvertierungsdarlehen, das nach Auffassung verschiedener Fachleute eine rationellere Form der Finanzierung im Wohnbau bedeuten würde. Aber es gibt auch, und hier komme ich wieder auf diesen beachtenswerten Vorschlag des Verbandes zurück, die Möglichkeit einer Mischfinanzierung, der Sockelfinanzierung im Wohnungsbau durch ein Direktdarlehen und Förderung kinderreicher Familien mit niederen Einkommen, daß man also eine Grundfinanzierung sichert und, aufbauend auf die wirtschaftliche Lage des künftigen Mieters, eben Sozialfinanzierung dazu vorsieht. Es gibt noch andere Finanzierungsmöglichkeiten und Vorschläge, meine Damen und Herren. Aber was ich nicht verstehe bei uns in der Steiermark, ist eines. Wir haben ein Gesetz über die Schaffung des Wohnbauförderungsbeirates. Der Wohnbauförderungsbeirat ist, ich darf das sagen, im wesentlichen mit Funktionären bestellt und besetzt, die sich über die Wohnbaufragen, über diese technischen Fragen und Finanzfragen eigene Gedanken machen und Überlegungen zurechtlegen, aber dieser Beirat wird einberufen, um eine vorher vereinbarte Tagesordnung zu beschließen. Man könnte dieses brennende Problem in einem solchen Gremium von Fachleuten diskutieren. Das wäre eine Möglichkeit, um zu prüfen, welche bessere Wege es gäbe für die Wohnungsfinanzierung in unserem Lande. Ich glaube, daß es wichtig und richtig wäre, wenn man im kommenden Jahr von der Möglichkeit Gebrauch machen würde, die Probleme unbeschadet aller Optik nach außen in solchen kleinen Gremien zu diskutieren. Das Wesen des Wohnbaubudgets

muß bleiben, daß wir gerechte und reelle Kostenbeiträge der künftigen Mieter und erträgliche und erschwingliche Mieten auf lange Sicht sichern. Da kann man nicht einfach eine Versammlungsrede halten, sondern dazu muß man sich in einem kleinen Gremium zusammensetzen und das durchdiskutieren.

Der Herr Abgeordnete Stöffler hat indirekt den Antrag begründet, der von der OVP eingebracht wurde, die Mittel der Wiener Fonds auf die Länder aufzuteilen und die Verteilung selbst in der Steiermark vorzunehmen. Im Finanzausschuß haben wir nicht dafür gestimmt, wir werden es auch im Hohen Hause nicht tun. Warum? Ich will dies kurz begründen. Wenn die Steiermark bei einem Fonds konkret und nachweisbar benachteiligt wird, so ist das der Wohnhauswiederaufbau-Fonds. Die Steiermark erhält eine Jahresquote von 10% der gesamten Mittel des Wohnhauswiederaufbau-Fonds, weil sie einen so hohen Anteil an Bombenschäden und Kriegsschäden erlitten hat. Es gibt ja auch Bundesländer, bei denen das nicht der Fall war. Ich glaube daher, daß eine gemeinsame Intervention der Landesregierung, mit Nachdruck vorgetragen, zu einem besseren Ergebnis führen müßte. 10% sind nämlich eine echte und nachweisbare Benachteiligung der Steiermark bei diesem Fonds. Und wie ist es bei den anderen Fonds? Aus dem Bundes-Wohnungs- und Siedlungsfonds erhält die Steiermark eine Quote von 14,2%, also schon wesentlich höher, aber ich gebe zu, noch immer zu wenig. Aber im Gegensatz zum Wohnhauswiederaufbau-Fonds hat ja die Steiermark beim Bundes-Wohnungs- und Siedlungsfonds nahezu die ausschließliche Verfügungsmöglichkeit über diese Mittel. Wir müssen also rechtzeitig zu urgieren beginnen, und sie dazu bringen, daß Steiermark die 100%ige Verfügung über all diese Fondsmittel und den Wiederaufbaufonds eingeräumt erhält. Das ganze ist ja kein Schwarz-Peter-Spiel, das ist nur eine nüchterne Feststellung. Aus noch einem Grund soll man den Antrag nicht unterstützen und ihn nicht ernsthaft betreiben. Erinnern Sie sich, alljährlich beim Bundesbudget spielen die Fördermittel aus dem allgemeinen Steueraufkommen eine große Rolle. Es waren im Jahr 1963 insgesamt für beide Wiener Fonds je 10 Millionen Schilling im Budget. Durch Hartnäckigkeit ist es gelungen, in diesem kommenden Jahr 1964 den Betrag von 20 auf 500 Millionen Schilling zu erhöhen, das heißt, für den Bundes-Wohnungs- und Siedlungsfonds und für den Wohnhauswiederaufbaufonds je 250 Millionen Schilling. Ich bin nicht so naiv, zu glauben, daß dann, wenn die Mitglieder des Bundes, der Regierung und des Nationalrates von der Verteilung der Mittel völlig ausgeschaltet sind, sie auch noch einen so harten Kampf zur Erhöhung der Mittel für den Wohnungsbau führen würden. Ich glaube es auf Grund meiner Erfahrungen nicht. Ich glaube also, daß per saldo dann ein Absinken herauskommt. Das ist meine feste Überzeugung, weil ja doch das zentrale Interesse immer überwiegt und weil man dann sicherlich auch sehr wichtige und immer dann noch wichtigere Aufgaben des Bundes finden wird, um die Mittel dann dorthin zu lenken. (Landesrat Wegart: „Wenn die Koalition funktioniert, ist das möglich!“) Herr Landesrat Wegart, ich habe da meine Erfahrungen. Es ist jetzt schon von Jahr zu

Jahr schwieriger, das Mitspracherecht in der Verteilung bei einem Fonds sicherzustellen. Wenn beide Fonds auf die Länder aufgeteilt werden — das gilt genauso für die Steiermark — dann ist das Interesse bei sehr vielen Stellen auf zentraler Ebene weg für die Durchsetzung der 500 Millionen Schilling im Budget des Bundes.

Und nun zu Herrn Abg. Stöffler: Wir sind nicht sehr weit auseinander in unseren Anschauungen. Wir sind ja beide für die Abschaffung des Wohnhauswiederaufbaufonds und für eine Zusammenlegung der Mittel, um zu den gleichen Mietzinsen, einheitlichen Richtlinien und gleichen Leistungen zu kommen. Wir sind für eine Verbesserung des Anteiles der Steiermark. Aber wir sind eben auch deshalb für die Beseitigung des Wohnhauswiederaufbaufonds und der Ungerechtigkeiten bei diesem Fonds, weil das Vorgehen, um zu solchen Vorteilen zu kommen, in vielen Fällen amoralisch ist und zersetzend wirkt und außerdem auf das Rechtsempfinden vieler Menschen drückt.

Noch etwas scheint mir beachtlich. Gerade beim Wohnhauswiederaufbaufonds ist es ja so, daß nicht nur Genossenschaften und Gemeinden dort Darlehensnehmer sein können. Wir haben die Erfahrung, daß solche Vereine oft im Hinblick auf eine Kontrolle schwer faßbar sind. Tun wir doch endlich einmal die Binde vor den Augen weg. Es sind ja nicht immer nur Idealisten, die in solchen Vereinen herumschwimmen. Sehr oft ist das persönliche Interesse maßgebend, sich persönliche Vorteile zu beschaffen. Gerade in der Steiermark haben wir mit der Alpenländischen Wohnbaugenossenschaft einen Fall, durch den viel Unruhe unter die Leute gekommen ist. Denn auch dort reicht das Vereinsstatut nicht aus, um das Gefühl zu haben, daß Hunderte von Millionen, die diesem Verein zugewiesen worden sind, auch sicher, gut und reell angelegt sind und die Menschen auch richtig betreut werden. Es ist interessant, daß bei der Alpenländischen Wohnbaugenossenschaft, die weit über 100 Millionen Schilling bereits in Graz verbaut hat, es bis heute nicht möglich war, dem Gericht einen Finanzstatus vorzulegen, der ausreichen würde, um zu einer gewissenhaften Überprüfung der Handlungen dieses Vereines zu kommen. Es ist erwiesen, daß sich zwar die politischen Funktionäre im Parlament, in den Gemeinden sehr bemühen, die Mittel bereitzustellen, aber dann eine wirkliche Kontrollmöglichkeit und ein Gefühl der Sicherheit nicht erreicht werden kann.

Ich denke noch daran — entschuldigen Sie mir diesen kleinen Seitensprung —, daß Dr. Rainer hier sehr süffisant über die Vorgänge in der Judenburger Genossenschaft gesprochen hat und gemeint hat: Na, so etwas kann bei uns nie vorkommen. (Abg. Dr. Rainer: „Das habe ich nicht gesagt!“) Aber man soll nie den Tag vor dem Abend loben. Feststellen darf ich, daß die Beschuldigungen, die Behauptungen, die gegen diese Judenburger Genossenschaft im vorigen Jahr hier in diesem Saal erhoben worden sind, sich als nicht richtig herausgestellt haben und nicht beweiskräftig genug sind, so daß dem Gericht bisher eine Verfolgung der Funktionäre, trotz vielfacher Anzeigen noch nicht möglich gewesen ist. Ich muß sagen, daß auch die Stimmen inzwi-

schen stiller geworden sind und daß sie berechtigterweise stiller geworden sind, weil ja niemand geschädigt worden ist. Aber über eines dürfen wir uns nicht hinwegtäuschen. Es gibt auf Grund dieser Unübersehbarkeit und Undurchschaubarkeit dieses Problems ein unbestreitbares Unbehagen in der Wohnungswirtschaft.

Es äußert sich so, daß dann fallweise das Telefon läutet, daß Menschen zu Mandataren kommen und sagen: Ist die Genossenschaft sicher? Kann ich dort mein Geld anlegen, soll ich das Objekt erwerben, kann mir dort nichts passieren? Ich habe 10. ich habe 15 Jahre gespart und ich möchte die 20.000, 30.000 oder 40.000 S nicht verlieren, weil es das einzige ist, was wir haben, und das möchte ich dazu benutzen, um eine sichere, saubere Heimstatt zu kaufen. Ich glaube, es gibt auch auf diesem Gebiet Dinge, die man gesetzlich nicht verfolgen kann, die nicht greifbar sind, die aber ein Gefühl der Unsicherheit bei den Menschen hervorrufen und die manchmal sogar bei manchen den Eindruck entstehen lassen, daß wir etwas dem Balkan nähergerückt sind. Ich glaube also, wir sollten alles unternehmen — und nun komme ich zum Kernproblem — daß den Menschen in der Öffentlichkeit das Gefühl der Sicherheit gegeben wird, daß im Wohnungsbau sauber, korrekt und anständig gearbeitet wird. Und nun glaube ich, wenn man auch nicht mit allem einverstanden sein kann, was von der Presse in der letzten Zeit geschrieben wird, daß man für eines dankbar sein muß, eines aufgreifen soll, daß man das Problem der Kontrollen und Prüfungen tatsächlich studieren soll. Das Kontrollsystem etwa des Verbandes der Gemeinn. Wohnbauvereinigungen ist zu einer Zeit geschaffen worden, als einmal da, einmal dort ein Haus gebaut worden ist, als alles überschaubar war, als auch nicht ein annähernd nennbarer Prozentsatz des heutigen Bauvolumens vorhanden war. Die Dinge sind den Genossenschaften, den Gesellschaften, den Bauvereinigungen zum Teil über den Kopf gewachsen. Es sind Genossenschaften, die im Jahr 200, 300, 400 Wohnungen bauen, die also einen großen Apparat haben und die eben eine unerhörte Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit in der Handhabung und Verwertung allgemeiner Steuermittel auf sich nehmen. Ich glaube, daß wir auch im Interesse der Funktionäre dieser Genossenschaften und dieser Bauträger das Kontrollsystem in aller Ruhe und mit aller Gewissenhaftigkeit studieren und überprüfen sollten, denn ich darf zur Ehre unseres Landes feststellen, soweit ich das beurteilen kann, daß die Herren, die dort tätig sind, sich bemühen, restlos einsetzen, ja oft vielfach in die Freizeit hinein bemühen, ihren Aufgaben gerecht zu werden. Es wird aber niemand leugnen, daß unser Wohnungs- und Siedlungsamt personell, ziffernmäßig zu schwach besetzt ist, um das ständig ansteigende Volumen zu verkraften. Es ist der Prüfungsverband auf zentraler Ebene in der Lage, fallweise mit seinen Organen Stichproben zu machen, ja die Genossenschaften weiter zurück genau zu prüfen, aber am laufenden wird er nie sein können. Er wird nie einigermaßen bei der Jahreszahl sein, und es ist die Prüfung der Wirtschaft und der Tätigkeit der Vereine, die ja beim Wohnhaus-Wiederaufbau ebenfalls Darlehensnehmer sind, nahezu

problematisch, kaum in der Praxis sichtbar, aber doch da. (Landeshauptmann Krainer: „Die Sicherheitsdirektion ist da zuständig.“ — Abg. Vinzenz Lackner: „Deshalb können wir sie nicht aufpassen!“)

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß für die Mittel, die in die Milliarden gehen, die nach und nach jährlich in ganz Österreich in diesen Sektor der Volkswirtschaft fließen, ein gut funktionierendes Kontroll- und Prüfungssystem geschaffen werden soll. Ich bin gegen jede Verwaltungshypertrophie, aber hier könnte, wie ich glaube, von guten Fachleuten eingesetzt, sehr viel eingespart werden. Vielleicht würde sich dieser Apparat sogar durch die Ersparnis auf anderer Seite selbst erhalten. Ich glaube also, daß man die Dinge prüfen und auch in die in Wien, wie ich höre, in nächster Zeit anlaufenden Wohnbauverhandlungen als eine Forderung der Steirer mit hineinnehmen soll. Gerade bei diesen Verhandlungen, die zur Lösung des Wohnungsproblems in Österreich führen sollen, müßte das angemeldet werden. Ich habe es im Vorjahr betont, es geht auch bei dieser Frage um das Ansehen der korrekten, sauberen, anständigen Funktionäre im Genossenschaftswesen. Wir werden uns wundern, ich betone und wiederhole diese Feststellung, was uns bevorsteht, wenn diese tausend, es sind sicher in der Steiermark an tausend an der Zahl, ehrenamtliche Funktionäre, Aufsichtsräte und Vorstände ohne Entschädigung, die diese wichtige Aufgabe im kleineren Maßstab sehr oft vollbringen, wenn uns diese Genossenschaftsfunktionäre dann die Liebe aussagen, dann könnte es zu ernstesten Schwierigkeiten und zu großen Problemen kommen.

Ich bekenne mich zu sehr vielen Feststellungen, die der Herr Abgeordnete Stöffler hier in Fragen des Wohnungsbaues gemacht hat. Wir bekennen uns auch zur Mitwirkung an der Lösung dieser Probleme, weil sie, wie wir glauben, gelöst werden müssen, denn eines, meine Damen und Herren, müssen wir verhindern, daß die Wohnungsnot, das tragische Schicksal tausender Familien, ein Gegenstand für persönliche Bereicherung wird. Und deshalb sind die Anstrengungen aller Funktionäre schon in der nächsten Zeit auf diesem Sektor unbedingt erforderlich, damit wieder Sauberkeit, Ordnung und das soziale Gewissen in diesem Problem vorherrschen werden. (Beifall.)

**Präsident:** Zum Worte hat sich der Herr Abgeordnete DDr. Hueber gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. DDr. Hueber:** Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte nicht speziell zum Wohnungsbau, sondern zum Wohnungswesen im allgemeinen sprechen, das ebenfalls der Gruppe 6 angehört. Das Wohnungswesen in Österreich ist ein viel diskutiertes, aber noch immer ungelöstes Problem. Man muß die Frage aufwerfen nach dem Warum. Die Frage kann wohl nur dahin beantwortet werden, daß auf diesem Gebiete bisher nur Teilregelungen erfolgt sind und die erforderliche Generallösung noch immer offen geblieben ist. Diese Teilregelungen haben, wie auch aus den Aus-

führungen meiner Vorredner hervorgegangen ist, den Charakter von Improvisationen. Es wurde schon auf die Unterschiedlichkeiten in der Wohnbauförderung hingewiesen. Es handelt sich hier um kaum mehr übersehbare divergierende Förderungsmaßnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden. Aber nicht allein an dieser Zersplitterung der Wohnbauförderung liegt es. Man hat zum Beispiel das neue Neuvermietungsgesetz auslaufen lassen, ohne sich Gedanken zu machen über Maßnahmen, die der dann eingetretenen und vorauszu- sehenden Wohnungshortung steuern hätten können. Man hat plötzlich ein Zinsstopgesetz erlassen, nachdem die Preisregelung der Mietzinse als verfassungswidrig festgestellt wurde, und man hat keine Maßnahmen zur Neuregelung der gestoppten Mietzinse getroffen. Und man hat schließlich, um noch ein Beispiel anzuführen, eine Bestimmung in das Wohnhauswiederaufbaugesetz aufgenommen, die den Schacher mit geförderten Eigentumswohnungen verhindern soll, und man muß feststellen, daß diese Bestimmung, das ist der § 31 des Wohnhauswiederaufbaugesetzes, ein Schlag ins Wasser war. Man hat auch hier die viel geforderte Abhilfe noch immer nicht getroffen. Diese Teilregelungen und Provisorien haben eine generelle Reform des Wohnungswesens unerlässlich und überfällig gemacht. Es ist dies zweifellos ein ungemein schwieriges und umfassendes Problem, ein Problem voller heißer Eisen und es mag auch deshalb sein, daß es bisher immer wieder hinausgeschoben worden ist.

Nunmehr ist das Problem, wie auch aus den Ausführungen meiner Vorredner hervorgeht, in Angriff genommen worden. Die Grundlage für die Generalreform des Wohnungswesens gibt eine Bestandsaufnahme der gesamten österreichischen Wohnungswirtschaft ab, die durch die Häuser- und Wohnungszählung 1961 durchgeführt worden ist. Ich glaube, daß man zu dem Problem des Wohnungswesens überhaupt nur Stellung nehmen kann, wenn man wenigstens mit dem Hauptergebnis dieser Bestandsaufnahme vertraut ist und wenn man dieses den Reformbestrebungen zugrunde legt.

In dieser Häuser- und Wohnungszählung 1961 wurden 990.000 Häuser gezählt und in diesen Häusern 2.250.000 Wohnungen. Hinsichtlich der 990.000 Häuser hat man festgestellt daß davon 34% vor dem Jahre 1880 erbaut wurden, 21'5% im Zeitraum von 1880 bis 1918, 17'8% davon in den Jahren 1919 bis 1944 und 23% nach dem Jahr 1945. Es ist aber für das Wohnungswesen nicht allein von Bedeutung das Baualter der Häuser, das zweifellos auch bei der Generalreform ins Kalkül zu ziehen ist, sondern zum andern auch noch die Wohnungsgröße, die der Bevölkerung zur Verfügung steht. Es ist ein irgendwie erschütterndes Ergebnis dieser Bestandsaufnahme der österreichischen Wohnungswirtschaft, daß die durchschnittliche Wohnungsgröße in Österreich etwas über der Zweizimmerwohnung liegt. Es entfallen 26'3% auf Einzimmerwohnungen, 33'6% auf Zweizimmerwohnungen und nur 40'1% der Wohnungen haben mehr als zwei Wohnräume. Damit ist schon einmal eindeutig festgestellt, daß die Mehrzahl der Wohnungen in Österreich nicht-familiengerecht ist. Und hier ist wiederum bedeutsam der Unterschied

zwischen den einzelnen Bundesländern. Das glücklichste Bundesland ist Vorarlberg, wenn man bedenkt, daß in Vorarlberg 48'5% der Wohnungen mehr als 4 Wohnräume haben. Sodann folgen die Länder Tirol, Salzburg und Oberösterreich. In der Steiermark liegt der Prozentsatz bei 16'5%, in Wien bei 11'5% und das Burgenland hat gar nur 9'3% solcher familiengerechter Wohnungen. Die größte Anzahl der Einzimmerwohnungen hat Wien, d. s. 33'8%, aber die Steiermark folgt mit 31'3% und in Vorarlberg gibt es an Einzimmerwohnungen nur 6'9%.

Meine Damen und Herren! Auch die Wohnungsausstattung ist von erheblicher Bedeutung. Man unterscheidet gute Wohnungen, schlechte Wohnungen und Wohnungen, die dann dazwischen liegen. Als Wohnungen mit guter Ausstattung bezeichnet man solche, die ein Badezimmer haben und mit Clo und Wasser innerhalb der Wohnung ausgestattet sind. Als schlecht gelten jene, bei denen Wasserbezug und Clo außerhalb der Wohnung liegen und die selbstverständlich kein Badezimmer haben. Dazu hat die Bestandsaufnahme ergeben, daß nur ein Fünftel der Wohnungen, das sind 21'2%, als gut ausgestattet gelten. Fast ein Drittel der Wohnungen sind schlecht ausgestattet, das sind 32'3%. Aber auch hier, meine Damen und Herren, wollen Sie die Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern beachten, die wiederum ein ausgesprochenes West-Ost-Gefälle zeigen. Vorarlberg hat den geringsten Anteil schlecht ausgestatteter Wohnungen, und zwar nur 5'7%. Es folgen Tirol und Salzburg. Das Burgenland hat den größten Anteil von schlechten Wohnungen mit einer Prozentziffer von 49'4. Wien liegt hier im Bundesdurchschnitt und die Steiermark ebenfalls mit 37'8%.

Bedeutsam für die Regelung des Wohnungswesens ist ferner die Frage, wieviel denn von den gezählten Wohnungen überhaupt Mietwohnungen sind. Etwas mehr als die Hälfte, und zwar 52'6% der Wohnungen entfallen auf Mietwohnungen und hier wiederum die gewaltigen Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern. In Wien sind 85'1% aller Wohnungen Mietwohnungen und im Burgenland nur 13'8%. Die Steiermark figuriert hier in der Mitte mit 42'4% Mietwohnungen. Damit ist auch schon klar, daß die Bedeutung des Mietengesetzes für Wien von grundlegend anderer Größe ist als etwa für das Burgenland oder andere Bundesländer. Bei den Mietwohnungen müssen wir wiederum unterscheiden jene, bei denen die Zinsbildung nach dem Mietengesetz erfolgt und jene, bei denen sie auf Grund freier Vereinbarung erfolgt. Bei den Mietwohnungen unterliegt die Zinsbildung bei etwas mehr als der Hälfte, nämlich bei 52'4%, dem Mietengesetz, das sind, ich möchte die Ziffer hervorheben, nur 27'3% aller Wohnungen. Also etwas mehr als ein Viertel aller Wohnungen in Österreich unterliegt nur mehr der Zinsbildung nach dem Mietengesetz. Und auch hier sind ins Gewicht fallend die Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern. Wien hat die meisten Wohnungen, die darunter fallen. 70'4% aller Wiener Wohnungen unterliegen der mietengesetzlichen Zinsbestimmung. Für das Burgenland als Gegenteil dazu ist diese Prozentziffer nur mehr 16'6%. Die Prozentziffer der Steiermark liegt wiederum in

der Mitte mit 46,3%. Daraus ergibt sich: Wien hat mit 30,4%, nicht einmal ein Drittel des Gesamtwohnungsbestandes, aber mit 49,5% die Hälfte aller Mietwohnungen und mit 66,5% zwei Drittel aller unter das Mietengesetz fallenden Wohnungen Österreichs. Damit hat die Statistik klar zu erkennen gegeben, daß das Mietenproblem in der Hauptsache in Wien gelegen ist.

Aber auch über den Wohnungsfehlbestand gibt uns die Statistik Aufschluß. Wie ich schon ausgeführt habe, wurden 2.250.000 Wohnungen gezählt. Diesen 2.250.000 Wohnungen stehen 2.313.000 Haushalte gegenüber. Das ergibt einen Wohnungsfehlbestand von 63.000. Diese Ziffer ist aber insofern irreführend, als die gezählten Wohnungen von 2.250.000 nicht alle bewohnte Wohnungen sind, sondern daß nur festgestellt wurden als bewohnte Wohnungen 2.153.000. Damit erhöht sich der Wohnungsfehlbestand bereits auf 160.000 Wohnungen. Und damit kommen wir zu den berüchtigten 97.000 leerstehenden Wohnungen, über die wir bereits bei der letzten Budgetsitzung, also bei der Budgetsitzung des vergangenen Jahres, diskutiert haben. Es ist dies, meine Damen und Herren, eine problematische Zahl, und zwar deshalb, weil von diesen 97.000 Wohnungen ein Teil vor der Vergebung gestanden ist. Zum Teil handelt es sich auch um Wohnungen, die überhaupt nicht mehr verwendbar sind oder Wohnungen, die leerstehend in Grenzgebieten festgestellt worden sind. Aber zum anderen und zum großen Teil handelt es sich hier wohl um nicht benützte Wohnungen, um gehortete Wohnungen, um Wohnungen, die anderen Zwecken zugeführt worden sind und daher für den Wohnungsbedarf nicht zur Verfügung stehen. Auch hier sind wieder länderspezifische Verschiedenheiten gegeben. Ich will Sie nicht weiter mit statistischen Zahlen bemühen. Am geringsten ist der Wohnungsfehlbestand wiederum in Vorarlberg und Tirol, so daß wir also sagen müssen „der glückliche Westen“.

Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen diese statistische Übersicht gegeben, da sich nach diesen Ergebnissen die allseits befürwortete Generalreform zu richten hätte. Die einfachste Lösung, meine Damen und Herren, wäre die Kompetenzübertragung des Wohnungswesens auf die Bundesländer. Dies würde die Verschiedenheit der Lage in den einzelnen Bundesländern rechtfertigen. Ich bin auch der Meinung, die einzelnen Bundesländer würden für sich mit dem Wohnungsproblem schon längst fertig geworden sein, wenn, wie in anderen Staaten, das Wohnungswesen zur Gänze in die Landeskompetenz fallen würde. Sie dürfen ja nicht vergessen, daß auch der Bund mit diesen Unterschieden, die ich Ihnen aufgezeigt habe, rechnen muß und in seiner Regelung die sich ergebenden Differenzierungen treffen muß. Eine unterschiedliche Regelung hat der Bund ja auch, wie Sie wissen, bei der freien Mietzinsvereinbarung für Neuvermietungen bereits vorgenommen. Hier gelten für Wien andere Voraussetzungen als für die Bundesländer. Aber die Forderung an den Bund heranzutragen, das Wohnungswesen den Ländern zu überlassen, scheint ziemlich aussichtslos. Der Bund gibt nichts ab, was er an Kompetenzen besitzt (Abg. Dr. Rainer: „Das Land auch nicht.“) Die Länder werden, Herr Kol-

lege, meist nicht gefragt. Der Bund will nur Kompetenzen an sich ziehen, aber Kompetenzen abzugeben, damit kann sich der Bund nicht befreunden, auch selbst dann nicht, wenn es sinnvoll wäre, die Kompetenzen den Ländern zu übertragen. (Abg. B a m m e r: „Entschuldige, einen Zwischenruf. Das Land gibt an die Gemeinden auch nicht gerne freiwillig Kompetenzen ab, sagen die Gemeinden.“) Herr Kollege, die Gemeinden sind wohl keine gesetzgebenden Körperschaften, sondern reine Verwaltungskörperschaften, und hier geht es ja doch um Kompetenzen der Gesetzgebung. In der Vollziehung der Gesetze des Wohnungswesens, wie Sie wissen, Herr Kollege, ist ja die Kompetenz der Länder weitreichend gegeben.

Trotz dieses Verhaltens des Bundes bleibt nach wie vor die Forderung aufrecht, daß die Wohnbauförderung zu vereinheitlichen ist und daß alle Förderungsfonds des Bundes in die Landesverwaltungskompetenz übertragen werden mögen. Wir stimmen auch damit überein, daß bei der Neugestaltung der Wohnbauförderung von der reinen Objektförderung auf die Subjektförderung überzugehen ist, und zwar unter Berücksichtigung des Einkommens, des Vermögens und des Familienstandes des Bewerbers. Eine Förderung ist unsinnig, wenn sie ganz allgemein durchgeführt wird, ohne auf die individuellen Belange des Förderungswerbers Bedacht zu nehmen. Ich begrüße es, daß man von dem Gedanken der Objektförderung bereits abgerückt ist und daß man bestrebt ist, die Subjektförderung in Angriff zu nehmen. (Abg. B a m m e r: „Als Mischfinanzierung!“)

Aber, meine Damen und Herren, es gibt noch weitere heiße Eisen auf dem Gebiete des Wohnungswesens, und es hat wenig Sinn, darum herumzureden. Es ist dies die Frage der Zinsregelung, die ja offen geblieben ist, einmal zufolge des Zinsstopgesetzes, zum anderen aber auch zufolge des Umstandes, daß die Hauptmietzinse, die nach dem Mietengesetz eingehoben werden, in keiner Weise den Aufwand der Erhaltung der Objekte mehr zu decken vermögen. Es hat der Herr Abgeordnete Leitner in der Generaldebatte der Freiheitlichen Partei wiederum zugerufen, daß die Freiheitliche Partei für eine vierfache Zinserhöhung sei. (Zwischenruf: „Wer hat das gesagt?“) Der Herr Abgeordnete Leitner hat das neuerlich hervorgehoben, und er hat erklärt, die Hausbesitzer verlangen eine vierfache Zinserhöhung. Meine Damen und Herren, es ist notwendig, hier wiederum eine Richtigstellung vorzunehmen. Das, was die Hausbesitzer fordern ist eine etappenweise Nachziehung des Hauptmietzinses und nicht eine etappenweise Nachziehung des gesamten Mietzinses, also nur eine Nachziehung des Hauptmietzinses auf das Drei- bis Vierfache. Meine Damen und Herren! Ich habe als Sprecher der Freiheitlichen Partei zum Wohnungsproblem schon bei der Budgetsitzung des vergangenen Jahres mich damit befaßt und Ihnen zum Vortrag gebracht, daß wir Freiheitlichen eine Neuregelung des Gesamtmietzinses einer etappenweisen Nachziehung des Hauptmietzinses vorziehen würden, weil wir den Friedensmietzins 1914 als einen Anachronismus empfinden, wenn er weiter-

hin, und zwar nach nunmehr fast 50 Jahren, die Grundlage für die Mietzinsberechnung darstellen soll. Für eine Neuregelung hat sich bekanntlich auch der Wiener Stadtrat der sozialistischen Partei ausgesprochen und es bestehen gewisse Hoffnungen, daß eine Neuregelung des Zinses durch Zusammenwirken der verantwortlichen politischen Parteien schließlich doch noch zustande kommen kann. Eine gewisse Erhöhung ist unvermeidlich, wenn der Althausbesitz nicht verfallen soll. Und eine gewisse Erhöhung ist auch durchaus gerechtfertigt, denn, meine Damen und Herren, die Preise sind ja im allgemeinen bereits davongelaufen und hier würde es sich ja nicht um eine Steigerung, sondern lediglich um eine Nachziehung handeln. Vergessen Sie nicht, daß der Wohnungsaufwand in Österreich trotz der teilweise sehr hohen Mieten einen nur ganz geringen Prozentsatz des Volkseinkommens ausmacht. Der ganze Wohnungsaufwand macht nämlich 4'3% des Volkseinkommens aus. Hingegen ist der Aufwand für Alkohol 7'3% des gesamten Volkseinkommens. Ich weiß, daß es unpopulär ist, von Nachziehung und damit von gewissen Erhöhungen zu sprechen. Aber man wird einfach darum nicht herumkommen. Es hat meines Erachtens keinen Sinn, hier um den heißen Brei herumzureden. Dafür folgende Äquivalente: einmal, daß die Mehrerträge, die durch eine solche Erhöhung erzielt werden würden, für die Erhaltung und Modernisierung des Hauses zu binden wären und zum anderen als Abhilfe für die sozial und finanziell bedürftige Bevölkerung eine Umstellung des Beihilfensystems auf die Subventionierung der Bedürftigen. Es ist keineswegs einzusehen, daß die Mietenbeihilfe jedem einzelnen, unabhängig von seinem Einkommen ausgeschüttet wird, und zwar nicht nur dem Wohnungsinhaber, dem Familienoberhaupt allein, sondern auch sämtlichen bereits im Beruf stehenden Kindern. Diese allgemeine Subvention ist so verfehlt, wie die Konsumenten-Subvention, die auf dem Agrarsektor gewährt wird. Man muß sich endlich dazu entschließen, den Bedürftigen zu unterstützen, den Bedürftigen zu subventionieren. Das ist nicht nur ein gerechter, sondern auch ein durchaus sozialer Standpunkt.

Meine Damen und Herren! Und was soll nun mit den leerstehenden Wohnungen geschehen? Wie sollen die leerstehenden Wohnungen der Vermietung zugeführt werden? Sind wirklich neue Zwangsmaßnahmen erforderlich, nach denen seit dem Auslaufen des Neuvermietungsgesetzes bereits gerufen wird? Wir sind der Meinung, man sollte es hier einmal mit anderen Mitteln versuchen. Solche Mittel würden darstellen eine Lockerung des Kündigungsschutzes bei gehorteten Wohnungen. Es ist nicht notwendig, daß jemand 2 oder 3 Wohnungen hat. Hier wäre eine Lockerung des Kündigungsschutzes nicht nur gerechtfertigt, sondern auch sozial. Eine andere Möglichkeit, hier Zwangsmaßnahmen zu vermeiden, erblicken wir in befristeten Vermietungen, die bisher durch das Mietengesetz unterbunden sind, weil befristete Mietverträge nach Ablauf der Frist in Mietverträge auf unbestimmte Zeit übergehen. Man müßte hier versuchen, den Hauseigentümern die Möglichkeit einer befristeten Vermietung einzuräumen. Wir wissen alle, daß

heute Wohnungen gehortet werden, etwa für Kinder, die vielleicht erst 5 oder 6 Jahre alt sind, die in 15 oder 20 Jahren vielleicht heiraten und erst dann eine Wohnung brauchen. Die Wohnungen werden aber schon heute für diesen Zweck gehortet. Hier besteht doch die Möglichkeit, den Vermietern einen befristeten Mietvertrag zu ermöglichen. Den Mieter einer solchen Wohnung kann man in 5 oder 6 oder mehr Jahren sicherlich anderweitig wohnversorgen. Diesen Gedanken vertritt auch die Aktion „Menschlichkeit bricht Wohnungsnot“, die vom Wohnungsreferenten der Stadt Graz, Herrn Stadtrat Dr. Götz, jüngst ins Leben gerufen wurde und die auch in der Presse einen sehr beachtlichen Widerhall gefunden hat. Der gleiche Gedanke liegt hier zugrunde, nämlich die befristete Überlassung solcher Wohnungen an die Gemeinde. Wenn solche Wohnungen der Gemeinde nur auf einige Jahre überlassen werden, dann ist die Gemeinde in der Lage, gleich einen Mieter dort einzuweisen, diesen dann nach 3 oder 4 Jahren anderweitig wohnzuversorgen und die sonst nutzlos gehorteten Wohnungen den Hauseigentümern wieder zur Verfügung zu stellen. Das sind Wege, die geeignet sind, das Wohnungsproblem einer Lösung zuzuführen, Wege, die zweifellos einer eingehenden Überlegung und Überprüfung wert wären.

Was den Schacher mit Eigentumswohnungen anlangt, der besonders bei der Budgetdebatte des Nationalrates hervorgehoben wurde, so bedarf es doch hier nur einer kleinen Novellierung des § 31 a des Wohnhauswiederaufbau-Gesetzes. Denn das Verbot, Eigentumswohnungen, die mit Förderungsmitteln gebaut wurden, 6 Jahre lang nicht weiter zu übertragen, ist ja nur dann wirkungsvoll, wenn das Wohnungseigentum bereits im Grundbuch eingetragen ist. Der Schacher wird, seitdem das Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz besteht, dadurch getrieben, daß die Einverleibung des Wohnungseigentums zurückgestellt wird, daß lediglich die Einverleibung des Grundanteiles vorgenommen wird und daß kein Hindernis dagegen besteht, eine im Grundbuch noch nicht einverlebte Wohnung weiter zu veräußern und einen beliebigen hohen Preis dafür zu verlangen. Gerade der Herr Abgeordnete Prinkle hat im Parlament das Beispiel gebracht, daß von gewissen Besitzern solcher Eigentumswohnungen, Eigentümer sind sie ja noch nicht, weil sie in den Grundbüchern noch nicht eingetragen sind, der Grundanteil mit etwa 1500 S gekauft wurde und daß diese Eigentumswohnung sage und schreibe um 150.000 S weiter veräußert worden ist. Wäre es nicht möglich gewesen, einen Initiativantrag im Nationalrat einzubringen und durch eine einfache, kleine Änderung der Bestimmung des § 31 a WWG hier Remedur zu schaffen?

Meine Damen und Herren! Ich möchte abschließend sagen, daß die Freiheitliche Partei für eine Generalreform des Wohnungswesens eintritt, und zwar auf dieser Grundlage, die ich mir kurz zu skizzieren erlaubt habe. Wir von der Freiheitlichen Partei halten eine gerechte und befriedigende Lösung des Wohnungsproblems auch im dafür zuständigen Organ, im Parlament für möglich, auch wenn dies durch Mehrheitsbildung erfolgen sollte.

Aber das Koalitionsübereinkommen geht nicht einen solchen raschen Weg, sondern sieht, wie Sie ja wissen, folgende Prozedur vor: Zunächst soll die Generalreform des Wohnungswesens bis zum 31. Dezember 1964 im Koalitionsausschuß debattiert und behandelt werden. Sollte hier eine Einigung nicht erzielt werden, steht es dann den Koalitionsparteien frei, ihre Anträge im Parlament zu stellen, und zwar im sogenannten koalitionsfreien Raum. Der in der Abstimmung unterliegenden Partei aber wird wiederum die Möglichkeit eingeräumt, über das Gesetz eine Volksabstimmung zu begehren und durchführen zu lassen. Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob das ein sehr zweckmäßiger Weg ist, der hier eingeschlagen wurde. Ich habe mir auch erlaubt, auf dem Bundestag der Haus- und Grundbesitzer dazu Stellung zu nehmen und ich möchte das, was ich dort am Bundestag der Haus- und Grundbesitzer am 25. Mai 1963 namens der Freiheitlichen Partei erklärt habe, kurz zur Verlesung bringen, nachdem der Herr Abgeordnete Leitner auch hier wiederum eine unrichtige Unterstellung gemacht hat: Ich habe damals ausgeführt: „Wir von der Freiheitlichen Partei haben immer gesagt, daß das Mieten- und Wohnungsproblem in der verfassungsmäßigen Instanz, im Parlament, einer befriedigenden Lösung zugeführt werden kann. Ein Weg zur Lösung ist nunmehr im neuen Koalitionsübereinkommen besprochen, dessen erste Etappe die Koalitionsverhandlungen sind. Die zweite Etappe ist die verfassungsmäßige Behandlung im Parlament. Im Parlament kommt der FPÖ jenes Gewicht zu, um das sie die ganzen Jahre gekämpft hat. Die FPÖ wird anlässlich der parlamentarischen Beratungen dafür eintreten, daß das Mieten- und Wohnungswesen eine wirtschaftlich und sozial gerechtfertigte Regelung findet. Dann aber kommt die dritte Etappe, die Volksabstimmung. Die FPÖ ist immer für die Stärkung der Volksinitiative eingetreten, aber es sind Zweifel gerechtfertigt, ob sich dieser umfassende Komplex des Wohnungs- und Mietenwesens für eine Volksabstimmung eignet. Wenn die Zügel der Demagogie und der Propaganda losgelassen sind, weiß man nie, was daraus entstehen kann. Ich denke jetzt nicht an den Koalitionspartner der Österreichischen Volkspartei, sondern an die ganze linke Seite.“ Das ist das, was ich namens der Freiheitlichen Partei auf der Bundestagung des Haus- und Grundbesitzerbundes erklärt habe (Landeshauptmann Krainer: „Das sind ja auch unsere Erfahrungen.“), an jenem Tag, an dem auch Bundeskanzler Dr. Gorbach eine richtunggebende Rede gehalten hat. (Landeshauptmann Krainer: „Das war ja ein Wählerforum, die Hausbesitzerversammlung!“) Das war kein Wählerforum, das war eine Bundestagung, und es ist der überparteiliche Charakter dieser Bundestagung von keinem Geringeren als vom Bundeskanzler Dr. Alfons Gorbach selbst hervorgehoben worden.

Meine Damen und Herren! Ich habe keinen Anlaß, heute meine Ausführungen anders zu beschließen, als ich dies bei dieser Bundestagung des Haus- und Grundbesitzerbundes gemacht habe. Ich habe damals mit den Worten geschlossen: „Wollen wir also hoffen und glauben, daß dieses schwierige und überfällige Problem alsbald einer befriedigenden

und gerechten Lösung zugeführt wird. Wir Freiheitlichen sehen im Mieten- und Wohnungsproblem nicht nur eine wirtschaftliche und soziale Frage, sondern auch eine Frage des Rechtes und der Gerechtigkeit. Die Gerechtigkeit ist das Fundament des Staates. Was die Freiheitliche Partei vermag, wird sie sich in diesem Sinne weiterhin für die Lösung des Mieten- und Wohnungsproblems einsetzen. (Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile dem Abgeordneten Doktor Rainer das Wort.

**Abg. Dr. Rainer:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, Hohes Haus! Nachdem ich etwas zu den Straßen sagen möchte, möchte ich von den Wohnbaufragen mit einer Richtigstellung überleiten. Der Herr Abg. Bammer hat vorhin erklärt, ich habe in der Debatte im vergangenen Jahr die Behauptung aufgestellt, solche Vorkommnisse wie in Judenburg, die sich nachträglich als nichts herausgestellt haben, so was könne bei uns nicht passieren. Er habe das diesbezügliche Protokoll durchgelesen. Nun, in diesem Protokoll stehen folgende zwei Sätze: „Sehen Sie, meine Damen und Herren, ich glaube, daß diese ganze Angelegenheit für niemanden, der im Genossenschaftswesen tätig ist und der auch die Bedeutung der Siedlungsgenossenschaften und ihre Leistungen erkennt, erfreulich ist. Ich möchte aber feststellen, keine Partei und keine Siedlungsgenossenschaft ist vor Unzukömmlichkeiten gesichert.“ Bitte, würden Sie die Freundlichkeit haben, das Ihrem Kollegen mitzuteilen. Mich würde seine Stellungnahme dazu interessieren. (Zwischenruf Abg. Hans Brandl: „Wir haben es schon aufgeschrieben.“) Bitte sehr, aber er möchte doch immerhin diese Sätze, die eindeutig dastehen, lesen, und ich möchte doch sagen, es würde sich vielleicht gehören, daß er dann sagen würde, bitte, Sie haben recht gehabt oder nicht. Nämlich nur eine Behauptung aufzustellen und dann zu sagen, „ich habe das gelesen“, und dann stimmt es nicht, so einfach sollen sich's auch die Abgeordneten nicht machen, wenn sie auch mit der Immunität ausgestattet sind. Denn die Immunität ist ja ein Recht, das uns auch eine Verantwortlichkeit auferlegt. Das sei doch auch festgestellt. (Abg. Leitner: „Mir passiert das öfters, vom Herrn Dr. Pittermann besonders!“ — Abg. Scheer: „Das ist halt ein Viehdoktor, nicht?“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir, daß ich etwas zum Straßenwesen der Steiermark sage. Es ist erfreulich, daß die großen Klagen der Fremden und der Besucher der Steiermark, aber auch zum Teil unserer Bevölkerung über die Straßenverhältnisse in der Steiermark in den letzten zwei, drei Jahren aufgehört haben. Nicht deshalb, weil nun alle Straßenprobleme gelöst sind, sondern weil die Stücke, die ein modernes und zügiges Fahren erlauben, doch einen solchen Umfang haben, daß sie bei längeren Reisen bereits ins Gewicht fallen. Wir haben in den letzten 10 Jahren in der Steiermark 1258 km Landesstraßen gebaut und 417 km Bundesstraßen nach modernen Gesichtspunkten ausgebaut. Vor allem die Bundesstraßen sind es ja, die den Strom der Fremden in und durch

unsere Heimat leiten. Wenn wir uns vor Jahren auch immer wieder darüber beklagten, daß die anderen Bundesländer die Zufahrtswege, vor allem aus dem Westen in die Steiermark, nicht ausbauen, und daß wir oft den Eindruck hätten, daß sie die Grenzen am liebsten absperren würden, so sind diese Klagen nun nicht mehr notwendig. Der Pötschenpaß ist ausgebaut, der Pyhrnpaß ist ausgebaut und auch die Straße von Mandling nach Radstadt und Bischofshofen entspricht zum Großteil den modernen Anforderungen. Natürlich wurde der Bau der Straßen nach gewissen Planungen vorgenommen. Bei den Landesstraßen hat man sich bemüht, an alle Bezirke zu denken, während bei den Bundesstraßen die große Planung darin bestand, daß zunächst einmal die Verkehrswege aus dem Westen geöffnet werden und daß die Durchzugsstraße, die Triester Bundesstraße, modernen Verhältnissen angepaßt wurde. Die Triester Bundesstraße vom Semmering bis St. Michael ist in Kürze ja voll ausgebaut. Das letzte große — neben Kindberg — aber bereits in Bau befindliche Baulos Langenwang wird ja im nächsten Jahr zu befahren sein. Auf dieser Straße ist natürlich das große Problem die Umfahrung von Leoben. Alle, die im Sommer öfters durch Leoben durchfahren mußten, haben die Klagen gehört und haben die Wartezeiten, die oft eine Stunde betragen, durch die Asphaltierungen auch noch bedingt und erschwert, miterlebt. Einheimische und Fremde haben hier wenig schöne Erinnerungen an diese Bergstadt in der Obersteiermark. Laut letzter öffentlicher Verkehrszählung im Jahre 1960 passierten, gemessen an 15 Zähltagen und sieben Zähl Nächten in diesem Jahr in beiden Verkehrsrichtungen im Tagesdurchschnitt rund 5000 Kraftfahrzeuge den Streckenabschnitt Bruck—Leoben. Der maximale Stundendurchgang betrug bei dieser Zählung am 15. August 1960 920 Kraftfahrzeuge. Nachdem der Kraftfahrzeugverkehr sich sicherlich in den letzten Jahren noch weiter gesteigert hat, werden diese Zahlen im heurigen Jahr noch wesentlich übertroffen werden. Aber nun, Leoben ist im Bau. Vielleicht sind hier einige Aufklärungen noch notwendig. Zum erstenmal hat man sich mit einer Umfahrung im Jahre 1938 beschäftigt. Aber erst im Jahre 1951 wurde diesem Problem ernstlich zu Leibe gerückt. Es konnte damals ein grundsätzlicher, genereller Entwurf für die Trassenführung geschaffen werden. Die Straßenumlegung sollte zunächst vom Neuner Wächter längs der Brucker Straße, weiter über die Mur und weiter als Hochstraße längs der Kärntnerstraße über die Bahngeleise beim Bahnhof Göß und schließlich über den Häuselberg gehen. Trotzdem wurden immer wieder neue Vorschläge gemacht und vor allem bei der Detailplanung haben die Vertreter von Leoben immer wieder neue Einwendungen unter Hinweis auf die geänderten innerstädtischen Verhältnisse gemacht. Ganz plötzlich kam allerdings im Jahre 1961 die Zustimmung der Stadtgemeinde Leoben zur weiteren Südumfahrung Leoben. Dieses Projekt wurde 1961 dann endgültig verfaßt und erfordert einen Kostenaufwand von rund 120 Millionen Schilling, wobei ein Straßentunnel von ungefähr 400 m Länge mit einbezogen sein soll. Nun ist der Bau bereits im Gange und auch die Bauvergebung bis auf das letzte Stück Göß—Auwald,

welches im Frühjahr folgen soll, bereits erfolgt. Die Betondecke wird allerdings erst im Jahre 1966 ausgeschrieben und aufgebracht werden können. Die Tunnelröhre, die im heurigen Sommer einmal einstürzte, geht nun flott vorwärts und bei einer dreimal achtstündigen Arbeitszeit wächst dieser Tunnel um 1 Meter pro Tag in den Berg hinein. Nun, bis wann werden alle Leobner vom Durchzugsverkehr befreit sein und wir eine schnellere Verbindungsmöglichkeit in die Obersteiermark haben? Bis 15. September 1965 sollen die Straßen- und Brückenbauarbeiten soweit fertiggestellt werden, daß im Jahre 1966 die Betondecke aufgebracht werden kann. In der Hauptreisezeit 1966 wird also die ausgebaute Straße zur Verfügung stehen. Allerdings ist zu hoffen, daß im Jahre 1965 in der Hauptreisezeit diese Straße bereits auf einer Rohdecke bzw. auf einem Bitumenbelag befahrbar ist und während dieser Zeit den Verkehr hier erleichtern hilft. Bisher wurden Bauarbeiten in der Höhe von 73'8 Millionen Schilling vergeben. Meine Bitte an den zuständigen Referenten, den Herrn Landeshauptmann, geht dahin, daß doch alles gemacht wird, daß im Sommer 1965 provisorisch die Umfahrung benützt werden kann.

Neben der Triester Bundesstraße, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind es vor allem die Straßen aus dem Westen, die noch dringend einer Fertigstellung bedürfen und hier vor allem die Strecke von Bad Aussee nach Trautenfels. Wir haben heute durch das Ennstal eine moderne Betonstraße von Haus-Ruperting bis nach Liezen. Wir haben außerdem die Umfahrung von Schladming im Bau, die im nächsten Jahr ebenfalls befahrbar sein und dem Verkehr voll übergeben werden wird. Genauso ist auch Bad Aussee bereits in Arbeit und soll ebenfalls im Jahre 1964 fertiggestellt werden. Damit wird einer unserer schönsten und größten Fremdenverkehrsorte von dem störenden Durchzugsverkehr ab dem nächsten Jahr befreit sein.

Aber nun ist vor allem ein Sorgenkind und ein immer neuer Stein des Anstoßes die Straße von Bad Aussee nach Trautenfels. Nicht nur, daß hier 4 Ortsdurchfahrten sind, ist sie hier äußerst kurvenreich und außerdem sehr schmal. Ebenfalls hier nun eine Bitte an den Herrn Landeshauptmann, in Wien die notwendigen Schritte zu unternehmen, daß dieses Straßenstück bevorzugt, eventuell durch eine Vorfinanzierung, noch im nächsten Jahr in Angriff genommen werden kann. (Landeshauptmann **Kraimer**: „Wenn die Abgeordneten beider Parteien nicht so viel interveniert hätten, daß ein anderes Stück dringender ist, wäre dieses Stück schon längst fertig!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dem Straßenbau können wir in den letzten Jahren zufrieden sein. Strengen wir uns auch in Zukunft alle an, damit der weitere Ausbau ebenso schnell wie bisher und ebensogut und den modernsten Anforderungen entsprechend, durchgeführt wird. (Beifall.)

**Präsident:** Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abg. **Scheer**. Ich erteile es ihm.

**Abg. Scheer:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich habe den Ehrgeiz, in dieser Gruppe die kür-

zeste Zeit in Anspruch zu nehmen und möchte vielleicht einmal versuchen, in wenigen Worten mehr zu sagen. (Landeshauptmann Krainer: „Hier ist keine Schulstunde!“ — Landesrat Sebastian: „Er ist ja kein aktiver Lehrer!“) Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf einen besonders neuralgischen Punkt im Verkehrsnetz der Steiermark lenken, der schon einmal Gegenstand einer Anfrage im Hause war. Aber nachdem sich bisher nichts geändert hat, muß ich noch einmal davon sprechen, und zwar ist das die Durchfahrt durch das Zementwerk in Peggau-Deutschefritz. Wir haben einmal schon im Finanzausschuß darüber gesprochen. (Abg. Dr. Kaan: „Peggau, nicht Deutschefritz!“) Wer einmal dieses Mißvergnügen gehabt hat, dort durchzufahren, wird bemerkt haben, daß es sich wirklich um ein skandalöses Straßenstück handelt und daß durch die Verschmutzung, die durch das Werk, das dort entstanden ist, verursacht wird, weil das Werksgelände nicht staubfrei gemacht wurde, man sich eigentlich nur wundern kann, daß sich dort nicht mehr Unfälle ereignet haben. (Landeshauptmann Krainer: „Stimmt ja nicht, ich habe es erst vorgestern angeschaut!“) Wir glauben aber, daß es doch der Steiermärkischen Landesregierung und den Beamten möglich sein wird, diesen Notstand — möchte ich beinahe sagen — im Verordnungs- und Anordnungsweg zu ändern, weil es nicht einzusehen ist, daß ein solch verschmutzter Zustand einer Straße überhaupt aufrechterhalten bleibt. Ich glaube nicht, daß, wenn irgendein anderer Besitzer in einer ähnlichen Situation das macht, daß der ungeschoren so lange Zeit davonkäme, wie das an dieser Ecke unserer Steiermark möglich ist. Ich glaube also, daß der Hohe Landtag noch einmal mit dieser Sache befaßt werden soll und glaube, damit ausgedrückt zu haben, daß diese Sache endlich erledigt wird. In der Umfrage hat sich ergeben, daß manche auf die Umfahrung warten, die dort gemacht werden soll, aber die liegt in so weiter Ferne, daß schnell, aber auch sehr schnell dort gehandelt werden muß, bevor dort etwas geschieht. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zum Worte kommt der Herr Abgeordnete Lackner Vinzenz.

**Abg. Vinzenz Lackner:** Hoher Landtag, verehrte Damen und Herren! Die Gruppe 6 mit dem Kapitel „Straßen- und Brückenbau“ ist, wie die Erfahrung aus den vergangenen Budgetdebatten lehrt, eine Gruppe, in der alle Abgeordneten, die noch an das steirische Christkindl glauben, ihren Wunschzettel ausfüllen und dem zuständigen Referenten unterbreiten. Ich habe das auch jahrelang getan. (Landeshauptmann Krainer: „Ich habe keine Übung in der Christkindlarbeit!“) Und es hat das Christkindl in dieser Zeit sehr viel geleistet. Und ich möchte aber heute mich nicht wieder darin betätigen, solche Wunschzettel zu schreiben. Ich überlasse das den jüngeren Abgeordneten. Es ist ja noch eine Reihe von Rednern vorgemerkt. Wozu ich sprechen möchte ist folgendes: Wenn die Urlauber in der Urlaubszeit durch unsere Gegend fahren, so kann man oft feststellen, daß Geschwindigkeitsbeschränkungen und vieles andere nicht eingehalten wird oder geflissentlich übersehen wird. Wenn Sie aber diesel-

ben Fahrer in der letzten Woche Oktober durch den Bezirk Knittelfeld fahren sehen, und Sie kommen zur Bezirksgrenze, ganz gleich ob von Westen oder von Osten, so passiert es dem einen oder dem anderen, daß er unwillkürlich vom Gas weggeht, seinen Wagen verlangsamt und auf ein weißes Kreuz blickt. Und diese weißen Kreuze zur Allerheiligenzeit hat der Steiermärkische Automobilklub, Sektion Knittelfeld, dort aufgestellt, den Toten, den Verkehrstoten zum Gedenken, aber den Verkehrsteilnehmern zur Mahnung. Und waren es vor vier Jahren noch nicht 90 Kreuze, so sind es diesmal zu Allerheiligen bereits 130 gewesen, auf einem Straßenstück von sage und schreibe schwach 25 Kilometern, das heißt pro Kilometer 5 Tote, unter anderem aber Stellen, bei denen man es nicht für möglich halten möchte, gerade, übersichtlich, höchstens eine leichte Kurve, wo sich diese Kreuze bis zu 20 und mehr zusammenballen. Aber aus den Kreuzen, die eine so eindringliche Mahnung sind, geht nicht hervor: Wer sind die Toten? Um welche Uhrzeit ist es passiert? Was war schuld daran? Die Kreuze erinnern nur, daß hier jemand auf der Straße als Verkehrsteilnehmer sein Leben verlöschen mußte, und damit ist die Sache nach einer Woche wieder weg. Nun gibt das aber uns ernstlich zu denken. Und um einmal festzustellen: Was sind die Ursachen an diesen gefährlichen Straßenstücken? Was sind überhaupt die Ursachen der Verkehrsunfälle? Woraus setzen sich die Teilnehmer zusammen? Wird beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Abteilung für Statistik, eine eigene Zählkarte bundeseinheitlich eingeführt, die diese Dinge alle ermitteln soll. Und wenn wir dort das anschauen, kommen wir darauf, daß viele dieser Menschen, die auf dem Wege zur Arbeit fuhr, nicht mehr nach Hause kamen, aber auch Schulkinder, die in der Früh das Elternhaus verlassen hatten, kamen nicht mehr, statt dessen kam der Lehrer oder irgendein Beamter brachte die letzten Habseligkeiten. Drei solche weiße Kreuze stehen unmittelbar vor der Schule in Knittelfeld. Es ist dies eine ernste Mahnung an die Eltern, dies allein auf der Bundesstraße Nr. 17, auf so einem kurzen Stück Weges. Nun, das gefährlichste Stück auf dieser Straße scheint die Straße bei Stadlhof zu sein, und jeder der Abgeordneten oder auch unsere Verkehrsteilnehmer, die diese Straße befahren, werden sich wundern, wieso gerade dort. Man weiß nicht, ist es die Straßenglätte, oder liegt sie in der Neigung nicht richtig, oder was immer schuld sein soll an diesem kurzen Stück, das so gefährlich ist zwischen Zeltweg und Knittelfeld. Man hat immer darauf gewartet, daß doch ehe baldigst etwas geschieht. Es waren diese Vorfälle ja auch bekannt. Und scheinbar war es erst notwendig, daß ein amerikanischer Konsul auf dieser selben Stelle verunglückte. Sofort darauf wurde die Straße einer genaueren Untersuchung unterzogen, ein neuer Belag aufgezogen. Aber es wird erst die Zukunft weisen, ob das wirklich auch das Mittel ist, dort die Unfälle abzustellen. Jedenfalls ist das Straßenstück jetzt in einem viel besseren Zustand, als es vorher war, und wir hoffen, daß die Unfälle sich dort doch verringern. Aber es hat in Wien auch das Gerücht kursiert und ich bin wiederholt gefragt worden, ob das auch stimmt, daß dort

irgendein magnetisches Feld sein soll, das momentan irgend etwas ausschaltet beim Lenker, daß dort solche Unfälle zustande kommen. Es sind dort nicht nur Wiener verunglückt oder Fremde, sondern hauptsächlich sogar Einheimische, die dieses Stück sehr gut kennen. Ja, es gibt aber auch irgendwo ein Straßenstück, das auch einmal durch die Presse gegangen ist, wo jede Windschutzscheibe kaputtgegangen ist, wo man dann geglaubt hat, da sitzt irgendein Bub mit einer Steinschleuder und schießt hinten nach. Auch das ist vorgekommen. Aber das war nicht bei uns. Und dieses Einheitszählblatt für die Unfälle, das 1961 aufgelegt wurde und im Lochkartenverfahren nach den modernsten Errungenschaften der Technik schnell eine Statistik herausbringt, ist natürlich eine wichtige Unterlage für die Straßenbauer. Nachdem das aber eine gesamtösterreichische Statistik ist, ist sie natürlich auf das Land Steiermark nur zum Teil anwendbar, und deshalb hat das Land Steiermark spezielle Erhebungen gepflogen, und einen Teil davon hat ja schon der Herr Abgeordnete Primarius DDr. Stepantschitz angeführt. Sie kommen ja aus dem Verkehrsreferat der Landesregierung, und dadurch, daß die Abweichungen in den Bundesländern verhältnismäßig gering sind, kann man diese Publikation auch für die Steiermark anwenden. Würde man aber hergehen, diese noch erweitern und die schillingsmäßigen Schadenbeträge durch Verdienstentgang, Spitalskosten, Sachschaden usw. erheben, ich glaube, es würde da so manchem der Atem wegbleiben. Ich kann mich nicht steirisch ausdrücken, es geht nicht, wenn er dann diese Zahlen hören würde, die sich da auftun. Wenn man die Verhältnisse auf die Steiermark überträgt, so kommt es leider vor, daß die Steiermark dabei sehr ungünstig abschneidet, das hat ja auch mein Kollege DDr. Stepantschitz in einer anderen Gruppe schon gesagt. Aber immerhin hat man jetzt erstmals Vergleichszahlen zwischen 1962 und 1961 und zum Teil für das erste Halbjahr 1963. Aber die Zahl der Verkehrsoffer ging, obwohl viele Vorkkehrungen getroffen wurden, nur um 411 zurück. Die Zahl der Toten war Gott sei Dank um 29 geringer. Trotzdem steht die Steiermark mit 279 Toten an zweiter Stelle vor Niederösterreich. Die Aufschlüsselung nach Altersgruppen, nach Monaten und Wochentagen der Verunglückten und Unfälle und ihre Beteiligung sogar nach der Uhrzeit sowie auch die Erfassung Betrunkener bei diesen Unfällen ergibt ein hochinteressantes, aber auch sehr mahnendes Bild über die Verkehrsunfälle überhaupt. Daß ein Drittel aller Verkehrsunfälle sich in der Stadt Graz und deren Umgebung ereignet, hat ja Herr DDr. Stepantschitz gestern schon vorgetragen. Aber es ist ja letzten Endes auch so, daß das Gebiet von Graz und Umgebung ein geballtes Industriezentrum ist und es logisch ist, daß daher hier die Verkehrsunfälle in erster Linie in die Zeiten von 11 bis 13 Uhr und zwischen 15 und 18 Uhr hineinfallen, wobei wieder die Stunden zwischen 15 und 17 Uhr eine besonders hohe Unfallsziffer haben. Wenn aber diese Publikation der Allgemeinheit zugänglich gemacht würde oder in Zeitungen veröffentlicht würde, dann würde sich so mancher Verkehrsteilnehmer sagen, „ausgerechnet um diese Zeiten fahre ich nicht dort oder dahin, wo die größte Verkehrsdichte ist.“ Man

würde so auch die Verkehrsspitze entlasten und weniger Unfälle haben und jemand, der nicht gerade zur oder von der Arbeit fährt, würde von Sachschaden bewahrt bleiben und viel Ärger würde ihm dadurch erspart.

Wenn man sich anschaut, wie es in den verschiedenen Bezirken aussieht, so ist in allen Bezirken so ziemlich dasselbe Ergebnis, nämlich daß 70—80% aller Unfälle aus dem bezirkseigenen Gebiet stammen. Der Bezirk Liezen macht da eine Ausnahme, da er ja im Sommer und Winter eine ziemlich starke Fremdenverkehrs-Frequenz hat. Der sinkt da ab auf 66%. Das ist die einzige Ausnahme. Die Erhebungen auf den Bundesstraßen liegen in der Mehrzahl auf den Freiland-Bundesstraßen und weniger an den Ortsdurchfahrten. 1961 hat Bruck a. d. Mur vor Graz-Umgebung und vor Mürzzuschlag die Spitze dieser Unfälle gehalten. 1962 war es schon wieder ein anderer Bezirk, aber auch wieder ein Industriebezirk. Die Industriebezirke stehen vor allem deshalb an der Spitze, weil sie doch von Bundesstraßen durchzogen sind, daher eine größere Verkehrsdichte haben. Wenn man das Verhältnis betrachtet der Bundesstraßen zu Landes- und Gemeindestraßen, so ist es sehr interessant, aus dieser Statistik zu lesen: 1300 km Bundesstraßen, das sind 5% des steirischen Straßennetzes gegenüber den Gemeinde- und Landesstraßen mit 24.600 km und noch 3000 km privater Wege, die zusammen 95% ausmachen. Von den 7535 Verkehrsunfällen mit Personenschaden haben sich 2799, d. s. 37,1% auf Bundesstraßen ereignet und 4736 auf Landes- und Gemeindestraßen, d. s. 62,9%. Wenn man natürlich den geringen Anteil an Bundesstraßen hernimmt, so kommen auf 100 km Bundesstraßen 220 Unfälle mit Personenschaden und auf 100 km Landesstraßen nur 19 Unfälle, d. h. daß auf Bundesstraßen rund 12mal soviel Unfälle geschehen sind als auf Landesstraßen, obwohl sie nur 5% ausmachen. Wenn man die Landbezirke anschaut, so ergibt sich dort, daß die Landbezirke, vor allem dann, wenn sie keine größeren Verkehrsadern haben, keine besonderen Bundesstraßen durchgehen, mit der Verkehrsunfallziffer am geringsten behaftet sind. Und wenn vielfach behauptet wird, die Fremden, die kommen, verursachen die Unfälle, z. B. die Wiener oder die Grazer, wenn sie aufs Land hinauskommen, so stimmt das in keiner Weise. Sowohl bei den Wienern als auch bei den Grazern bewegt sich diese Zahl zwischen 2 und 4% von den an Unfällen Beteiligten. Verschieden ist natürlich noch die Teilnahme an Unfällen aus den übrigen Bundesländern, so hat Mürzzuschlag z. B. die meisten Wiener und Niederösterreicher, die Murauer naturgegeben die Salzburger und Kärntner, während Leibnitz, Deutschlandsberg und diese Bezirke die Grazer haben, weil das die Ausflugsziele dieser Stadtbewohner sind. Interessant sind aber auch die Monate. Während in der Obersteiermark meist die Monate Oktober—November höhere Unfallsziffern haben, weil dann dort der erste Frost eintritt mit Glatteis usw., und das von den südlicheren Verkehrsteilnehmern nicht genug beachtet wird, obwohl im Juli—August die größte Verkehrsdichte für die Urlauber ist, so ist es für die Leibnitzer und Deutschlandsberger Gegend deshalb der Oktober, weil zu dieser Zeit dort Weinlese ist. Das fällt na-

türlich auch irgendwie ins Gewicht. Die Ausländerbeteiligung an den Unfällen ist im Verhältnis sehr schwach. (Landeshauptmann K r a i n e r: „Nicht wegen dem Wein! Zu der Zeit fahren deshalb die meisten Leute hinaus, weil der Herbst so schön ist in der Gegend!“)

Wenn man die Statistik nach den Wochentagen betrachtet, so ist es so, daß es der Samstag, der Sonntag und zum Teil auch der Montag ist, an dem sich die meisten Unfälle ereignen. Es spiegelt sich hier bereits das verlängerte Wochenende in diesen Ziffern wider.

Nach Monaten führt der August mit 901 Unfällen, 12.237 Verletzten und 75 Toten. Knapp vor dem Juli. Im Vorjahr war es umgekehrt, da war der Juli an erster Stelle.

Alle diese Dinge sind natürlich dazu angetan, daß man sagen muß, was nützen die vielen Anstrengungen und die Straßenbauten, wenn trotzdem die Unfallzahl nicht abnimmt, sondern immer noch — im Zusammenhang natürlich mit der zunehmenden Motorisierung — weiter ansteigt. Wenn man vergleicht, wo die meisten Unfälle vorkommen, so ist es die Bundesstraße Nr. 17 mit 27%, von Mürzzuschlag nach Neumarkt, dann mit 23% die Bundesstraße Nr. 67 zwischen Bruck und Spielfeld und mit 16% die Bundesstraße Nr. 70 Graz—Pack. Wenn man die verschiedenen Längen dieser Straßen gegenüberstellt, so zeigt sich, daß auf der Bundesstraße Nr. 17 alle 1900 m ein Unfall passiert, auf der Bundesstraße Nr. 67 alle 1200 m und auf der Bundesstraße Nr. 70 von Graz auf die Pack alle 1000 m. Die meisten Toten fordern die Bundesstraßen mit Vorrang. Aber vor allem ist dort die übermäßige Geschwindigkeit die Ursache der Unfälle. Und bei diesen Dingen liegen natürlich die Bezirke Bruck—Leoben an der Spitze.

Es ist ein trauriges Kapitel, wenn man diese Ziffern durchschaut und feststellen muß, daß von den Verkehrstoten im ganzen Bundesgebiet 70 Kinder sind, und zwar Kinder bis zu 14 Jahren. Rechnet man im Durchschnitt, daß so ein Kind noch eine Lebenserwartung von 60 Jahren gehabt hätte, so sind das zusammen 4200 Jahre, also zweimal die Zeitrechnung von Christi Geburt bis heute, und wenn man sich dann noch dazu vorstellt, wieviel geschickte, geistreiche, wertvolle Menschen dabei gewesen sind und was die für die Heimat alles hätten leisten können, und wie schwer das für die Eltern war. Denken wir an diese Ziffer besonders anläßlich der bevorstehenden Feiertage! In all diesen Familien wird jemand fehlen, der nicht mehr unter dem Weihnachtsbaum steht. Es ist dies eine Tragik, die absolut nicht notwendig wäre, zumindest nicht in diesem Ausmaß. Man muß daher an alle appellieren, doch mehr diesen Verkehrsproblemen ihr Augenmerk zuzuwenden.

Wenn man die Altersgruppen dieser Verunglückten anschaut, so waren 57% Lenker, 28% waren Mitfahrer und 14% waren Fußgänger. Von den Lenkern waren 27% zwischen 15 und 24 Jahren, also da sind die Mopeds und die Motorräder auch dabei, wenn man schaut, was für einen großen Anteil die Jugend an diesen Verunglückten hat. Die Lenker sind am meisten gefährdet. Wenn man dann noch

in Betracht zieht, daß über 25% aller verunglückten Lenker noch nicht 24 Jahre alt waren, so muß man sagen, jugendlicher Tatendrang und Leichtsinns, ein Krach muß her, Lärm muß sein, man fährt, ohne zu denken, ob etwas entgegenkommt oder nicht, so ist dieses rücksichtslose Fahren vielfach die Hauptschuld. Man muß dazu sagen, in dem Falle ist Geschwindigkeit nicht Hexerei, sondern bedenkenloser Selbstmord. Man muß aber auch der Jugend zurufen, sie soll doch die Flamme ihres Lebens hüten, die ihnen von der Schöpfung und von den Müttern gegeben wurde. Wenn man dann noch die Trunkenheit anschaut bei den einzelnen Fahrern, so ergibt sich, daß außer Graz 465 Unfälle mit 555 Personen waren. Davon waren 374 Lenker betrunken, die diese Unfälle verursacht haben. 676 Personen wurden dabei verletzt und 43 getötet. Dem Alter nach sind hier die 15- bis 24jährigen am wenigsten beteiligt, wohl aber die 25- bis 34jährigen, die mit 33% an der Spitze liegen. Bei den Fußgehern ist es dann umgekehrt, da sind die über 55jährigen am meisten dabei. Man muß daher sagen, daß das Leben vom alten Sünder, der, wenn es Nacht wird, erst fortgeht, eine sehr gefährliche Sache ist in der heutigen Zeit. Alle diese Dinge müssen uns zu denken geben und wirklich alle verantwortlichen Stellen dazu bewegen, daß sie dieser Frage ihr besonderes Augenmerk zuwenden. Nun hat aber auch das bei der Budgetdebatte im Nationalrat eine besondere Rolle gespielt. Und wir wissen aus diesem Bericht, daß bereits 170 Fahrzeuge vom Innenministerium angekauft wurden, damit die mobile Überwachung des Verkehrs leichter durchgeführt werden kann. Die Fahrzeuge sollen eingesetzt werden auf der Bundesstraße Nr. 1 von Wien über Salzburg, Innsbruck bis zur Landesgrenze bis Vorarlberg und über die Bundesstraße Nr. 17, die ja durch die Steiermark geht. Man kann aber nicht dieses Kapitel beschließen, ohne derer zu gedenken, die bei ihrer Arbeit dadurch auch gefährdet sind, die vielen Beamten des Landes, die Straßenwärter, die Straßenmeister, die Straßenbauarbeiter, die an der Straße arbeiten und oft noch den Unmut der Wartenden über sich ergehen lassen müssen. Man kann dieses Kapitel nicht abschließen, ohne all diesen Leuten von dieser Stelle aus auch zu danken, die da bei jedem Wetter, Schnee und Sturm und Regen, ihren Dienst versehen, die, wenn über Nacht Glatteis auftritt, von den Betten herausgeholt werden, um die Straßen zu bestreuen und so wieder die volle Sicherheit am frühen Morgen schon zu gewährleisten, um weiteren Schaden und weitere Opfer zu vermeiden. All diesen und dem Referat gebührt von dieser Stelle aus herzlicher Dank. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Buchberger das Wort.

**Abg. Buchberger:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich gebe offen zu, daß ich mich innerlich, seelisch leicht bewegt fühle, zumal ich heute das erstemal seit meiner Berufung in den Steiermärkischen Landtag die Möglichkeit habe, im Hohen Hause das Wort ergreifen zu dürfen. Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, daß ich ebenfalls kurz auf die Straßenverhältnisse vor allem des Bezirkes

Weiz verweise. Es wurde anlässlich dieser Budgetdebatte schon zum wiederholten Male hingewiesen, daß die Wirtschaft in der Steiermark einen lebhaften Aufschwung genommen hat. Vor allem der Fremdenverkehr als ein sehr wesentlicher Bestandteil unserer Wirtschaft hat in den letzten Jahren eine sehr gute Entwicklung genommen. Diese Entwicklung hat nun überraschend schnell auch auf die Oststeiermark übergreifen, wo gerade das Einfallsgelände dieses Landesteiles für Ruhe- und Erholungsbedürftige geradezu als prädestiniert erscheint. Auch im Bezirk Weiz sind hierzu die besten Ansätze vorhanden. Ich denke an das Fischbacher Gebiet, wie den Ort Passail, das Feistritztal entlang, ein Bezirksteil, dem man unter Umständen das Prädikat „Erholungsland“ zubilligen könnte. Der Erholungssuchende verlangt aber nicht nur ein zeitgemäßes gutes Quartier, nicht nur ein magenfüllendes Essen, sondern auch halbwegs gute Straßen. Auf diesem Sektor liegt der Bezirk Weiz mit der Elinstadt Weiz in der Mitte noch sehr im Argen. Ich muß feststellen, daß der Bezirk Weiz mit Ausnahme der Verbindung nach Graz praktisch von der Außenwelt, speziell der nördliche Teil, völlig abgeschnitten ist. Ich darf hier in erster Linie die Rechbergstraße nennen, deren Ausbau nun gewährleistet ist, könnte doch diese Straße die ideale Verbindungsstraße zwischen Oststeiermark und Obersteiermark sein und den Verkehr über Graz ganz wesentlich entlasten. Die Straße Birkfeld—Fischbach muß ebenfalls als sehr schlecht bezeichnet werden. Die Alplstraße allerdings ist drüben, also nicht im Bezirk Weiz, staubfrei, die Bezirksgrenze dort an dieser Stelle ist augenscheinlich. Die Straßen Birkfeld—Gasen—Straßegg—Kirchdorf sowie über den Pfaffensattel sind schlecht und während des Winters kaum passierbar. Da wir fremdenverkehrsmäßig in erster Linie in Richtung Wien tendieren, hätten wir eine gute Verkehrsverbindung dorthin vonnöten. Die Straße Birkfeld—Miesenbach—Schlofferegg ist ebenfalls drüben staubfrei, siehe Alplstraße. Die Straße Birkfeld—Gscheid—Vorau ist drüben, jenseits des Bezirkes Weiz, ebenfalls im Bau begriffen. An der Straße Oberfeistritz—Feistritzklamm—Stubenberg wird ebenfalls gegenwärtig gebaut. Die Straße Pöllau—Gleisdorf—Hartmannsdorf—Ottendorf ist weder staubfrei noch gut geschottert. Der Straßenzug durch die Weizklamm selbst, es mag vielleicht paradox klingen, an einem Schotterwerk und einem Asphaltwerk gelegen, ist auch in einem sehr fremdenverkehrsunwürdigen Zustand. Und diese Umstände in einem Bezirk, wo in der Nähe der Bezirksstadt Weiz sechs Steinbrüche mit riesiger Kapazität arbeiten! Die Firma Marko allein beschäftigt täglich sechzehn betriebseigene Autozüge. Diese wiederum haben die größten Schwierigkeiten dadurch, daß die Ilztalstraße infolge des schlechten Zustandes gewichtsbeschränkt und nur ohne Anhänger befahren werden darf. Während der Wintermonate trifft gleiches für die Strecke Weiz—Gleisdorf zu. Die notwendigen Umfahrungen z. B. über Eggersdorf bei Graz bedeuten wiederum eine Verteuerung des Schotters sowie finanzielle Verluste des Betriebes oder der Betriebe und deren Mitarbeiter. Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir Oststeirer, in unserer Bescheidenheit allseits bekannt,

sind dankbar für den gegenwärtigen Ausbau der Strecke zwischen Weiz und Graz und hoffen und bangen um die Erfüllung der noch offenen Wünsche. (Beifall.)

**Präsident:** Das Wort hat der Abgeordnete P r e n n e r.

**Abg. Prenner:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Da das Land Steiermark 3200 km Landesstraßen und 1300 km Bundesstraßen zu betreuen hat, ist es selbstverständlich, daß Millionen Schilling für den Ausbau und die Erhaltung derselben ausgegeben werden. Es sind dafür im Voranschlag 1964 188 Millionen Schilling vorgesehen. Mein Wunsch geht dahin, daß auch die 26.000 km Gemeindestraßen in unserem Land trotzdem nicht vernachlässigt werden. Ich möchte für den Bezirk Hartberg die Forderung stellen, daß man unseren finanzschwachen ländlichen Gemeinden eine Last abnimmt, indem Gemeindestraßen vom Land übernommen werden. Ich darf hier darauf hinweisen, daß der Bezirk Hartberg für ca. 90 km Gemeindestraßen Dringlichkeitsanträge zwecks Übernahme durch das Land bei der Steiermärkischen Landesregierung eingebracht hat. Weiters möchte ich mit Nachdruck darauf hinweisen, daß der Ausbau der Verbindungsstraße Oststeiermark—Knittelfeld für die Oststeiermark ungemein wichtig ist. Kürzt sie doch den bisher üblichen Verkehrsweg in die Obersteiermark um 70 km. Außerdem wird durch die Straße, die über Roseggers Waldheimat, über Alpl führt, dieses Gebiet, das für den Fremdenverkehr wirklich interessant ist, besser erschlossen.

Hohes Haus! Da die Oststeiermark an das Burgenland grenzt und die Straßenverhältnisse im Burgenland im wesentlichen gut sind, ist es für die Abgeordneten aus der Oststeiermark nicht immer leicht, sich gegen jeweilige Vergleiche zu behaupten. Ich möchte auch an die obersteirischen Abgeordneten appellieren, keinen Neid zu haben, wenn die oststeirischen Abgeordneten ihre berechtigten Forderungen anmelden, es ist ja bekannt, daß durchschnittlich in den oststeirischen Bezirken erst 40% der Straßen staubfrei sind gegenüber den obersteirischen Bezirken mit 70%. (Landeshauptmann K r a i n e r: „Jetzt ist's aus mit der Propaganda!“)

Ich darf Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit danken und den Herrn Straßenreferenten, unseren sehr geehrten Herrn Landeshauptmann, bitten, unseren Wünschen nach Möglichkeit entgegenzukommen. (Beifall.)

**Präsident:** Das Wort hat Abg. Dr. K a a n.

**Abg. Dr. Kaan:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Gestatten Sie, daß nach den bescheidenen Oststeirern nun ein Städter das Wort ergreift. Wir alle haben in den letzten Wochen in den Zeitungen verschiedenster Richtungen mit erhobenem Finger vorgehalten gehört, daß wir, nämlich die Juristen und die Gesetzesmacher hinderlich sind, daß die Raumordnung und die städtebaulichen Planungen schon Wirklichkeit geworden sind. Es stünde ein erstklassiges Team von Fachleuten schon längst bereit, um das in die Tat umzusetzen, was nur durch

mangelnde Gesetzeslage verhindert wird. Nun eine kleine Rechtfertigung des Landtages zu diesen angeblichen Versäumnissen. Die gesetzliche Grundlage für die Verbauung einer Stadt bildet die Bauordnung. Und die Bauordnung hat im allgemeinen in den vergangenen Jahrzehnten genügt. Daß sie jetzt nicht mehr genügt, hat zwei Ursachen: Weil der Verkehr in der Stadt eine ungeahnte Entwicklung genommen hat — die Klagen darüber haben wir in den letzten zwei Stunden in diesen Räumen ja in allen Variationen gehört — und zweitens deshalb, weil die Stadt die Ausdehnung nach außen verlangt und die Gültigkeit der Bauordnung eine Raumplanung im größeren Ausmaß nicht mehr zuläßt. Es bedarf also eines Gesetzes über die Bauordnung, es bedarf eines Gesetzes über die Flächennutzungs- und Verbaupläne, es bedarf einer noch großzügigeren Flurverfassung als wir sie jetzt in einem hier beschlossenen Teilgesetz zum Gesetz werden haben lassen. Ich erinnere an das Flurverfassungsausführungsgesetz, das wir jüngst hier beraten und beschlossen haben, das sich auch an das Problem der Ordnung des Raumes im Lande heranwagt. Wir haben schon dieses Gesetz mit gewissen Hemmungen beschließen müssen. Wir wußten, daß es nicht sehr große Eigentums- oder Wertverschiebungen bringen kann, weil ja die Nutzung der betreffenden Flächen im wesentlichen die gleiche, nämlich die landwirtschaftliche, bleibt. Wenn wir aber jetzt an die Gesetze der Raumordnung und der Flächennutzungs- und Bebauungspläne herankommen, so tritt schon eine wesentlich andere, weil viel tiefergreifende Wirkung ein, da die Anwendung dieser Gesetze zu ganz enormen Wertverschiebungen führen wird. Und damit ist der Spekulation Tür und Tor geöffnet, der bösen, bösen Spekulation, die mit Änderungen des Bodenwertes, selbstverständlich nach aufwärts, rechnet.

Ich erinnere mich sehr lebhaft an einen Vorfall vor etwa 6 oder 7 Jahren in diesem Hause. Es war anläßlich einer schönen Feier in den Puchwerken, wo eine Bronzestatue des Gründers und Unternehmers Puch enthüllt worden ist. Ich habe daran erinnert, daß ein sehr schönes Bild im Direktionszimmer der gleichfalls verstaatlichten Elin-Werke hängt und habe auch erinnert an den Gründer der Pichler-Werke, den Herrn Dipl. Ing. Pichler. Ich habe mir dann erlaubt, daran die Frage zu knüpfen, wann endlich ein Denkmal für den Hausherrn errichtet wird, der die Städte gebaut hat, in denen ein Großteil unserer städtischen Bewohner wohnen, weil der ebensoviel Unternehmungsgeist und Wagemut gezeigt hat wie diese anderen eben angeführten Unternehmer, deren Früchte jetzt die Allgemeinheit, ja sogar der Staat als Eigentümer nützt. Sie, die Sie damals in diesem Haus schon Abgeordnete waren, erinnern sich, welche explosive Wirkung dies beim Vorgänger des Herrn Kollegen Leitner ausgelöst hat! Es ist eine Schimpftirade losgegangen auf die Zinsgeier und Bodenspekulanten, den Herrn Jakomini, der das halbe südliche Graz gebaut hat, der die Leute nur ausgewuchert habe, aber mit einem Wort, er hat nicht zur Kenntnis nehmen wollen, daß dies schließlich die gleichen menschlichen Eigenschaften waren, die einen Puch zur Errichtung und Gründung der Puch-Werke und einen Pichler zur

Begründung der heutigen Elin-Werke geführt haben. Die gleichen Eigenschaften bewogen diejenigen, die damals etwas riskiert haben und vorausblickend die Städte gebaut haben.

Nun, die Zeiten der privaten Bodenspekulation sind endgültig vorbei. Es gibt heute niemand in Österreich, der so viel Geld hat, daß er in großzügiger Weise Bodenspekulation betreiben könnte. (Unverständliche Zwischenrufe.) Aber an seine Stelle ist ein anderer Spekulant gekommen, und zwar der gefährlichste Spekulant, den unsere Geschichte kennt, das ist die öffentliche Hand. Meine Herren, betrachten Sie Wien und betrachten Sie Kärnten! Da werden Sie die Wahrheit meiner Worte erfahren. Nun soll außerdem — beispielsweise die eben genannte Großstadt Wien, die außerordentlich kapitalkräftig ist — diesen Körperschaften noch zusätzlich ein Übergewicht gegeben werden, indem sie gesetzliche Maßnahmen treffen können, die es ihnen ermöglichen, möglichst vorausschauend Wertverschiebungen vorzunehmen. Daß dies tatsächlich gehandhabt wird, könnte ich Ihnen an ganz konkreten Beispielen dartun, wo Bauland in Grünland verwandelt und von der öffentlichen Hand dann aufgekauft wird. Wenn sie es dann hat, wird es gleich wieder in Bauland, und zwar gut verwertbares Bauland, verwandelt. (Landesrat DDr. Schachner-Blazizek: „Aber dann nicht mehr verkauft!“) Oh ja, auch wieder verkauft. Auch dafür könnte ich Ihnen mit Beispielen dienen. Ich bitte, das sind natürlich Auswüchse. Damit wird auf der anderen Seite die Notwendigkeit eines Raumordnungsgesetzes und eines Flächennutzungs- und Bebauungsplanungsgesetzes bewiesen. Aber wenn schon Eingriffe in das Eigentum und die Wertung des Eigentums vorgenommen werden, so muß das eben mit besonderer Vorsicht und mit besonderen Schranken oder Bremsen geschehen. Und da begrüße ich außerordentlich die Einsicht, die die Sozialistische Partei bei der Beratung des Landesflurverfassungsgesetzes geäußert und dokumentiert hat in einer ausdrücklichen Erklärung; sie hat ja verlangt, daß anläßlich der Beratung und Beschlußfassung über das Landesflurverfassungsgesetz auch alsbald ein Termin festgelegt würde, für diese beiden eben von mir geäußerten Gesetze, und hat an dieses Verlangen die ausdrückliche Erklärung geknüpft: Es scheint uns deswegen notwendig, dieses Gesetz auch hier zu beraten, weil die gleichen Grundsätze, die für das eine Gesetz gelten, auch für das andere Gesetz zu gelten haben. Ich habe mir erlaubt, dabei festzuhalten, daß mir als die beiden wesentlichen Grundsätze die erscheinen, daß beim Flurverfassungsgesetz immer nur Boden gegen Boden getauscht wird und nur der Überhang in Geld abgegolten wird, und der zweite Grundsatz, daß jedem Betroffenen Parteienstellung zukommt, er also nicht durch eine Verordnung, gegen die er kein Rechtsmittel hat, überwältigt wird, sondern daß er in einem ordentlichen Verfahren mit einem Bescheid bedacht wird, gegen den er auch den ordentlichen Rechtsweg beschreiten kann. Sie haben sich zu diesen Grundsätzen zustimmend geäußert, und ich glaube, daß das außerordentlich die Beratung und die rasche Verabschiedung der beiden ausstehenden Gesetze erleichtern wird. (Landesrat

Sebastian: „Es trennen uns keine weltanschaulichen Grundsätze mehr.“) Ich hoffe auch Ihre Zustimmung zu finden zu einem Grundsatz, der schon in einem sehr weitgehenden Enteignungsgesetz — aber einem Bundesgesetz — Wirklichkeit geworden ist, nämlich im Wasserrechtsgesetz, wo es heißt: Wenn aus einem bestimmten Anlaß eine Enteignung vorgenommen wird, und dieser Anlaß kommt in der Folge in Wegfall, so hat derjenige, der enteignet worden ist, den primären Anspruch auf Rückwerb. Wenn dieser Grundsatz in dem Raumordnungs- und Flächennutzungsgesetz auch vorkommt, so wäre das als ein weiterer Schritt in der Übereinstimmung unserer Auffassungen zu betrachten.

Nun habe ich durch meine Ausführungen gerade dargetan, daß die Einstellung unserer Fraktion zu einer positiven, raschen Erledigung dieser Gesetzeslücke eine gleiche ist wie die Ihre. Ich möchte mich aber wehren gegen den in der Öffentlichkeit und in den Zeitungen wiederholt zum Ausdruck gebrachten Vorwurf, daß nur der Gesetzgeber schuld sei, daß da noch nicht Ordnung im Raum geschaffen sei. Ich muß die Bezeichnung als „erstklassige Fachleute, die überall darauf warten“ zumindest als eine arg vorgreifende Überheblichkeit bezeichnen. Denn es gibt keinen Fachmann in der Stadtplanung auf der ganzen Welt, der auf wirklich positive Erfolge sich stützen kann, es sind alles nur Zeiterfolge. Die Entwicklung ist soviel rascher, als das Bauen möglich ist, daß keiner sagen kann „Ich habe den Stein des Weisen gefunden, ich bin zu einem vollen Erfolg gekommen“. Ich bin überzeugt, daß alle die Herren Ingenieure sehr viel gearbeitet haben, sehr viel gelernt haben und sehr viel operiert haben und schon große Teilerfolge insbesondere beim Wiederaufbau der zerstörten Häuser in Mitteleuropa gezeigt haben, aber niemand kann mir sagen, daß er ein endgültiges gutes Ergebnis in der Stadtplanung hat. Ich werde Ihnen auch dartun, warum dies nicht möglich ist. Vorerst sei Ihnen aber ein kleines Beispiel gesagt: Stellen Sie sich vor, zur Stoßverkehrszeit in Graz würde plötzlich der arme Verkehrspolizist, der auf der Murbrücke steht, gefragt werden: Was tun Sie jetzt, damit Sie aus diesem Schlamassel, aus diesem Salat herauskommen? Er wird Ihnen selbstverständlich die Antwort geben: Sämtliche Zufahrtsstraßen sperren und einmal alle hinauslassen, das ist die einzige Möglichkeit. Also von dem engen Gesichtspunkt dieses Augenblicks heißt das kurz gesagt: Der Verkehr wird dadurch geregelt, daß er nicht mehr stattfinden kann. Von dem höheren Gesichtspunkt einer Stadtplanung haben wir auch schon Äußerungen gehört, daß beispielsweise die Erhaltung der Altstädte nur dann möglich ist, wenn man den motorisierten Verkehr aus ihnen völlig entfernt. Wir haben auch schon andere Lösungen gerade in den heutigen Debatten gehört für diese Todesfallen, daß man dort irgend etwas schaffen muß in der Lage der Verkehrswege oder in der Planung der betreffenden Eckstellen. Die diese Lösung herbeiführen, müssen daran denken, daß gerade die Verlegung gewisser Verkehrswege oder gerade die Schaffung gewisser unantastbarer Räume außerordentlich große Kettenreaktionen auslöst in der Menge der Anlagen, daß also

beispielsweise eine rein zentrale Stadtplanung Rücksicht nehmen muß auf die Ausstrahlung des Verkehrsnetzes außerhalb der Stadt. Also jeweils, von welchem Gesichtspunkt man es betrachtet, wird immer wieder eine andere Lösung akut und als zweckmäßig erscheinen. Das setzt eine Abstimmung in wirklich großem Rahmen voraus, und das ist ja auch der innere Sinn des Gesetzes über die Raumordnung, welches wir auf der Landesebene zu beschließen haben.

Nun, sogar heute und gestern ist schon zweimal in diesem Saal das Wort gefallen: Alles ist schön einmal da gewesen, und man hat das immer verbunden mit der Aufforderung, einen Rückblick zu halten. Gerade Herr Landesrat Sebastian hat auf meine gestrige Rede ja in diesem Sinne geantwortet. Nun, meine Herren, Sie sind damals aufgefordert worden von mir, 800 Jahre zurückzuschauen, dann 320 Jahre zurückzuschauen, wie hier zum erstenmal beraten worden ist. Der Herr Landesrat hat Sie auf 100 Jahre, glaube ich, zurück aufgefordert. Meine Aufforderung geht jetzt nur: Denken Sie einmal 50 Jahre, nur 50 Jahre in die Zukunft, also in das Jahr 2013, das Ihnen so komisch weit vorkommt, weil es also über 2000 liegt. Ich wünsche einigen der hier Anwesenden, daß sie dieses Jahr auch noch erleben werden. Aber vorläufig merken Sie sich folgendes: Bis zu diesem Zeitpunkt wird sich, wenn die Bestrebung der Vereinten Nationen und die Entwicklung der Welt so ist, wie wir es uns vorstellen, die Menschheit verdreifacht haben. Und jetzt kommt folgendes: Die Umlaufgeschwindigkeit der Menschen bis vor 30 oder 40 Jahren war ungefähr so, daß einer schon sehr viel gereist war, wenn er in seinem ganzen Leben etwa 1000 km zurückgelegt hat. Der normale heutige erwachsene Mensch hat eine Umlaufgeschwindigkeit von 20.000 bis 25.000 km in einem Jahr. Stellen Sie sich also diese Verdichtung der Menschheit vor, wenn sie sich verdreifacht und jeder, der es kann, ein Auto hat. Und wenn die Entwicklung der Wirtschaft so bleibt, so werden bald alle Menschen, die sich ein Auto wünschen, ein Auto haben können. Und es gibt keinen Menschen, der sich nicht ein Auto wünscht. Nein, bitte, meine Herren, ich bin Großpapa und habe viele Enkel und habe alle beobachtet. Das erste Wort, das sie sprechen können, ist das „Auto“. Sie können alle Autotypen aufzählen. Und sie kennen alle Typen mit dem 4. Lebensjahr, wenn sie noch gar keinen Buchstaben kennen. Das ist ein völlig elementares natürliches Bedürfnis, das im Menschen liegt. Und das wird selbstverständlich zu Entwicklungen führen. Es gibt zwei Auswege, die ich jetzt sehe. Das eine ist der fürchterliche Ausweg, daß die Menschheit durch die Kernbombenentwicklung noch zum kollektiven Selbstmord kommt, der natürlich die Menschheit wieder so reduzieren wird, daß diese Verkehrsprobleme nicht mehr da sein werden. Wenn aber das nicht eintritt, so besteht die Gefahr, daß die Menschheit am Verkehr ersticken wird. Der modernste Stadtplaner, den wir kennen, ein Mann in London, hat gesagt, daß England bei normaler Entwicklung des Verkehrs 50 Jahre braucht, um den dreistöckigen Verkehr herzustellen, und eine ganz gigantische Summe, aus der jetzigen Perspektive betrach-

tet. Also etwas, was in 50 Jahren sich verwirklichen würde. Und in diesen 50 Jahren wird die Menschheit einen Zustand erreicht haben, den wir uns gar nicht vorstellen können. Ich habe mit diesem Bild Ihnen nur sagen wollen, daß alles, was wir vorkehren in der Frage der Raumplanung und der Verkehrsnetzentwicklung, natürlich gemacht werden muß. Wir dürfen aber nicht so anmaßend sein zu glauben, wir kommen zu irgendeiner befriedigenden Lösung. Wir müssen helfen, helfen, helfen, wissend, daß es in der voraussehbaren Entwicklung nie vollkommen befriedigt werden wird können. Ich habe durch diesen etwas weit gesteckten Ausblick Sie überzeugen wollen, daß es uns wirklich darum geht, eine vernünftige, klare und zu verantwortende Raumplanung gesetzlich in der Steiermark zu beschließen, daß wir da aber sehr behutsam, sehr vorsichtig, nicht engherzig, aber klar sehend vorgehen wollen. Und das werden wir auch tun. (Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten **Schlager** das Wort.

**Abg. Schlager:** Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich heute wieder mit den Problemen des Wassers und der Straßen beschäftigen. Bevor ich aber näher auf diese Zeitprobleme eingehe, gestatte ich mir noch, mit einigen Worten auf die von Herrn Dr. Kaan aufgezeigten Fragen zu antworten. Es wurde nämlich hier die Pauschalverdächtigung ausgesprochen, daß die öffentliche Hand schon daran wäre, Gründe zu erwerben, um diese dann wiederum zu verkaufen. Wenn vielleicht bestimmte Beispiele vorhanden sind, so muß ich aber doch dagegen protestieren, daß man die steirischen Gemeinden in diesen Verdacht mit hineinzieht. Sie wissen genau, welche gewaltige Probleme in den Gemeinden herrschen, weil bis jetzt kein ordentliches Flächenordnungsgesetz vorhanden ist. Und daß dies zu empfindlichen Verlusten der Gemeinden führt. Wie ist die Lage heute? Die Orte werden immer größer. Es ist durch die Landesförderung immer ein Wunsch nach Bauplätzen vorhanden. Man will Häuser bauen, man will Eigentumswohnungen und Siedlungshäuser bauen und die Gemeinden haben keine Baugründe. (Landeshauptmann **Krainer:** „Glauben Sie, daß Sie nachher, wenn wir ein Raumordnungsgesetz haben, mehr Grund haben werden. Man kann doch mit dem Gesetz nicht Grund beschaffen! Furchtbar ist das!“) Herr Landeshauptmann, das stimmt nicht. Jetzt passiert doch folgendes: Es werden da und dort Häuschen hingebaut und der Herr Landesrat Wegart als Fremdenverkehrsreferent beschwert sich mit Recht darüber, daß in die Landschaft Unruhe hineinkommt und daß die Fremden über derartige Dinge nicht sehr erfreut sind. Sicherlich, die Gemeinden kaufen ja gerne Gründe, aber es kommt ja auch etwas anderes dazu. Wenn keine Flächennutzungsplanung vorhanden ist, weiß man ja nicht, wo man bauen soll, wo Kanäle und Straßen sein werden, usw. Derzeit ist eine Planung also nicht möglich. Deswegen begrüße ich die Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Kaan, wenn er sagt, daß in seiner Fraktion nun auch die Bereitschaft vorhanden ist, baldigst zu die-

sen Gesetzen zu kommen. Ich möchte mich nicht gegen die öffentlichen Körperschaften im gesamten aussprechen. (Abg. **DDr. Stepanitschitz:** „Für, für!“)

Aber, meine Damen und Herren, seit einigen Jahren beschäftige ich mich mit der Frage der Verunreinigung der Gewässer. Bei meinem ersten Auftreten im Landtag habe ich schon über die Gefahren der Gebirgsbäche und über die Wasserbauten gesprochen. Wenn nach einem Regen die Bäche von den Bergen mit elementarer Gewalt herunterstürzen, im Tal Schaden anrichten und unter den Bewohnern Angst und Schrecken verbreiten, wird jedesmal der Ruf laut, den Wasserbauten stärkere Beachtung zu schenken! Auch die „Kleine Zeitung“ hat in der Ausgabe vom 28. Oktober einen Artikel mit den Leitgedanken „Paßt auf bei der Verbauung“, „Schluß mit den schnurgeraden Betonkanälen“, usw. geschrieben. Ein Zeichen, daß sich auch die Presse sehr eingehend mit diesen Problemen beschäftigt.

Aber noch mehr Sorge, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat mir im vorigen Jahr die Verschmutzung der Flüsse und die Verschmutzung des Grundwassers bereitet. Ich habe sehr ausführlich das Problem behandelt, welche Ursachen zu dieser Verschmutzung führen. Bei diesen Ausführungen bin ich damals einige Male unterbrochen worden, obwohl ich aufgezeigt habe, daß es wissenschaftliche Grundlagen waren, auf denen mein Referat aufgebaut war. Wenn ich hier das stenographische Protokoll herausnehme und lese, daß mir von der Regierungsbank der ÖVP die Zwischenrufe entgegen geschallt sind: „Nur nicht dramatisieren“ und daß der Herr Landeshauptmann zum Schluß noch gerufen hat „nur nicht aufspielen“, dann muß ich sagen, daß ich eigentlich eine Wiedergutmachung erlebt habe. Eine Wiedergutmachung in dem Sinn, meine Damen und Herren, weil auch die Fraktion der Österreichischen Volkspartei in einem Nachziehverfahren sich direkt oder indirekt meinen Ausführungen von damals angeschlossen hat. Ich freue mich sehr darüber. (Landeshauptmann **Krainer:** „Das ist eine große Überheblichkeit!“) Herr Landeshauptmann, es haben ja die Frau Abg. Egger und der Herr Abg. Hegenbarth auch Anfragen in ihrer Sorge wegen der Verschmutzung des Grundwassers gestellt! Meine Damen und Herren, das ist doch keine politische Frage, das ist doch eine Frage, die jeden von uns angeht. (Abg. **Egger:** „Eben, so ist es!“) Und es ist eine Frage, bei der ich glaube, daß wir noch immer nicht genug darauf aufpassen. Es ist eine Frage, die jede Hausfrau, die das Gewerbe und die Industrie betrifft, denn sie alle brauchen Wasser. Überall führt das Wasser einen Arbeitsprozeß durch und im Finanzausschuß kam sogar die Anregung auf, wir sollten eine Spülklosett-Aktion starten für den Fremdenverkehr, also auch wieder Wasser und Abwässer. Jawohl, wieder Abwässer, meine Damen und Herren. Es werden große Mittel für die Wasserversorgung ausgegeben. Es fließt reines Wasser aus den Leitungen und es wird dann zum Schmutzwasser, und ich weiß, daß bedeutende Mittel ausgegeben werden für Kanalisationsanlagen. Ich bin der Meinung, daß man all den Behörden und Beamten, die sich mit diesen Problemen be-

schäftigen, nicht nur gute Ratschläge geben soll, sondern man soll ihnen jene gesetzlichen Handhaben und die Grundlage geben, damit sie auch bei Kommissionen und dergleichen wirklich in unserem Sinne arbeiten können. Ich war ja schon bei vielen Kommissionen dabei. Es kommt bei diesen Großkläranlagen immer die Frage der wirtschaftlichen Zumutbarkeit auf. Und hier drinnen liegt vielleicht die größte Schwierigkeit, meine Damen und Herren. Der Herr Landeshauptmann hat mir ja vorgeworfen, „na bei euch oben in der Obersteiermark fängt die Schweinerei doch an“, bei der Zellulosefabrik z. B. Man wundert sich ja, wenn man die Mur entlang fährt, was da alles in die Mur hineinfließt. Die Frage ist, „wo fange ich an?“. Ich muß bei der Kommissionierung schon darauf schauen, daß ich die Möglichkeit abstelle, daß ungeklärtes Wasser hineinfließt. In früheren Ausführungen habe ich schon darauf hingewiesen, daß Deutschland und Amerika immense Mittel ausgeben, um nur gutes Trinkwasser zu haben. Auch die Tatsache ist bekannt, daß im Ruhrgebiet das Wasser 5—6mal umgewälzt werden muß. Ich glaube, wir Steirer würden dieses Wasser vom Ruhrgebiet kaum trinken. Ich will auch Positives aufzeigen. In diesem Jahr, das nun vergangen ist seit der letzten Budgetberatung, haben sich ja viele positive Dinge ereignet. Es hat sich die Presse eingeschaltet und hat mahnende Artikel an die steirische, an die österreichische Bevölkerung geschrieben. Es hat sich die Wissenschaft eingeschaltet mit sehr großen und sehr klaren Ausführungen. Ich habe z. B. hier eine hochinteressante Aufstellung, die mit den Worten beginnt: „Der Mensch verlor das Paradies nicht, weil er den Apfel der Erkenntnis gepflückt, sondern weil er den Baum des Lebens gefällt hat. Nun schafft er sich durch die Vergiftung von Wasser und Luft die Hölle auf Erden.“ Dies hat ein Grazer geschrieben, der Herr Dipl. Ing. Horvatek, und es würde heute zu weit führen, wenn ich Ihnen das alles hier sagen möchte. Ich stelle deshalb an das Hofe Haus die Bitte, hier mitzuarbeiten. Die Fachabteilung ist emsig bemüht, hier Ubelstände abzustellen, weiters werden im ganzen Land von der Fachabteilung Vorträge gehalten, ich möchte sagen, die Fachabteilung führt einen Aufklärungsfeldzug durch, um das Gewissen der Menschen aufzurütteln und die Reinheit unserer Gewässer und die Reinheit unseres Grundwassers zu wahren. Geben wir doch dieser Fachabteilung alles, was wir tun können, alle Grundlagen in die Hand und helfen wir dabei, damit wir gutes Wasser haben, daß unsere steirischen Bäche und Flüsse schöner werden. Denn, wie ich schon im Vorjahr erklärt habe, damit ersparen wir dem Land auf weite Sicht gesehen bedeutende Mittel. Und wenn wir bedeutende Mittel sparen, dienen wir dem Land Steiermark am besten. Und eingesparte Mittel benötigen wir dringend für andere Zwecke, wie Krankenanstalten, Straßen usw.

Nun habe ich eben das Wort Straßen erwähnt, verehrter Herr Landeshauptmann. Und ich komme schon auf das Problem Straßen. Von mir wird nicht behauptet, es geschähe nichts in der Obersteiermark. Ich weiß, daß in der Obersteiermark gebaut wird und ich erkenne das auch an. Aber man muß uns Abgeordneten doch das Recht lassen, daß wir

Dinge, die die Bevölkerung an uns heranträgt, doch auch an Sie herantragen, Herr Landeshauptmann, an den Referenten für Straßenbau. Denn wir sind doch die verbindende Hand und wir müssen doch auch gefäde unseren Pflichten als Abgeordnete hier besonders nachkommen. Und wenn ich vom Straßenbau spreche, dann richte ich heute wieder die ganz besondere Bitte an Sie — mein Kollege Lackner hat dies schon seit Jahren getan — und wahrscheinlich unterstützt mich hier auch der Kollege Ritzinger in Sachen des Bezirkes Murau sehr ausgiebig (Abg. Ritzinger: „Sehr gerne!“), darauf zu dringen, daß doch einmal die Bundesstraße von Neumarkt nach Mühlen ausgebaut wird, wovon schon seit Jahren gesprochen wird. Wenn man dort fährt, ergeht es einem so wie auf der Gaberlstraße, bei deren Schilderung im vorigen Jahr gelacht worden ist. Die Straße ist schmal und schlecht, es sind Steigungen drinnen, die im Winter nicht zu befahren sind und alle Bürgermeister, ohne Unterschied welcher Partei, und alle Gemeindefunktionäre rufen jedesmal, wenn wir hinaufkommen: Helft uns doch! Die gleichen Probleme, die bei der Umfahrung von Leoben in großem Ausmaß sind, sind ja genau auch für das Murtal in kleinem Ausmaß gegeben, die Schwierigkeiten bei Niederwölz und die Schwierigkeiten bei Teufenbach. (Landeshauptmann Krainer: „Teufenbach, Niederwölz und Leoben lassen sich überhaupt nicht vergleichen! Sie dürfen sich nicht wundern, wenn ich sage, daß Sie sich aufspielen!“) Bitte im Verhältnis zur kleineren Form ist für Teufenbach die Durchfahrt bestimmt ein großes Problem, ja, es ist schon ein Unterschied. Es läßt sich dort mit viel weniger Mitteln lösen, zumindest ein Teil von diesen Problemen im Murtal, und wir wissen selbst, wie weit die Umfahrungen dieser Orte notwendig sind. Wir spüren es bei Leoben gerade. Aber ich habe schon seit einigen Jahren die Bitte vorgetragen, Herr Landeshauptmann, wegen der Übernahme der Straße in die Paal. Ich habe im Vorjahr darauf hingewiesen, daß ja viele gerne auf die Turrach fahren, und ich bin auch ein Anhänger und Verfechter für den Ausbau der Straße auf die Turracherhöhe, denn diese schöne Zusammenstellung, die im Auftrag der Regierung ausgearbeitet worden ist zwecks Verbesserung der Möglichkeiten des Fremdenverkehrs auf die Turrach, gipfelt auch am Ende in der Feststellung: Die Turrach kann aufgeschlossen werden, die Turrach kann im Fremdenverkehr eine große Rolle spielen, aber der Fremde muß hinfahren können, die Straße muß gebaut werden. Ich stelle fest, daß im Brückenbau und dergleichen schon sehr viel geschehen ist. Und ich bitte nur, daß man diese Arbeiten fortsetzt. Aber ich habe auch auf die Straßenverhältnisse im Bezirk Judenburg im Kreis von Möderbrugg hingewiesen. Auch die Bürgermeister Krois von Möderbrugg und Moschitz von Oberzeiring werden bestimmt schon beim Herrn Landeshauptmann vorgesprochen haben wegen der Straße, die von Unterzeiring über St. Oswald führt. Sie ist in einem Zustand, der wirklich jeder Landstraße spottet. Die Post weigert sich, über diese Straße einen Autobus zu schicken, damit die Kinder zur Schule fahren können, damit die Fremden hinfahren könnten. St. Oswald ist ein reizender Ort. Der Wirt dort, der Herr Wilding, hat groß aus-

gebaut, hat bestimmt Schulden auf sich genommen. Als ich das letztmal dort vorbeikam, war auch sein Ruf: Macht doch die Straße, sonst ist meine ganze Investition sinnlos. Ich glaube, daß man mit geringen Mitteln diese Straße verbessern kann. Ich habe auch eine Bitte gestellt, zu überprüfen, daß man beim Zechnerhof im Bezirk Judenburg eine Leitschiene anlegt. Es sind dort schon einige Male größere Unfälle geschehen, es sind dort Autos hinuntergestürzt in die Pöls, und ich möchte doch um Überprüfung bitten, damit nicht wieder ein Unfall passiert, womöglich größeren Ausmaßes, und es heißt dann vielleicht, ja, es mußten erst so viele Menschen daran glauben, bevor hier etwas geschieht. Ich erkenne durchaus an, daß in der Obersteiermark Straßen gebaut werden, aber ich habe auch etwas anderes festgestellt, meine Damen und Herren, den Fleiß der Baubezirksämter, und ich glaube, das Arbeitssystem, das dort vollführt wird, daß viele Kilometer in Eigenregie sehr gut und sehr billig gemacht werden, trägt sicherlich auch dazu bei, daß in der Obersteiermark sehr viele Straßen staubfrei sind. Ich schließe mit dem Ersuchen, doch meine vorgetragenen Fragen und Bitten zu berücksichtigen. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Zagler.

**Abg. Zagler:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich komme hier ebenfalls auf einige Straßenzüge zu sprechen. Ich weiß ganz genau, daß die Mittel nicht für alle Wünsche auslangen, aber ich glaube, man müßte feststellen, nach welchem Prinzip die Straßen auszubauen sind.

Ich möchte hier in erster Linie die Landesstraße Nr. 222, welche von Krems nach Stallhofen führt, nennen. Diese Straße wird täglich von mehr als 100 Personen zweimal, die mit ihren Fahrzeugen zur Schicht ins Kainachtal kommen und wieder nach Hause zurückkehren, befahren. Sie ist in einem äußerst schlechten Zustand.

Gleichzeitig ist die Landesstraße Nr. 300 von Köflach nach St. Martin zu nennen, die die gleiche Frequenz aufzuweisen hat. Es sind auch dort mehr als 100 Arbeiter, die diese Straße zweimal täglich befahren müssen. Außerdem wird diese Straße auch besonders viel von der bäuerlichen Bevölkerung befahren, weil sie die einzige Verbindung zu diesem Gebiet darstellt. Hart erworbene Fahrzeuge gehen dort auf schnellstem Wege kaputt. Der Verkehrsteilnehmer ist auf dieser Straße nach St. Martin äußerst unfallgefährdet, weil sie derartige Schlaglöcher aufweist, daß sie praktisch einer Schotterhalde gleicht. Man müßte dort so rasch als möglich Abhilfe schaffen, um Menschen vor Unfällen zu bewahren.

Weiters bitte ich um Übernahme folgender Straßenstücke:

1. die Straße von Ligist nach St. Stefan, welche die Gemeinde sehr schwer belastet und für den Fremdenverkehr von großem Interesse ist;
2. die Verbindungsstraße von Köflach nach Bärnbach über Piber (darüber werden wir ja noch reden).

Die Verkehrsdichte ist dort so, daß sie schon lange keiner Gemeindestraße, sondern wohl weit eher einer Landesstraße entspricht. Dieses Straßenstück wird besonders im Sommer von Tausenden von Fahrzeugen befahren, die zur Besichtigung des berühmten Gestütes Piber kommen.

Außerdem dient diese Straße auch als Verbindung zwischen Kainachtal und Köflach. Und hier möchte ich die Bitte an den zuständigen Referenten richten, meine Wünsche so bald als möglich zu berücksichtigen. Es sind ja alljährlich hier schon Anträge gestellt worden, so daß man diese Sache doch einmal zu einem Abschluß bringen möge, damit die dortige Bevölkerung ihre dringendsten Wünsche erfüllt bekommt.

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Ileschitz.

**Abg. Ileschitz:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Verkehrssicherheit ist etwas, was heute groß geschrieben und vielfach auch von der öffentlichen Hand und privaten Organisationen behandelt wird. Der Verkehrssicherheit dienen auch die verschiedenen Automobilklubs sowie die Exekutive, von der wir heute schon gehört haben, daß sie die Möglichkeit bekommen soll, mehr als bisher sich dieses Problems anzunehmen. Und so möchte ich auch zu dieser Frage etwas sagen, und zwar in Verbindung mit einem Straßenstück in der Steiermark, das — statistische Erhebungen beweisen dies — zu den meist befahrenen Straßenstücken überhaupt gehört. Der Herr Abg. Scheer hat heute schon kurz darauf verwiesen, daß das Straßenstück von Bruck nach Graz durch Peggau eine Verkehrsfalle ersten Ranges darstellt. Ich habe schon im vorigen Jahr anlässlich der Beratungen des Budgets 1963 im Finanzausschuß an den damaligen Straßenreferenten Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Udier das Ersuchen gerichtet, man möge veranlassen, daß dieses Straßenstück in Peggau verkehrssicher gemacht, d. h. vor Verschmutzung und Verstaubung geschützt wird. Es wurde mir in weiterer Folge dann einige Monate später vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter Udier gesagt, daß er das Landesbauamt beauftragt hätte, mit der Firma, die diese Straße dort total verschmutzt, diesbezügliche Verhandlungen zu führen. Diese Verhandlungen seien abgeschlossen worden mit dem Hinweis, daß der Firma eine Auflage erteilt worden wäre, bis Ende Juni 1963 wirksame Maßnahmen gegen die Verschmutzung der Straße zu ergreifen. Es ist der Oktober des heurigen Jahres gekommen mit der Fragestunde im Landtag und ich richtete an den jetzigen Straßenreferenten, Herrn Landeshauptmann Krainer, die Anfrage, was nun geschehen sei. Landeshauptmann Krainer teilte mit, daß die Firma schon Maßnahmen getroffen hätte, um dieser Verschmutzung vorzubeugen. Diese Tatsachen zähle ich chronologisch deshalb auf, weil die Bevölkerung von Peggau schon mehrfach verlangte, ganz abgesehen von der großen Staubplage in diesem Gebiet, da man bei der Zementfabrik für keinerlei Absaugvorrichtungen vorgesorgt hat, dieses Straßenstück in Ordnung zu bringen. Man glaubt es nicht, daß etwas gemacht wird, denn keinerlei Maßnahmen

deuten darauf hin, daß die Firma verhalten worden wäre, etwas zu unternehmen. (Landeshauptmann Krainer: „Aber Kollege Hieschitz, man sieht doch, daß dort noch gebaut wird!“) Herr Landeshauptmann, ich möchte folgendes feststellen: Das Zementwerk oder Kalk- und Schotterwerk der Firma Mayr-Melnhof ist früher, wenn man nach Norden fuhr, nur auf der rechten Straßenseite installiert gewesen. Auf der rechten Seite der Bundesstraße 67. Man hat der Firma die Möglichkeit gegeben — und das soll man immer wieder tun — sich zu erweitern. Je mehr eine Firma ausbaut, je mehr eine Industrie Arbeitsplätze schafft, desto willkommener ist es uns. Aber man hätte der Firma die Auflage erteilen müssen, als man ihr auch links der Bundesstraße den Grund zur Verbauung genehmigte, wenigstens dafür Sorge zu tragen, daß nicht auch von dieser Seite her eine Verschmutzung der Bundesstraße erfolgt. Das scheint nicht der Fall gewesen zu sein. Ich möchte auch darauf verweisen, daß dankenswerterweise das Straßenreferat dafür Sorge getragen hat, daß zum Beispiel, nördlich von Gratkorn beginnend, die Straße im vergangenen und heurigen Jahr mit einer neuen Asphaltdecke versehen wurde, was die Straße nunmehr endlich gut befahrbar gemacht hat. Diese Sanierungsarbeit ist bis Frohnleiten und im heurigen Jahr darüber hinaus bis Richtung Röthelstein fortgesetzt worden, mit Ausnahme des Straßenstückes, in dem sich die Firma Mayr-Melnhof befindet. Dort ist sie genauso rumpelig und bucklig geblieben, wie sie es früher war. Man hat also dort nichts getan aus der Erkenntnis heraus, daß jede Arbeit sowieso wertlos und nutzlos ist. Ich möchte darauf verweisen, daß die Verschmutzung der Straße in erster Linie durch den Werksverkehr der Firma Mayr-Melnhof erfolgt. Durch die LKW, die das Material hin und her führen. Sie haben vorhin die Bemerkung gemacht, Herr Landeshauptmann, „ich bin vorgestern durchgefahren und habe nichts gesehen“. Das ist kein Wunder, denn bei Frost ist ja der Dreck steifgefroren. Aber sonst hätten Sie tiefe Spuren gefunden. (Landeshauptmann Krainer: „Das ist immer so, der Schnee und das Eis machen die schlechten Straßen glatt!“) Herr Landeshauptmann, ich richte meine Worte nur deshalb an Sie, weil wir Vergleiche haben, daß Industrien bestehen können, ohne daß die Bevölkerung belästigt wird. Ich verweise im besonderen auf das Werk der Österreichischen Alpine-Montangesellschaft in Donawitz, das auf Grund der von ihr verursachten Verschmutzung und Verstaubung verpflichtet wurde, eine Absaugvorrichtung zu errichten, die natürlich Millionen gekostet hat, doch wurde sie auch verhalten, das Straßenstück in Ordnung zu bringen. Die Straße geht heute praktisch durchs Werk. Wenn man von Leoben nach Trofaiach fährt, so hat man immerhin eine saubere und schöne Straße, weil das Werksgelände eben mit einem staubfreien Belag versehen werden mußte. Das gleiche trifft auch für einen Privatbetrieb zu. Ich denke da an Vogel und Noot in Wartberg. Dieses Unternehmen hat links und rechts der Straße große Werkshallen und einen sehr intensiven Werksverkehr. Man hat dieser Firma entsprechend der Situation die Auflage erteilt, das Werksgelände staubfrei zu machen. Es

gibt noch mehr solcher Beispiele. Ich möchte nur an die Zementfabrik Retznei erinnern. Wohin man kommt, gibt es gepflegte Straßen, gibt es ein sauberes Gelände. Nur bei der Firma Mayr-Melnhof ist dies nicht zu erreichen, daß man das total verschmutzte Werksgelände endlich säubert und das Straßenstück daneben rein hält. Herr Landeshauptmann, ich möchte betonen, daß die Bundesstraße gerade dort eine derartige Frequenz hat wie fast kein zweites Straßenstück in der Steiermark, höchstens noch die Strecke Graz—Gleisdorf mit dem Autobusverkehr. Aber an und für sich wickelt sich der Hauptverkehr der Steiermark auf diesem Straßenstück ab, dazu kommt der Fremdenverkehr nach Graz und weiter nach Jugoslawien. Befährt man bei Regenwetter oder Nieselwetter diese Straße, dann gibt es dort so dicke Schlammschichten, daß die Fahrzeuge nur so durch die Gegend schlittern. Das einzige, wozu sich die Firma Mayr-Melnhof bequemt, ist, daß sie dann wahrscheinlich aus eigenem oder vielleicht doch aus einer Verpflichtung heraus eine transportable Tafel hinstellt mit der Aufschrift „Achtung Schlammgefahr?!“ Das ist aber schon das Maximum, das geleistet wird. Ich bitte Sie, Herr Landeshauptmann, daher noch einmal Obsorge zu treffen, daß endlich die Firma Mayr-Melnhof, so wie viele andere Firmen — ich habe ja einige aufgezählt — verpflichtet wird, mit dem Schmutz in ihrem eigenen Betrieb aufzuräumen. Sie würden damit auch der Arbeiterschaft dieses Betriebs einen großen Dienst erweisen, denn die laufen dort nur mit Stiefeln herum und die müssen sehr gut passen, sonst bleiben auch die Stiefel im Dreck stecken. Die Leute müssen dort unter unmöglichen Umständen arbeiten. Nebenbei bemerkt befindet sich genau am Ende des Grundstücks dieses Unternehmens die Zufahrt zu einem Juwel der Steiermark, das allerdings immer weniger Beachtung findet, weil man es ja niemandem zumuten kann, durch eine Dreckwüste zu diesem Juwel zu gelangen. Und zwar handelt es sich hier um die Lurgrotte. Die Lurgrotte, eine der größten Grotten Europas, eine Fremdenverkehrsattraktion ersten Ranges in Österreich, ist nicht erreichbar, weil man nicht weiß, wie man dort hineinkommt und weil sich jeder schreckt, dort hineinzufahren. Herr Landeshauptmann, jeder Fremde, den man dorthin bringt mit seinem Fahrzeug, der fährt einmal hin, aber kein zweites Mal mehr. (Landeshauptmann Krainer: „Schreiben Sie das in der ‚Neuen Zeit‘, was kann ich dafür, wenn das verstaubt ist?“) Herr Landeshauptmann, wir legen größten Wert darauf, eine Forcierung des Fremdenverkehrs zu erreichen. Man hat sehr viel für diese Grotte getan, sie ist begehbar bis Semriach. Die Besucher werden weniger, weil man niemandem zumuten kann, sein Fahrzeug dort abzustellen, sofern überhaupt ein Platz vorhanden ist. Ich bitte Sie also, Herr Landeshauptmann, sich wirklich dieser Angelegenheit anzunehmen und der Firma genauso jene Auflagen aufzuerlegen, wie sie anderen Firmen auferlegt wurden, ob privat oder verstaatlicht. Es muß doch endlich eine Möglichkeit geschaffen werden, das in Ordnung zu bringen.

Nachdem ich schon bei den Straßen bin, Herr Landeshauptmann, so möchte ich mitteilen, daß die

Gemeinden Judendorf-Straßengel und Gratkorn bereits im Jahre 1957 einen Antrag an das Amt der Steiermärkischen Landesregierung, bzw. an den Steiermärkischen Landtag richteten um Übernahme der Gemeindestraße Gratwein—Stallhofen—Krems als Landesstraße. Es handelt sich hier um eine voll ausgebaute Gemeindestraße. Sie ist neu asphaltiert, ist eine sehr wichtige Durchzugsstraße für den Verkehr in dieser ganzen Gegend. Linienautobusse und die meisten Lastautotransporte fahren dort durch. Ich bitte Sie also, auf die Beilage, Einl.-Zahl 109, aus der IV. Periode des Landtages 1957 einmal Bezug zu nehmen. Und zum Abschluß eine Bitte, Man möge die Staubfreimachung der Straße Steinberg—Rohrbach — wir hoffen, daß es heuer nicht wieder solche Frostaufbrüche gibt, die die Mittel für die Straßensanierung zur Gänze in Anspruch nehmen — fortsetzen, denn sie führt in ein schönes Ausflugsgebiet der Grazer. Die vielen Pendler, die täglich nach Graz arbeiten fahren, würden es Ihnen danken. Das wären meine Wünsche in bezug auf die Straßen. (Beifall.)

**Präsident:** Zum Wort hat sich der Herr Abgeordnete Gottfried Brandl gemeldet.

Abg. **Gottfried Brandl:** Hohes Haus! In der Gruppe 6 finden wir im Unterabschnitt 672 auch Beiträge zur staatlichen Wildbachverbauung von 4 Millionen Schilling und Beiträge zum Hochwasserschädenprogramm eine Erinnerungspost von 100 S. Die schweren Hochwasserverheerungen, die heuer und auch in den vergangenen Jahren unser Land heimgesucht haben, die zunehmende Bedeutung der Wald- und der Wasserfragen in der Steiermark, der Kampf um gesicherte Wohnstätten gegen die Gewalten der Natur geben Veranlassung, bei der Budgetberatung nicht achtlos am Kapitel Wildbachverbauung vorüberzugehen, sondern auf Maßnahmen hinzuweisen, die im Interesse der Betriebssicherheit unserer Haupt- und Nebenstraßen, im Interesse der Sicherheit unserer Wohnstätten ergriffen werden müssen, um das vom Gebirge kommende Geschiebe aufzuhalten und abzufangen. In der Steiermark gibt es insgesamt 1186 erfaßte Wildbach- und Lawinengebiete. Außer den Bezirken Feldbach und Fürstenfeld sind in allen Bezirken Arbeitsfelder. 90 Wildbäche können derzeit als beruhigt und verbaut angesehen werden. 680 Wildbachgebiete befinden sich in einer mehr oder minder intensiven Verbauung. Der Fortschritt der Verbauungsarbeiten hängt von der Notwendigkeit und von den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln ab. 27 Wildbachgebiete bedürfen dringendst einer Sanierung, welche bis heute nicht begonnen werden konnte. Daneben gibt es noch 389 Wildbachgebiete, das sind Örtlichkeiten im Gebirge, wo man jederzeit mit großen Wildbachverheerungen rechnen kann. Dazu kommen noch Verbauungen von Lawinengebieten, die durch die Ausweitung des Verkehrs im Winter erforderlich werden, wie etwa die von Gamischböden-Turn im Bereiche des Präbichl, des Grimming sowie im Dachsteingebiet. Um die 680 Wildbachgebiete, welche derzeit in Verbauung begriffen sind, einer Sanierung zuzuführen, ist nach dem heutigen Stand ein Gesamtbetrag von

etwa 350 Millionen Schilling erforderlich, der sich auf 10 bis 12 Jahresprogramme auch im Ausmaße von rund 30 Millionen Schilling verteilen müßte. Unter Annahme eines 65- bis 70prozentigen Bundesbeitrages würde sich ein Landesbeitrag von etwa 75 Millionen Schilling insgesamt, pro Jahr ca. 6,5 Millionen Schilling, ergeben. Einen beachtlichen Verbauungsfortschritt ermöglichte der Anteil, der im Rahmen des Hochwasserschädenfonds alljährlich bereitgestellt wurde. Diese Möglichkeit der Finanzierung von Arbeitsvorhaben der Wildbach- und Lawinenverbauung läuft mit Ende des heurigen Jahres aus. Für das Jahr 1963 waren Verbauungsarbeiten in Wildbach- und Lawinengebieten vorgeschlagen mit einem Erfordernis von 73,2 Millionen Schilling. Dieser Betrag hätte aus Bundesmitteln mit 23,5 Millionen Schilling, aus Landesmitteln mit 7,2 Millionen Schilling und aus Beiträgen der Beteiligten mit 43 Millionen Schilling aufgebracht werden sollen. Diesem Vorhaben standen jedoch nur endgültig genehmigte Projekte im Gesamtausmaß von rund 26 Millionen Schilling gegenüber. Es wurden also bereits im heurigen Jahr wesentliche Bauvorhaben zurückgestellt, die einer dringenden Sanierung hätten zugeführt werden müssen. Gerade unser Land, das auch in zunehmendem Maße Bedeutung als Fremdenverkehrsland gewinnt, braucht diese Absicherung unserer Siedlungen und Straßen gegen allfällige Schneestürze, Hangrutschungen oder Nachrutschungen von Grateinhängungen bei Eintreten stark gewittriger Niederschläge, kurzum einen Schutz gegen die Gewalten der Natur. Ich erlaube mir in diesem Zusammenhang, der Landesregierung die Notwendigkeit der weiteren Durchführung dieser zum Schutze der Bewohner und für die Erhaltung der Schönheit unserer Bergwelt notwendigen Arbeiten besonders an das Herz zu legen. (Beifall.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Neumann. Ich erteile es ihm.

Abg. **Neumann:** Hoher Landtag! Auf Grund der vorgeschrittenen Zeit möchte ich heute einmal ausnahmsweise nicht zu den Straßenproblemen des Bezirkes Voitsberg in dieser Gruppe 6 Stellung nehmen. Außerdem möchte ich mit Befriedigung feststellen, daß wir sehr erfreut sind, daß unsere wichtigste Landesstraße im Bezirk, die Gaberlstraße, im kommenden Jahr eine sehr gute Dotierung gefunden hat mit — glaube ich — 9 Millionen Schilling, und für diese Dotierung möchte ich herzlich danken.

Ich möchte aber in dieser Gruppe 6 mit einigen Sätzen zur Trinkwasserversorgung auf dem flachen Lande Stellung nehmen. Die Trinkwasserversorgung, die heute schlechthin mit eines der großen Probleme auf dem flachen Lande darstellt, die wird hier in der Gruppe 6, und zwar im Abschnitt 68, „Wasserleitungs- und Kanalbauten“, besprochen. Hoher Landtag! Macht man hier einen Blick in unser steirisches Land, dann sieht man, daß es in großen, finanzstarken Gemeinden eine Selbstverständlichkeit ist, daß die Gemeinde für die Trinkwasserversorgung für die gesamte Bevölkerung ihres Gemeindebezirkes aufkommt. Nicht so ist das auf dem flachen Lande. Hier ist die Trinkwasserversorgung

vielfach dem einzelnen überlassen. Und so haben sich auf dem flachen Lande in unserer Heimat viele einzelne Bewohner zu Interessentengemeinschaften, zu sogenannten „Wassergenossenschaften“, zusammengeschlossen, um unter großen persönlichen finanziellen Opfern diesem Problem der Trinkwasserversorgung zu Leibe zu rücken. Im Bezirk Voitsberg allein haben wir sechs solcher Wassergenossenschaften mit über 600 Interessenten, die sich mit der Trinkwasserversorgung, vor allem im unteren Kainachtal, befassen. Und wir wissen alle, daß es große Gebiete unserer Heimat gibt, die an dieses Problem aus finanziellen Gründen überhaupt noch nicht herangetreten sind. Man spricht davon, daß die Trinkwasserversorgung zu ca. zwei Dritteln auf dem flachen Lande noch nicht geregelt ist. Hoher Landtag! Es müssen daher die Ansätze und die Posten in der Gruppe 6 in diesem Abschnitt 68 vor allem dazu dienen, daß diese Trinkwasserversorgung auf dem flachen Lande einer Lösung zugeführt wird. Sie müssen dazu dienen, daß den bestehenden Wassergenossenschaften, die sich mit diesem Problem befassen, noch mehr als bisher unter die Arme gegriffen wird. Es ist ja so, daß das zuständige Landes-Wasserbauamt sicher sehr Großes auf diesem Gebiete leistet, aber auf Grund der unzulänglichen Mittel eben keine Wunder wirken kann. Und wenn heute wiederholt davon gesprochen wurde — und wir lesen es auch gerade jetzt in der Zeitung —, daß der Steiermärkische Landtag und das Land Steiermark auf vielen Gebieten beispielgebend ist, in der sozialen Betreuung, mit seinen kulturellen Ausgaben und dergleichen, dann muß ich leider sagen, daß das nicht für die Trinkwasserversorgung, für den Wasserbau, für die Kanalisierung, für die Abwasserfrage und dergleichen zutrifft. Und wenn der Herr Kollege vorhin auch das Abwasserproblem im Zusammenhang mit der Reinheit unserer Gewässer erwähnte, so ist das eben auch ein finanzielles Problem. Bei der ganzen wasserbaulichen Förderung stehen wir mit einer Ausgabe von S 6.15 pro Kopf leider an letzter Stelle innerhalb Österreichs. Ich möchte daher mit kurzen Worten an die Hohe Landesregierung appellieren, dafür einzutreten, daß die Posten im Abschnitt 68 „Wasserleitungsbau und Kanalisierung“ erhöht werden, und ich möchte bitten, dafür einzutreten, daß das flache Land bei seinem großen Problem der Trinkwasserversorgung noch mehr als bisher berücksichtigt wird, deshalb, damit das Trinkwasser auch auf dem flachen Lande heute und in aller Zukunft seine wichtige Funktion für die Erhaltung eines gesunden und kraftvollen Lebens erfüllen kann. (Beifall.)

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Ritzinger.

**Abg. Ritzinger:** Hoher Landtag, sehr verehrte Damen und Herren! Ich möchte, bevor ich speziell in die Gruppe 6 eingehe, zu den Problemen unseres Bezirkes auf dem Sektor des Straßenbaues sprechen und eine kurze Berichtigung noch zur Gruppe 5 machen. Ich habe meine Ausführungen in der Gruppe 5, betreffend die Landes-Sonnenheilstätte auf der Stolzalpe nur dahingehend gemacht, um aufzuzeigen, daß eben hier neue Investitionen notwendig

sind, damit diese in den kommenden Landesvorschlägen berücksichtigt werden. Grundsätzlich möchte ich aber klarstellen, ich habe nie an den Leistungen des Herrn Hofrates Dr. Schosserer gezweifelt und sein Name wird nach wie vor in die Geschichte der Landes-Sonnenheilstätte Stolzalpe eingehen.

Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, Hohes Haus, zu den Straßenproblemen im Bezirk Murau. Wenn auf dem Gebiet des Straßenneu- und -ausbaues viel geleistet wurde in den letzten Jahren, viel mehr, als je zuvor, so sind aber trotzdem noch in den einzelnen Bezirken Wünsche offen, und so erlaube ich mir auch, diesbezüglich einige Wünsche aus dem Bezirk Murau hier vorzutragen.

Der Herr Kollege Lackner hat ja bereits die Bundesstraße 92 erwähnt. Ich kann mich hier nur seinen Ausführungen vollinhaltlich anschließen. Es ist eine Tatsache und ein dringendes Erfordernis, daß die Bundesstraße 92, die den Verkehr nach Kärnten hinein vielleicht etwas flüssiger gestalten könnte, ausgebaut werden muß. Ich möchte hier an dieser Stelle vor allem dem Herrn Landeshauptmann danken, daß er für 1964 die Staubfreimachung in den Gemeinden und im Ortsbereich Mühlen und Kulm am Zirbitz zugesagt hat. Des weiteren ist es richtig, daß es ein dringendes Erfordernis ist, daß die Umfahrungen Teufenbach und Niederwölz baldmöglichst in Angriff genommen werden.

Aber ein Problem, das die Bundesstraße 96 betrifft und das meines Erachtens leicht zu lösen wäre, ist die Umwandlung der Bundesstraße 96 von einer solchen ohne Vorrang in eine Bundesstraße mit Vorrang. Es ist dies ein Wunsch, der schon sehr lange hier deponiert wurde, und ich glaube, das wäre wohl sehr, sehr leicht zu erfüllen.

Was den Ausbau der Landesstraßen in unserem Bezirk betrifft, so muß ich mit Freude feststellen, daß wieder 2,4 Millionen Schilling für den Ausbau der Landesstraße Seetal-Murau—Lafnitz—Neumarkt vorgesehen sind. Auf diesem Straßenstück kann somit in absehbarer Zeit ein wesentlicher Teil des Verkehrs nach Kärnten umgelenkt werden.

Hinsichtlich der Übernahmewünsche von Gemeindestraßen durch das Land Steiermark ist wohl eine unserer vordringlichsten Forderungen und Wünsche die Straße von Stadl a. d. Mur nach Kaltwasser. Ich möchte mich hier nicht weiter verbreitern, der Kollege Schlager hat ja hier bereits ebenfalls diese Straße angezogen und die Sache erläutert.

Ganz besonders wäre noch herauszuheben das Straßenstück von Krakau ebene nach Klausen und die Gemeindestraße Krakauschatten. Mit dieser Straße wird ein Winter- und Sommer-Erholungszen-trum ersten Ranges für den Fremdenverkehr erschlossen. Weiters das nur 850 m lange Straßenstück zur Gemeinde Schönberg, das von der Landesstraße, die von Oberzeiring nach Schiltern führt, abzweigt. Und die Lachtalstraße. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wird mit dieser Straße und überhaupt mit den Straßen im Lachtalgebiet ein Fremdenverkehrszentrum erschlossen, das Fachleute aus dem Schisport und aus dem Fremdenverkehr als den zweiten Arlberg bezeichnen.

Ich habe mich in meinen Ausführungen auf die wesentlichsten Wünsche unseres Bezirkes be-

schränkt. Ich möchte aber trotzdem darauf hinweisen, daß der Bezirk Murau nur eine nennenswerte Industrie besitzt; es handelt sich hier um die Dynamitfabrik St. Lambrecht. Um das soziale Gefälle von den wirtschaftlichen Ballungszentren in die nicht industrialisierten Gebiete unseres Landes ein wenig aufzufangen, ist es notwendig, die herrlichen Flecken des Bezirkes Murau dem Fremdenverkehr zu erschließen. Eine Voraussetzung hierfür sind, wie für jeden Körper die Adern, für den Bezirk Murau schöne Straßen. Dadurch könnten neue wirtschaftliche Impulse in diesen Bezirk geleitet werden und ich hoffe und darf auch die Bitte anschließen, daß meinen hier vorgetragenen Wünschen baldmöglichst Rechnung getragen wird. (Beifall.)

**Präsident:** Das Wort hat Herr Abgeordneter **Leitner**.

**Abg. Leitner:** Meine Damen und Herren! Es wurde heute schon sehr viel über das Wohnungswesen gesprochen und dabei darauf hingewiesen, daß die Verhältnisse in Steiermark äußerst trist sind. Auf Grund der letzten Wohnungszählung im Jahre 1961 haben von rund 335.000 Haushalten 5000 überhaupt keine Wohnung. Mehr als 6200 Haushalte mit ca. 19.000 Personen leben in Notunterkünften. Nicht einmal 20% der Wohnungen haben Wasser und Klosett und verfügen über ein Bad. Doppelt soviel, 38% der Wohnungen in Steiermark, wurden bei der Volks- und Wohnungszählung als schlecht qualifiziert.

Der Verein „Gut haushalten“ hat sich mit dem Wohnungsproblem, vor allem mit dem Problem der jungen Menschen, befaßt und eine Untersuchung veröffentlicht. Das Problem Nummer eins für die jungen Ehepaare ist nach wie vor die Beschaffung einer Wohnung. Ein großer Teil der jungen Ehepaare lebt unter Umständen, die jeder modernen Wohnkultur hohnsprechen. Weit mehr als ein Drittel der jungen Leute, die in den letzten zwei Jahren geheiratet haben, verfügen über keine Wohnung, darunter auch solche junge Ehepaare, die schon Kinder haben. Der größte Teil des Altwohnungsbestandes, der ja in der Hauptsache für die Unterbringung möglichst zahlreicher Arbeiterfamilien auf engstem Raum gebaut wurde, um bei den geringsten Grund- und Baukosten dem Hausherrn den größtmöglichen Profit abzuwerfen, entspricht den Anforderungen, die Menschen heute mit Recht an eine Wohnung stellen, meist nicht mehr. Bis Ende des Jahres 1964 beabsichtigen die beiden Regierungsparteien, die Wohnungswirtschaft auf eine neue Grundlage zu stellen. Man kann diesen Verhandlungen nur mit größtem Mißtrauen entgegensehen. Die ÖVP und die FPÖ unterstützen vorbehaltlos die Forderungen der Zinshauseigentümer. Bei der Landestagung des Haus- und Grundbesitzersbundes bezeichnete ein Vertreter der ÖVP das Mietengesetz als ein „Raubgesetz“. Die ÖVP will nun die Hausbesitzerwünsche mit Hilfe der FPÖ im koalitionsfreien Raum durchsetzen. Die ÖVP will, wie der Generalsekretär der ÖVP Dr. Withalm erklärte, das Wohnungsproblem nach den Grundsätzen der von der ÖVP propagierten „sozialen Marktwirtschaft“ behandeln. Diese Grundsätze sind aber außer

im Namen in keiner Weise sozial. Im Gegenteil. Sie sind nichts anderes, als die Prinzipien der kapitalistischen Profitwirtschaft. Damit soll erreicht werden, daß die Zinshäuser für den Besitzer rentabel, das heißt profitbringend gemacht werden. Herr Abg. Stöffler sagt dazu: „Es muß sich lohnen, Wohnraum zu schaffen.“ Das versteht man seitens der ÖVP unter „sozialer Marktwirtschaft“. (Abg. DDr. Hueber: „Ja, wollen Sie ganz umsonst wohnen?“) Nein, die Mieter wohnen auch nicht umsonst. Hier wurde heute festgestellt, daß schon sehr viele Mieter einen Mietzins bezahlen, daß ihnen die Luft wegbleibt. (Abg. DDr. Hueber: „Ja, das ist es ja, die Ungerechtigkeit. Der eine zahlt sich krumm, und der andere zahlt fast nichts. Das wollen wir beseitigen, und das nennen wir sozial!“) Da die Baukosten für eine Wohnung derzeit mindestens 170.000 S betragen, wäre ein rentabler Mietzins nach Meinung der ÖVP und FPÖ mindestens 10% der Baukosten, das sind 17.000 S jährlich oder umgerechnet auf den Monat würde das ungefähr 1400 S ergeben. (Abg. DDr. Hueber: „Bei einer dreifachen Erhöhung des Hauptmietzinses. Das ist Ihre Rechnung!“) Ja, das ist meine Rechnung. (Abg. DDr. Hueber: „Wir wissen schon, wo Sie Ihre Informationen herhaben!“) In Westdeutschland haben die Hausbesitzer eine solche freie Mietzinsbildung durchgesetzt. Das Ergebnis ist, daß die Menschen um ihre Wohnungen bangen, daß die Mietzinse sprunghaft steigen und daß viele Mieter in eine unbeschreibliche Notlage geraten sind. Zahlreiche Gemeinden bereiten Baracken vor, um die Obdachlosen aufzunehmen. (Abg. DDr. Hueber: „Herr Abgeordneter, ist deshalb die Mauer gemacht worden, damit die nicht hinüberkönnen, die das nicht zahlen können? Der Ulbricht soll statt Weizen die Mauer zur Verfügung stellen!“) Gerade dieses westdeutsche Beispiel zeigt, was eine Reform der Wohnungsgesetzgebung nach diesen Gesichtspunkten, und das sind die gleichen, die die ÖVP und die FPÖ anstreben, bedeuten würde und für die gesamte Mieterschaft Österreichs die größten Gefahren heraufbeschwören würde. Untersuchungen des Österreichischen Forschungsinstituts für Wirtschaft haben ergeben, daß für den Mietzins in Wohnungsneubauten, je nachdem, in welchem Ausmaß die öffentliche Hand Beiträge leistet, in Wien ja nach Lage der Wohnung zwischen 8 und 17 S pro m<sup>2</sup> verlangt werden. Für eine Wohnung ungefähr mit 60 m<sup>2</sup> bedeutet das, daß 480 bis 1020 S Hauptmietzins bezahlt werden muß. In Graz beträgt der Quadratmeterpreis 10 bis 15 S; das sind 600 bis 900 S für so eine Wohnung. Am billigsten sind die Mietzinse noch in Leoben mit einem Quadratmeterzins von 7 bis 8 S; was einen Wohnungszins von 420 bis 480 S bedeutet. Familien mit mehreren Kindern und mit nur einem Familienerhalter sind meistens nicht imstande, einen solchen Mietzins zu bezahlen. Deshalb leisten mehrere steirische Gemeinden (Landesrat Peltzman: „Stimmt alles nicht!“) nicht rückzahlbare Zinszuschüsse, um die Mieten erträglicher zu machen. Auch die gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaften verlangen heute Baukostenbeiträge in der Höhe bis 80.000 und 100.000 S. Solche Wohnbauhilfen können von einkommensschwachen Wohnungswerbern nicht in Anspruch genommen werden.

Die Allgemeine Heimstättengenossenschaft in Graz gab z. B. einem Wohnungswerber die Auskunft, daß er für eine Zweizimmerwohnung eine Anzahlung von 50.000 S leisten müsse. Die Gesamtkosten der Wohnung beziffert sie mit 180.000 S, und ein Kredit von 130.000 S wäre im Laufe von 20 Jahren zurückzuzahlen. Die monatliche Rückzahlungsrate würde in diesem Falle 800 S betragen. Wenn man zu diesen 800 S noch die Betriebskosten rechnet, so kostet eine Wohnung dann rund 1000 S im Monat. (Abg. DDr. H u e b e r: „Herr Leitner, deswegen brauchen wir ja die Generalreform, damit solche Auswüchse nicht mehr möglich sind!“) Diese Generalreform, die Sie und Ihre Partei und die OVP anstreben. (Landesrat P e l t z m a n n: „Wir wollen ja keine Koalition mit der FPÖ!“) Und Sie wollen auch in den Altwohnungen den Zins von 1 S pro m<sup>2</sup> auf 4 S erhöhen. (Landeshauptmann K r a i n e r: „Sind Sie in einer solchen Wohnung?“) Nein, ich bin, Gott sei Dank, in einer Wiederaufbauwohnung, wo ein erträglicher Zins eingehoben wird. Er ist auch noch hoch. (Abg. S c h e e r: „Auch Protektion gehabt!“ — Gelächter.) Sämtliche österreichische Steuerzahler, die bringen diese Gelder auf. Allerdings wurde heute schon bemerkt, daß nicht immer die, die wirklich diese Wohnung brauchen, sie bekommen, sondern daß gerade mit den Wohnhauswiederaufbau-Wohnungen größtes Schindluder getrieben, größte Spekulationen usw. getrieben werden und es eben keine Möglichkeiten gibt, entsprechende Gesetze zu schaffen, um den Spekulanten das Handwerk zu legen. (Abg. DDr. H u e b e r: „Herr Leitner, haben Sie nicht zugehört? Eine einfache Änderung des § 319 . . .“), offensichtlich deswegen, weil diese Spekulanten große Unterstützung bei den entscheidenden Stellen unserer Verwaltung haben. Jene Familien brauchen aber nicht nur eine Wohnung, für die sie, wie ich schon darauf hingewiesen habe, gleich 50.000 S auf den Tisch legen müssen und einen sehr hohen Mietzins bezahlen müssen, sondern sie brauchen noch Möbel, Wäsche usw.; die sie sich mit ihren Einkommensverhältnissen nicht anschaffen können. Wir sagen auch, daß das, was hier durchgeführt wird, nichts mit sozialem Wohnhausbau zu tun hat und zu tun haben kann. Beim Wohnungsbau müssen, um ihn wirklich sozial zu gestalten, der Wohnungsnot abzuhelpfen, neue Wege gegangen werden, allerdings nicht diese Wege, die die OVP und die SPÖ vorschlagen. Wir schlagen vor die Bereitstellung von langfristigen zinsfreien Krediten in der Höhe der Bausumme für den öffentlichen und gemeinnützigen genossenschaftlichen Wohnungsbau, so wie dies beim Wohnhauswiederaufbau geschieht. Das hieße, daß die Baukosten vom Staat bzw. von den verstaatlichten Banken als unverzinslicher Kredit, der in 75 Jahren zurückgezahlt werden muß, zur Verfügung gestellt würde. Die Mittel für einen solchen Fonds müssen soweit aufgestockt werden, daß mindestens 50.000 Wohnungen im Jahr gebaut werden können. Weiters ist es notwendig, die Grundstücksspekulation zu unterbinden, daß gesetzliche Maßnahmen getroffen werden müssen, damit der für den Wohnhausbau nötige Baugrund billig bereitgestellt werden kann. (Abg. DDr. H u e b e r: „So wie das Baugesetz in der Deutschen Demokratischen Republik!“) Die An-

wendung moderner Baumethoden, der Fertigbaumethode, Typisierung von Bauteilen usw., die in verschiedenen Ländern schon durchgeführt wird, auch bei uns anzuwenden. Zweckmäßig wäre es, entsprechende Fabriken durch die öffentliche Hand errichten und betreiben zu lassen.

Die Vorschläge der OVP und der FPÖ, die Mietzinse der Altwohnungen zu erhöhen, schaffen keine neuen zusätzlichen Wohnungen. Dadurch würden die Mieter noch schwerer belastet, während die Hausherren größere Gewinne einheimsen könnten. (Abg. DDr. H u e b e r: „Der Verfall der Häuser wird dadurch hinangehalten!“) Die Reparaturen gehen heute schon auf Kosten der Mieter. Es gibt entsprechende Gesetze, die es den Hausherren ermöglichen, Reparaturen auf Kosten der Mieter durchzuführen. Um zu sichern, daß der Hauptmietzins, der eingehoben wird, zur Gänze für die Reparaturen bzw. für die Ausgestaltung, für die Verbesserung dieser Altwohnung gegeben wird. (Abg. DDr. H u e b e r: „Ja, das ist im Progamm drinnen!“ — Landesrat P e l t z m a n n: „Der Hausherr soll von der Liebe leben!“) Es wäre die Schaffung eines zentralen Reparaturfonds notwendig. Damit könnten die alten Häuser entsprechend erhalten werden.

Um den Unfug der leerstehenden Wohnungen abzustellen, verlangen wir die Wiederherstellung des Wohnungsanforderungsrechtes der Gemeinden und bis dahin als Sofortmaßnahme die Besteuerung leerstehender Wohnräume. (Abg. DDr. H u e b e r: „Sie sind halt für den Zwang, Herr Leitner!“) Wir lehnen alle Pläne der Hausherren ab, die zum Gegenstand haben, die Mietzinse zu erhöhen. Das Land hätte die Aufgabe, die Prinzipien eines sozialen Wohnungsbaues, unter Verhinderung von Mietzinserhöhungen bei der Bundesregierung und im Parlament mit allem ihm zur Verfügung stehenden Mitteln anzustreben.

**Präsident:** Das Wort hat der Abg. Hans B r a n d l.

**Abg. Hans Brandl:** Sehr geehrte Damen und Herren! Zur Abwechslung darf ich Sie mit einer kurzen Rede überraschen. Ich habe an den Herrn Landeshauptmann als den zuständigen Referenten lediglich einige Fragen.

1. Ist die Planung und Projektierung der Seeberg-Bundesstraße, und zwar der Seeberg-Nordrampe, schon so weit abgeschlossen, daß mit einem Baubeginn gerechnet werden kann?

2. Ist das Umfahrungsprojekt Aflenz bereits ausgearbeitet. Kann auch hier in absehbarer Zeit mit einem Baubeginn gerechnet werden?

3. Eine neuerliche Bitte an den Herrn Landeshauptmann, bei der Fertigstellung der Grünauer und der Zellereiner-Landesstraße darauf Bedacht zu nehmen, daß entlang des Erlauf-Sees einige Ausweichstellen und einige Verbreiterungen vorgenommen werden. Die notwendigen Parkplätze wird selbstverständlich die Gemeinde St. Sebastian ausbauen.

4. Die vierte Frage betrifft die schienengleiche Kreuzung in Kapfenberg auf der Bundesstraße 20. Die Schwierigkeiten sind hier dem Herrn Landeshauptmann bekannt. Wiederholte Interventionen haben stattgefunden. Der Bahnschranken ist nach

Ermittlungen von Kapfenberg ungefähr täglich 12 Stunden gesperrt. Das bedingt natürlich große Schwierigkeiten: Es ist gesagt worden, daß die Entscheidung darüber hauptsächlich beim Landesbauamt liegt, und wenn das Landesbauamt vorschlägen würde, daß 1964 dafür Mittel flüssiggestellt werden, dann würde auch das Ministerium damit einverstanden sein." (Landeshauptmann Krainer: „Das ist ein Schwarz-Peter-Spiel Land-Bund!“)

Im übrigen darf ich feststellen, daß im Mariazeller Gebiet durch den Ausbau der Dreimärkter-Bundesstraße, durch den Ausbau der Bundesstraße von Mariazell nach Mitterbach und auch durch den Ausbau der Landesstraßen die entsprechenden Voraussetzungen für die heimische Wirtschaft und selbstverständlich auch für den Fremdenverkehr geschaffen wurden. (Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Pittermann das Wort.

**Abg. Dr. Pittermann:** Hohes Haus! Ein Stichwort, das mir der Herr Abg. Vinzenz Lackner gegeben hat, veranlaßt mich, ad hoc zu diesem Kapitel jetzt noch das Wort zu ergreifen. Wir sind uns alle darüber klar, daß die rasante Entwicklung des motorisierten Verkehrs den Straßenbau einfach hinter sich läßt. Sie haben mit Recht, Herr Abg. Lackner, aber auch darauf hingewiesen, daß nicht nur die mangelhafte technische Entwicklung des Straßenbaus im Hinblick auf die rasante Entwicklung des motorisierten Verkehrs schuld an den vielen Unfällen ist, sondern Sie haben mir auch das Stichwort der Trunkenheit gegeben, die so viele Kräftefahrer in den Tod oder in das Krankenhaus treibt. Hohes Haus! Ich entnehme einer Aufstellung des Zentralamtes für Statistik folgende Zahlen, die ich dem Hohen Hause nicht vorenthalten möchte:

1962 betrug der Ausstoß an Bier 5,8 Millionen Hektoliter, das sind um 3 Millionen hl mehr als 1950. Im Jahre 1950 wurden in Österreich 980.000 hl Wein getrunken, 1962 1½ Millionen hl. Und nun hören Sie: Im Jahre 1950 19½ Millionen Liter Schnaps getrunken, im Jahre 1962 41 Millionen Liter Schnaps. Sekt wurde getrunken im Jahre 1950: 200.000 Liter, 1962: 1,1 Millionen Liter. Das ist die erschütternde Kehrseite der Wohlstands-Sphäre, die sich in den Kreuzen mitunter auch auf unseren Straßen spiegelt. Was sagen Sie, Herr Abg. Leitner, dazu, der Sie bei allen Ihren Ausführungen negativ und auch oft makaber gesprochen haben? Was sagen Sie zu diesen Zahlen? Hoffentlich drehen Sie mir nicht in dialektischer Weise nun diese Zahlen dahingehend um und behaupten, den Österreichern geht es so schlecht, daß sie sich der Trunkenheit widmen. (Beifall.)

**Präsident:** Die beiden Referenten zur Gruppe 6 melden sich nun zum Wort. Ich erteile dem Herrn Landesrat Wegart das Wort.

**Landesrat Wegart:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Debatte über die Wohnungsprobleme hat sich in sehr positiver und ich möchte sagen auch in sehr realer Weise abgewickelt und ich möchte dafür aufrichtig und herzlich danken. Seit

der Erkrankung des Kollegen Pirsch ist mir die Betreuung der Wohnbauagenden übertragen. Ich konnte mittlerweile auch in ein neues Gebiet der Landesregierung einen sehr instruktiven Einblick nehmen und ich möchte in aller Kürze — denn der rhetorische Nonstop von heute legt schon müde Falten auf alle Gesichter des Hohen Hauses — einige Fragen, die hier aufgeworfen worden sind, beantworten:

Was die Frage der Erhöhung der Direkt-Darlehen anlangt, so darf ich Ihnen zur Kenntnis bringen, daß wir durchaus geneigt sind, diese Frage ab dem kommenden Jahr einer positiven Erledigung zuzuführen. Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, daß damit allerdings eine Verminderung von Wohnungsbauten eintreten wird. Aber mit Rücksicht auf die Erhöhung der Baukosten und der damit verbundenen Schwierigkeiten werden wir zu einer solchen Sache greifen müssen.

Es wurde darüber Klage geführt vom Herrn Abg. Bammer — ich kann das bitte nicht genau überprüfen —, daß in dem Ausschuß, in dem Wohnungsbeirat angeblich nicht die Möglichkeit geboten sei, über allgemeine Wohnbauprobleme zu diskutieren. Ich glaube sagen zu dürfen, daß diesbezüglich keine Schwierigkeiten bestehen, wenn über die Geschäftsordnung hinaus Wünsche vorhanden sind und diese Probleme erörtert werden sollen, bin ich überzeugt, daß einer solchen Sache nichts im Wege steht. Soweit ich nur bisher informiert bin, höre ich allerdings, daß über die Vergebung von Bauten und Darlehen auch Wohnbauprobleme allgemeiner Natur erörtert werden und wurden. Ich möchte also sagen: Es steht einer solchen Sache nichts im Wege. Es wurde beredt darüber Klage geführt, daß es unter Umständen gefährlich sei, die Wohnungsagenden den Ländern zu übertragen, weil man dann in Wien nicht erwarten könne, daß man mehr den Ländern zuschancen würde. Ich darf dazu folgendes sagen, und ich habe es in der Zwischenzeit rasch ausgehoben: Wenn die Koalition funktioniert und darüber eine Vereinbarung möglich ist, dann bin ich überzeugt, daß es ohne weiteres möglich wäre, die Wohnbauagenden vom Bund den Ländern zu übertragen. Es ist nur erforderlich, daß die entsprechenden Vereinbarungen geschlossen werden. Wir werden jedenfalls in dieser Richtung hin neuerdings einen Vorstoß unternehmen, weil wir glauben, daß die Länder eben aus der Unmittelbarkeit doch viel unkomplizierter und — was mir wesentlich erscheint — viel rascher all ihre Fragen erledigen können. Der Weg in die Zentrale ist nicht nur weit, er ist leider auch, das wurde in der Diskussion mehrfach zur Kenntnis gebracht, (Abg. Scheer: „steinig“) sehr lang, sehr beharrlich und sehr zäh. Im Land geht es sehr rasch, denn ich habe heute kein Wort weder zur Linken noch zur Rechten vernommen, daß das Landes-Wohnungs- und Siedlungsamt nicht sehr rasch arbeiten würde, in irgendeiner Form Rückstände hätte, im Gegenteil, obwohl wir gewisse personelle Schwierigkeiten haben, die wir zum Teil allerdings, das möchte ich auch in diesem Zusammenhang sagen, beheben werden, funktioniert die Arbeit ganz ausgezeichnet. Es wurde aber eine sehr wichtige Sache, über die ich, glaube ich, ein sehr kleines Wort zu verlieren habe, hier

eingebraucht, das sei die Kontrolle der Genossenschaften. Jede dieser Genossenschaften und Vereinigungen hat ja ihren Vereinsvorstand, hat nach dem Vereinsgesetz nicht nur die erforderlichen Möglichkeiten der Generalversammlung, der Rechnungslegung und ähnliches mehr. Wir sind der Überzeugung, daß jede Möglichkeit der Kontrolle, soweit das Amt dazu veranlaßt werden kann und gesetzlich die Möglichkeit hat, sowie der Prüfungsverband des Genossenschaftsverbandes hier zuständig ist, aber darüber hinaus auch die Ausschüsse der einzelnen Organisationen und Vereinigungen, wahrgenommen wird. Hier wäre, glaube ich, eine entsprechende Aktivierung dieser Ausschüsse erforderlich. Denn wir dürfen nicht als Allheilmittel erwarten, daß das nun etwa wieder mit einem Gesetz und wieder mit irgendeiner Verordnung von oben gelöst werden könnte. Ich glaube sehr wohl, daß man die Ausschüsse reaktivieren sollte, weil schließlich und endlich auch etliches in diesem Zusammenhang gelöst werden könnte. Ich war überrascht, daß heute über eine Frage, die in den letzten Wochen schon in Grazer Zeitungen mehrfach erörtert wurde, eigentlich nichts angezogen wurde. Aber, Hohes Haus, erlauben Sie mir, daß ich dazu doch auch hier von dieser Stelle aus eine Feststellung und Erklärung abgebe. Damit nichts unterschoben werden und etwa umgedeutet werden könnte, gestatte ich mir, diese Erklärung hier zu verlesen: „Vom Standpunkt der Steiermärkischen Landesregierung sind hier zwei Dinge auseinanderzuhalten: die Gebarung der Genossenschaft an sich bzw. der Kauf von Baugründen und der Bau von Garagen einerseits und die Förderung von Wohnungsbauten, soweit sie durch das Land erfolgt, andererseits. Das Land hat für die Errichtung des Hauses Liebiggasse 17 wie auch für zahlreiche andere Wohnhausbauten der Österreichischen Wohnbaugenossenschaft und anderer Wohnbauvereinigungen Darlehen und Annuitätzuschüsse auf Grund des Wohnbauförderungsgesetzes 1954 vergeben. Das Landes-Wohnungs- und Siedlungsamt hat als zuständige Abteilung in diesem Zusammenhange die Angemessenheit der Baukosten überprüft, den Baufortschritt überwacht und die Endabrechnung auf Grund der Belege geprüft. Für den Bau von Garagen und den Ankauf von Grundstücken wurden keine Mittel bewilligt. Diese Angelegenheit unterliegt daher nicht der Prüfung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung. Die Gesamtgebarung der Österreichischen Wohnbaugenossenschaft wird ebenso wie die aller übrigen gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen in Österreich vom Verband in Wien als gesetzlicher Revisionsverband in regelmäßigen Abständen geprüft. Über die Angelegenheit Liebiggasse 17 wurde auf Verlangen des Amtes eine außerordentliche Prüfung durch den Verband durchgeführt, die ergeben hat, daß die Wohnungseigentümer weder bei der Festsetzung des Ausmaßes der Bauliegenschaft noch bei der Bemessung der von ihnen gezahlten Grundkostenbeiträge noch anlässlich des Verkaufes der Garagenliegenschaft geschädigt wurden.“ Das ist die Feststellung, die ich von dieser Seite her zu treffen habe. Mir obliegt aber heute, noch etwas anderes in diesem Hohen Hause zu berichten. Die Generaldebatte von gestern und viele Redner auch

von heute haben etwas Erfreuliches getan, das ich nur lebhaft unterschreiben kann. Sie haben nicht nur die Akzente und Aspekte auf die Zukunft gerichtet, sie haben sich auch mit den Dingen befaßt, die in unserer jüngsten Vergangenheit liegen. Wenn auch das Wohnungsproblem eines der Probleme ist, das noch nicht einer Lösung zugeführt werden konnte — das hat viele Ursachen, und ich werde mir noch gestatten, dazu ein paar Worte zu sagen —, so dürfen wir aber mit dem bisher Geleisteten durchaus zufrieden sein. Die Steiermark, das wurde heute schon mehrfach festgestellt, war Kriegsschauplatz. Viele unserer Städte, allen voran die Landeshauptstadt, haben schwerstens durch den Bombenkrieg gelitten. Aber wir können doch ruhig sagen, daß wir nicht mehr den Anblick von Bombenruinen kennen. Ich hatte heuer Gelegenheit im September, und wie ein Traum ist es mir jetzt noch, Berlin zu besuchen. Und ich habe auch einen Abstecher nach Ostberlin gemacht. Ich darf dem Hohen Hause sagen, es ist erschütternd und beklemmend, wenn man nicht nur einzelne Gassenzeilen, sondern ganze Stadtviertel noch zerstört zum Himmel ragen sieht, wenn man dieses ganze Elend und diese Not sieht in einer solchen Stadt, die einmal eine Weltstadt gewesen ist, dann wird einem erst so richtig bewußt, was sich letzten Endes bei uns, die wir das gleiche Schicksal erlitten haben, das darf ich hier auch noch feststellen, doch zum Besseren gewandelt hat. Ich bin daher, und ich möchte das in keiner Weise verletzend sagen, Herr Kollege Leitner, überrascht, wenn Sie verschiedenes in Ihren Äußerungen zum Wohnbauproblem einfach so kurzweg und so fein darüberstreuen. Ich würde Ihnen empfehlen, eine solche Reise nach Ostberlin zu unternehmen, und ich bin überzeugt, Sie würden gleich deprimiert von Ihrem Begriff aus und von Ihrer Einstellung auch geläutert wieder in die Grüne Mark zurückfahren. Denn Sie würden dann den Unterschied merken zwischen dem, was wir hier besitzen, und zwischen dem, was Sie uns unentwegt glauben predigen zu müssen. Ich darf also in diesem Zusammenhange dem Hohen Hause sagen, daß wir in dem Zeitraum von 1948 bis 1962 in der Steiermark 54.756 Wohnungen gebaut haben, und zwar mit den Förderungsaktionen des Bundes und jenen des Landes. Wenn ich jede Wohnung mit vier Personen multipliziere, dann ergibt das eine Summe von 219.184 Personen. Das ist fast soviel, Hohes Haus, als unsere Landeshauptstadt Einwohner hat. Das heißt, innerhalb von kaum 14 Jahren ist in der Steiermark eine Stadt gebaut worden, die 220.000 Menschen eine neue Wohnstatt gibt.

Es gibt keinen Vergleich in der Vergangenheit, und ich kann ruhig sagen, auch in der Gegenwart, von dem wir sagen könnten, daß er eine ähnliche Leistung aufzuweisen hätte. Ich möchte das deshalb heute hier sagen, weil es, glaube ich, auch zur Versachlichung der Diskussion, die das Hohe Haus in dieser Frage auszeichnet, beiträgt. Wenn ich die Summe noch zur Kenntnis bringen darf, dann ist es eine Gesamtsumme von 3 Milliarden und 750 Millionen Schilling. Es ist das eine respektable Leistung, von der wir nur sagen können, daß sie uns mit aufrechter Freude und mit ehrlichem Stolz erfüllen darf.

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich habe aber auch heute in der Diskussion verschiedene Anregungen zur Frage der Lösung des Wohnungsproblems überhaupt erfahren können. Zugegeben, daß das von der einzelnen Warte aus immer eine andere Perspektive ergibt, aber einem bin ich mir bewußt: wenn wir diese Frage lösen wollen, dann kann sie weder durch Mehrheitsabstimmungen noch durch Provokationen erfolgen, sondern nur in gemeinsamen konstruktiven Gesprächen. Und ich glaube, daß wir im Hinblick auf die volkswirtschaftliche Bedeutung, die gerade die Wohnungswirtschaft für die Zukunft hat — denn sie ist eine der großen ungelösten Fragen —, gut beraten sind, wenn dieses Problem auf der Bundesebene einer Lösung zugeführt wird. Soweit ich informiert bin, wird ja gegenwärtig verhandelt, man ist dabei, die Standpunkte zu präzisieren, und ich glaube, wenn dieses Klima, zu dem wir sehr viel beitragen könnten, auch in Wien vorherrscht, werden wir doch, zumindest in nächster Zeit, auch diesbezüglich zu einer Lösung gelangen, die zumindest die Optimale auf Grund der gegebenen Umstände erreicht. Wir brauchen das nicht nur für die Mieter, wir brauchen das vor allem im Hinblick auf die Entwicklung unserer Volkswirtschaft.

Lassen Sie mich damit schließen — und ich glaube, auch hier die Zustimmung des Hohen Hauses zu finden —, daß ich von dieser Stelle aus auch dem Kollegen Prirsch nicht nur aufrichtigen Dank sage, sondern ihm auch einen aufrichtigen Genesungswunsch übermittle (langanhaltender Beifall), daß er möglichst bald wieder in unserer Mitte weilen und diese Agenden übernehmen kann. 1948 hat er mit einer Million Schilling begonnen und mittlerweile ist schon längst die Milliardengrenze überschritten. Auch hier sehen wir, daß der Erfolg Zug um Zug seine weiteren Schritte setzt. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zum Worte gemeldet hat sich Herr Landeshauptmann Krainer. Ich erteile es ihm.

**Landeshauptmann Krainer:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wenn wir über unser Bauamt und die Bauaufgaben dieses Amtes kurz etwas aussagen wollen, so wird in der Öffentlichkeit wahrscheinlich immer und vor allem der Straßenbau sichtbar sein. Und auch die Diskussion hat gezeigt, daß es hier viele, viele Wünsche gibt und noch viele, viele Wünsche offen sind. Es ist überhaupt von niemand bestritten worden, daß in den vergangenen Jahren sehr, sehr viel gebaut worden ist. Sowohl auf dem Sektor der Landesstraßen als auch auf dem Sektor der Bundesstraßen, die ja auch das Landesbauamt durchzuführen und zu verwalten hat. Aber ich glaube, daß wir — von den einzelnen Wünschen abgesehen — sicher berechtigt sind, vor allem einen größeren Gesichtspunkt für das Land gelten lassen zu müssen, nämlich die Verkehrspolitik überhaupt. Wenn wir den Fehler begehen, uns von einem gefaßten Konzept abdrängen zu lassen, dadurch, daß von allen Seiten heftigste Wünsche vorgetragen werden, die man selbstverständlich auch durchzusetzen versucht, dann werden wir noch viele Jahre zu keiner befriedigenden Lösung kommen. Ich glaube, daß wir versuchen müssen, das

hier im Hohen Hause besprochene Straßenkonzept bezüglich der Bundesstraßen und auch das in der Regierung besprochene Landesstraßenkonzept konsequent durchzuführen. Natürlich gehört, wie zu allem, besonders aber zum Bauen Geld, Geld und noch einmal Geld. Ich habe mich auch sehr bemüht, einen höheren Betrag im heurigen Jahr für das Budget aufzubringen, es ist mir nicht gelungen viel mehr zu beschaffen. Aber es ist jedenfalls der Grundsatz anerkannt worden, daß man zuerst den Zuwachs der Mineralölsteuer für die Landesstraßen in voller Höhe einsetzen müßte, es ist anerkannt worden, daß wir in unser Konzept auch den raschen Ausbau bzw. das Versehen jener Straßen mit Schwarzdecken einbeziehen müssen, die besonders dem Fremdenverkehr dienen. Es ist also die Aussicht, daß es an Verständnis nicht fehlt, und wir hoffen halt für das nächste Jahr, wo es vielleicht mehr Geld für diesen Zweck — wenn auch nicht im allgemeinen — geben wird. Aber in Wirklichkeit ist es eine Frage der Mittel. Die Baukapazität wäre ausreichend, um mehr zu bauen. Das ist gar keine Frage. Aber es fehlt uns einfach das Geld. Nun will ich noch einmal zum Konzept selbst etwas sagen. Ich glaube, daß wir nicht davon abgehen dürfen, daß wir die wichtigen Verbindungsstraßen, vor allem vom Westen her ausbauen und aufschließen müssen. Wenn ich gerade hier die Klage einflächte, daß es noch ein Stück zwischen Aussee und Klachau gibt, das nicht fertiggestellt ist, so ist dieses Stück nicht zum Tragen gekommen, weil wir auf eine andere Straße abgedrängt wurden, die sicher auch sehr dringend und äußerst dringend ist, aber deshalb ist faktisch die Straße von Aussee bis Trautenfels zurückgeblieben. (Abg. Scheer: „Welche ist das, Herr Landeshauptmann?“) Das ist auch eine in der Obersteiermark, und zwar über den Triebener Tauern. Oder man könnte auch noch eine der anderen nennen.

Also ich glaube, der Verkehrspolitik müssen wir vor allem Rechnung tragen. Es ist entscheidend wichtig, daß wir das Geld nicht irgendwo und irgendwie verzetteln, weil es dann zu keinem flüssigen Ausbau kommt, der in den vergangenen Jahren außer Zweifel vor sich gegangen ist. Wir müssen natürlich auch in unserer Planung berücksichtigen, daß wir große, zukünftige Verkehrsinteressen haben, wie beispielsweise den Ausbau der Autobahn. Es wird sich in den nächsten Monaten entscheiden, ob wir im kommenden Herbst zu einem Baulos kommen und beginnen können. Gelingt es, im Investitionsprogramm der Bundesregierung auch die Straßen entsprechend zu berücksichtigen, so können wir mit Sicherheit annehmen, daß im nächsten Herbst zu bauen begonnen wird. Ein Versuchsbaulos ist ja schon im Bau. Es ist nicht mehr als ein Versuch, um das Gelände geologisch zu erforschen, das Gebiet in der Nähe der Laßnitzhöhe, dieses Lehmgelände dort zu erforschen, aber versucht haben wir es schon. Geplant wird seit Jahren. Und es ist eine gute und ausgezeichnete Planung vorhanden. Es würde nur das Geld zum Baubeginn notwendig sein. Es könnte sofort, ja schon morgen, begonnen werden.

Aber von dieser großen Einbindung in den internationalen Verkehr dürfen wir uns nicht abbringen

lassen und auch in weiterer Folge nicht abbringen lassen von einem vorgefaßten und wohlüberlegten Plan. Wohlüberlegt von den Ingenieuren, wohlüberlegt auch von der Landesregierung, also bitte halten wir daran fest.

Aber, wie gesagt, sichtbar sind die Straßen. Wir haben hier auch noch reichlich zu tun, besonders bei den Landesstraßen. Wir haben hier noch wichtige Verbindungen nicht ausgebaut. Sie sind ja der Reihe nach heute fast ausnahmslos genannt worden, die Oststeierer waren etwas bescheidener, weil gerade im Gebiet von Hartmannsdorf und Feldbach also weniger davon gesagt wurde. Aber es sind uns, und die Abgeordneten wissen es ja auch, die Zustände sehr wohl und sehr genau bekannt. Wir haben ja auch schon im Finanzausschuß darüber gesprochen. (Abg. Scheer: „Sozusagen Rechnung gemacht!“) Aber wir haben noch wichtige Verkehrsverbindungen, Landesstraßen, weder ausgebaut noch einen Schwarzdeckenbelag dort angebracht. Wir müssen uns auch klar sein, daß es noch Jahre dauern wird, um einen voll befriedigenden Zustand herzustellen. Wir haben also heute für den Ausbau ungefähr 100 Millionen Schilling zur Verfügung. Das ist ein sehr, sehr beachtlicher Betrag. Aber wenn man versucht, Straßen zu bauen, und wenn man noch dazu eine so große Anzahl von Straßenkilometern hat, sie sind ja heute schon mehrmals genannt worden, über 3000 km Landesstraßen, dann sind halt 100 Millionen sehr rasch und sehr bald verbaut. Ich darf sagen, daß hier im besonderen bei den Landesstraßen die Wünsche auch heute in reichlicher Zahl vorgetragen worden sind. Aber ich muß Sie, meine Damen und Herren, dort und da enttäuschen. Nicht daß wir nicht Ihrem Rat folgen wollten! Wenn wir aber die Dinge nur örtlich sehen, dann kommen wir, wie gesagt, mit unseren Plänen wieder durcheinander. Und die Pläne, die erstellt worden sind, ich glaube, sind sinnvoll erstellt worden nicht nur nach den Bedürfnissen, nach der Belastung der Straßen und nach der Verkehrssituation der Straßen, sondern eben mit Rücksicht auf die Wirtschaft, auf den Fremdenverkehr, und auf die notwendige und wirkliche Verkehrsverbindung. Also alle Komponenten, die für die Beurteilung der Verkehrspolitik notwendig sind, wurden hier miteinbezogen. Und, wie gesagt, der Plan ist da, den wir befolgen sollen. Wir müssen die Durchführung dieses Planes auf uns nehmen, sogar unter der Voraussetzung, daß wir uns mit den Herren Abgeordneten dabei auseinandersetzen müssen oder daß der eine oder andere meint, wir wollten nicht oder wir täten nicht genug oder es ist etwas ungerecht. Wenn man ein solches Referat übernimmt, muß man sich im klaren sein, daß es bestimmt 30 Leute in der Steiermark gibt, die schimpfen, und darunter sind vielleicht 20 Abgeordnete. Warum wird die Straße nicht staubfrei gemacht? Warum wird die Straße nicht gebaut usw. usw. Das muß man auf sich nehmen. Aber wenn man sich abdrängen läßt, wenn man sich von der Stimmung tragen läßt und von den Forderungen, und wenn sie noch so berechtigt sind, dann kommt man ins Durcheinander. (Abg. Bammer: „Der Landesfleckerlteppich!“) Dann wird der Landesfleckerlteppich. Ich danke sehr für diese Unterstützung. Wir müssen also — ich kann

Ihnen versichern, diese Ansicht besteht auch bei meinen Freunden — für den einmal beschlossenen Plan Verständnis haben und müssen uns auch danach halten. Es intervenieren ja nicht nur die Abgeordneten — Sie gehen mich ja sehr heftig an, Herr Kollege Schlager —, sondern die Bürgermeister kommen, die Kammern kommen, es gibt Vorstellungen von vielen verschiedensten Leuten. Und am besten ist, wenn man sagt, das ist der Plan. Man sagt die Wahrheit und bleibt dabei. Sie können davon überzeugt sein, daß wir wirklich systematisch versuchen, den Dingen an den Leib zu rücken. Zur gegebenen Zeit kommen sie doch bestimmt an die Reihe. (Abg. Schlager: „Jetzt haben wir endlich die Planwirtschaft!“) Ja, bei den Straßen haben wir sie immer gehabt. Hätten wir uns also abdrängen lassen, dann wäre es aus. Bitte, soviel zu den Landesstraßen. Wie gesagt, wir haben ja nebenbei auch noch die Bundesstraßen zu betreuen und hier selbstverständlich ebenso wie bei den Landesstraßen nach den Gesichtspunkten einer Verkehrspolitik, die dem ganzen Lande eben dienlich sein soll und dienlich ist. Wir haben ja die große Malaise in Leoben. Bitte, werfen Sie nicht Steine auf unser Bauamt, wie das gerne geschieht. Wenn man sich halt 10 Jahre streitet, dann kommt man nicht zu Rande. Und das ist in Leoben der Fall gewesen. Bitte, sicherlich in der besten Absicht hat der dortige Stadtbauinspektor geglaubt, er muß die Umfahrung unter allen Umständen in die Verkehrspläne der Stadt einbauen. Bitte, ich verdenke ihm das nicht. (Abg. Bammer: „Herr Landeshauptmann, in vier Wochen hat es das Handelsministerium genehmigt gehabt!“) Verehrter Herr Abgeordneter, ich verdenke ihm das nicht. Aber wenn ich vergleiche den Bürgermeister von Kapfenberg, der hat gesagt „Na, ganz gleich, bauen wir die Umfahrung, wenn es auch Geld kostet, selbstverständlich, wir bauen die Umfahrung“, und er ist als der erste zum Zug gekommen. Er hat das also sehr klugerweise sofort erfaßt, wenn man da hier lange herumverhandelt und glaubt, das in seine eigenen Stadtpläne hineinzubauen, dann kommt man nicht zum Zug. Ich sage es nur, weil es auch noch eine Reihe ähnlicher Fälle in der Steiermark gibt, und wenn die auch zu Umfahrungen kommen wollen, wenn die anderen einmal durchgeführt sind und gebaut sind, dann bitte muß man hier einem gewissen großzügigen Denken Raum geben, darüber kommt man nicht hinweg. Man muß natürlich auch die Kosten auf sich nehmen, wenn man eine gute Umfahrung haben will. Um die Verkehrsschwierigkeiten in Leoben zu beheben, mußte man sich mit aller Gewalt einen Weg durch den Häuselberg suchen, der unseren Ingenieuren wirklich echte Sorgen bereitet hat. Ein Stück des Tunnels ist ja zusammengestürzt, da das Gestein nicht entsprechend angebohrt war. Nun geht es ja etwas besser. Ich hoffe, daß wir — es wird ja in drei Schichten gearbeitet — mit der geplanten Zeit durchkommen, und ich hoffe dann auch, wenn Sie alle mithelfen, daß wir vom Bund vielleicht zusätzliche Mittel bekommen, weil es meine feste Überzeugung ist, daß es eine der wichtigsten Aufgaben ist, noch rascher durchzukommen, als geplant. Schwierigkeiten bestehen beispielsweise auch bei

der Grundablösung; nicht nur dort, aber dort in Leoben im besonderen. Ich habe das dem Bürgermeister ja auch mitgeteilt bzw. dem Stadtamt. Ich weiß nicht, wer den Leuten Hoffnung gemacht hat, daß man andere Grundstücke in Anspruch nehmen wird und nicht jene, die bei einer ganz normalen und sauberen Planung betroffen werden. Es ist immer so. Wenn jemand sich wehrt, einen Grund herzugeben, so wehrt er sich für seine Person, der andere muß ihn dann aber doch hergeben. Und wenn das noch dazu in die ganze Planung, in die Trassenführung nicht hineinpaßt, die ja auch mit einem Schwung vor sich gehen soll, dann darf man sich nicht wundern, wenn auch hier Gründe des Steckenbleibens oder des Nichtweiterkommens gegeben sind. Wir haben also ja wirklich eine Reihe von Baulosen auf den Bundesstraßen ebenso wie auf den Landesstraßen, die von Beachtung sind. Ich möchte hier von der Obersteiermark weggehen und doch ein bißchen in die Oststeiermark hinausblicken. Die Wechsel-Bundesstraße, die eine wichtige Verkehrsverbindung besonders für Graz ist, ist ja auch im zügigen Ausbau vor allem mit der Umfahrung von Grafendorf, mit der Umfahrung Hartberg, die fertiggestellt ist, und mit der geplanten Umfahrung von Friedberg. Es geht also flott weiter. Sie wissen alle, daß wir beispielsweise droben im oberen Ennstal durch die letzten Jahre im Ausbau der dortigen Bundesstraßen, der Viermärker-Bundesstraße usw., hängengeblieben sind. Jetzt versucht man, diesen Zustand zu verbessern und zu verändern. Mit herein spielt natürlich auch schon die Präbichlstraße. Sie ist höchst notwendig, höchst dringlich, aber was ist nicht noch alles höchst dringlich? Natürlich ist es dringend, daß man dort auch einmal aus den Schwierigkeiten herauskommt, das ist gar keine Frage. Aber es geht halt nicht alles auf einmal. Und um dieses Verständnis bitte ich ebenso, wie ich noch bei der Einzelbeantwortung um Verständnis bitten werde für viele Vorhaben. Wir haben aber nicht nur Straßen, wir haben auch Brücken. Und das ist gar nicht ohne. Wir haben beispielsweise 31 Landesbrücken im Bau, davon sind 24 fertig, wir haben 23 Bundesbrücken im Bau, und zwar sehr beachtliche, davon sind 9 fertig. Zum Teil sind sie schon geplant, zum Teil schon ausgeschrieben und vergeben. Wir haben dabei ganz wunderbare und schöne Brücken, auch in der notwendigen Länge, so wie z. B. die Krumbachbrücke, die 140 m lichte Weite hat, oder die Murbrücke am Auwald, eine Bundesbrücke, es gibt dann noch die Paltenbrücke, auch eine Bundesbrücke mit 40 m lichter Weite, oder die Feldwegbrücke — auch Umfahrung Leoben — mit 38 m lichter Weite. Es gibt also eine Reihe von Brücken, die auch gebaut werden müssen, und dabei sind einige sehr schöne Brückenbauwerke, über die wir uns nur freuen können.

Aber nicht nur Straßen und Brücken müssen gebaut werden. Wie das heute schon in der Diskussion mehrmals ausgesprochen wurde, ist eine besondere Aufgabe, die sich in den letzten Jahren ergeben hat, die Reinhaltung der Gewässer. Es ist hier nicht so, daß aus dem Saulus ein Paulus geworden ist, weil Sie uns eine schöne Rede gehalten haben (Abg. Heidinger: „Ein bißerl hat es schon geholfen!“), sondern Tatsache ist, daß dieses

Problem natürlich seine Bedeutung hat und unsere Mur durch die Verschmutzung wirklich ein Drückwasser geworden ist. Wir kennen auch die Ursachen, aber die Behebung dieser Ursachen ist außerordentlich schwierig. Wenn Sie z. B. am Murbeginn eine der Hauptursachen, diese Papier- und Zellstofffabrik sanieren wollen, dann müssen Sie dafür 30 Millionen Schilling hinlegen. Das sind beiläufig die Kosten dafür, damit kein Schmutz und keine Lauge mehr hineinkommt, daß das alles verdrängt und gereinigt wird, bevor es in den Bach kommt. Hier lastet eine sehr große Verantwortung auf unseren Beamten. Natürlich Vorträge und Propaganda und immer noch einmal Propaganda für die Reinhaltung der Gewässer, aber es muß auch berücksichtigt werden, daß diese Dinge nicht auf einmal verdaut werden können.

Wenn ich das zwischen hinein sagen darf: Sie haben gemeint, weil die gesetzlichen Grundlagen fehlen, sei das alles nicht möglich. Das stimmt nicht. Natürlich ist es leichter, zu planen, wenn ich im Hintergrund ein Gebot oder ein Verbot anwenden kann, aber die Leute sind ja nicht so, daß sie sich nicht bereden lassen. Und es gibt wunderschöne Planungen ohne jede Zwangsgesetzgebung, es gibt sie, wenn man es versteht, den Leuten das richtige Verständnis irgendwie beizubringen. Für die Reinhaltung der Gewässer — wobei besonders darauf gesehen wird bei Tankwagen-Unfällen, alles wieder in Ordnung zu bringen und keine Verschmutzung durch Benzin eintreten zu lassen, wie wir das ja erlebt haben vor einem Jahr — wird immer wieder sehr viel Zeit und Arbeit aufgewendet. Auch das Prüfungswesen der Baustoffe gibt dem Amte sehr, sehr viel Arbeit, besonders der Fachabteilung I, die diese Arbeiten, die technischen Angelegenheiten, zu erledigen hat.

Die Fachabteilung Ib, die Landes- und Ortsplanung: Wir haben ja Gelegenheit gehabt, die in aller Stille geleistete Arbeit der letzten Jahre am vergangenen Dienstag in der sehr instruktiven Ausstellung zu sehen. Ich weiß, daß die Herren der Ortsplanung sehr daran interessiert sind, endlich einmal das Raumplanungsgesetz als Stütze zu bekommen. Es sind ja jetzt die Vorarbeiten so weit geleistet. Sowohl beim Verfassungsdienst als auch beim zuständigen Ministerium ist die Gesetzesvorlage abgesprochen. Sie wird also zur Behandlung in den Landtag kommen und sicher auch hier, weil wir uns ja fast schon verständigt haben, zu einer baldigen Beschlußfassung kommen. Es ist auch ohne Gesetzgebung sehr viel in der Beratung Gutes und Ausgezeichnetes geleistet worden. Es läßt sich schon sehr viel machen.

Es sei auch gesagt, daß überhaupt im Zusammenhang mit Bauen die Baugesinnung letztlich das Entscheidende ist. Baugesinnung hängt aber auch sehr, sehr wesentlich vom Wohlstande ab. Wenn Sie von Graz aus mit dem Auto oder sagen wir, von Graz aus mit einem Flugzeug versuchen, eine Fahrt bis etwa nach England zu machen, dann werden Sie die Baugesinnung, die gleichzeitig Wohlstand bedeutet, vom Flugzeug aus sehr genau feststellen können. Wenn Sie also etwa unter Graz beginnen, finden Sie das kleine, etwas armselige Haus, ganz abge-

sehen davon, daß man auch große Häuser gar nicht bauen konnte, dort, wo man nicht wußte, ob nicht in den nächsten Jahrzehnten ein Krieg das Haus brandschatzt, wenn Sie aber in die Obersteiermark kommen, dann finden Sie schon die Baugesinnung, und wenn Sie weiter fahren nach Salzburg oder Tirol, oder wenn Sie gar nach Vorarlberg hineinkommen oder in die Schweiz, dann merken Sie das überall, besonders dann in Frankreich und in England, daß dort eine echte Baugesinnung vorhanden ist, die natürlich für die Schönheit des Landes und für das Auge des Menschen sich wunderbar ausnimmt. Also auch Baugesinnung ist notwendig und wenn wir in einer solchen Notzeit leben, wie jetzt nach dem Kriege, dann wird, wenn man nur so nach Wohnraum lechzt, dem nicht sehr viel entgegengestellt, daß man halt da und dort ein Häusl hinbaut, das bei weitem nichts mit Baugesinnung zu tun hat, aber doch eine Hilfe ist, damit die Menschen unterkommen können. Gesetzliche Bestimmungen hätten wir schon, nur werden sie nicht genutzt. Es gibt vor allem auch für die Landeshauptstadt Graz — das möchte ich ausdrücklich festhalten — solche Bestimmungen.

Aber nun weiter. Wir haben ja noch den Wasserbau, über den ich auch wenigstens ein paar Sätze sagen will. Es wurde heute schon einmal gesagt, wir sollen nicht weiter Kanäle bauen, es würde uns das alles eine zu starke Erosion bringen. Das hat sicher sehr viel für sich. Ich glaube aber, daß unsere Fachleute hier wirklich mit viel Geist und Anstrengung und Anpassung sehr wohl das alles berücksichtigen, nicht nur gerade Kanäle zu bauen usw. Natürlich, daß dann, wenn man hier zu tief in die Natur eingreift, auch Erosionen entstehen können, wie man das in Bayern, im Donautal in der Umgebung von Ulm ja sehr genau sehen kann, ist klar. Aber ich glaube, daß hier mit sehr viel Kenntnis und mit sehr viel Erfahrung in den vergangenen Jahren gerade auf dem Sektor des Wasserbaues beachtliche Fortschritte erzielt worden sind. Ich möchte nur ein Tal nennen, das Lafnitztal, das hunderte Hektar hat und das immer ein See war nach einem anhaltenden Regen. Heute ist es ein wunderbares Bauland geworden. Es wächst dort Mais, es wächst dort Weizen, es ist geradezu fabelhaft, das zu sehen, wenn man früher gesehen hat, wie es dort immer wieder überschwemmt war, wie wir dort immer wieder mit Notstandsunterstützungen helfen mußten. Es wurde hier auf dem Gebiet wirklich schon sehr, sehr viel geleistet. Meliorationen haben wir auch, und zwar 180 bis 200 Kleindränagen. Wir haben dann noch 8 größere Vorhaben, die Wasserverbauung in Großdorf oder in Gröbming im Ennstal und Lembach, die vor sich gehen, um nur einige zu nennen.

Der Landeshochbau ist ja fast ausschließlich mit den Krankenhäusern beschäftigt. Unsere Hochbauleute sind sehr auf solides Bauen eingestellt, was ich auch sehr wohl begreife und verstehe. Sie sind natürlich auch sehr bedeutend beeinflusst von der heutigen Architektur, auch das ist irgendwo verständlich. Ich wage es zu sagen, daß wir sicher gerne in schönen Glashäusern wohnen, es ist ja wunderbar, in einem Glashaus zu wohnen, vorausgesetzt, daß man das notwendige Geld hat, um auch

die notwendige Lüftung einzubauen, damit man nicht im Sommer drinnen verschmachtet und im Winter trotz des Glases genug Wärme bekommt. Es ist halt leider so, daß wir für solche Glashäuser in einer zu hohen geographischen Breite leben. Ich habe die ersten großen Glashäuser in Amerika gesehen, aber das ist ein ganz anderer Breitengrad. Ich habe in Amerika auch kein einziges Haus gesehen, und wenn es auch nur ein Einfamilienhaus war, das etwa ohne die berühmte Ent- und Belüftung gebaut worden wäre. Bei uns kommt man erst jetzt langsam darauf, und das ist eine sehr kostspielige Sache, so eine Klimaanlage kostet 7 bis 8 Millionen für ein größeres Haus, und dann funktioniert sie noch gar nicht. Dann muß man erst daraufkommen, was man alles noch umzubauen hat, bis eine so kostspielige Anlage ihre Aufgabe erfüllt. Ich habe nichts dagegen, wir werden uns nicht wehren, und es wird niemand einfallen, sich etwa der modernen Bauweise entgegenzustellen. Aber ich frage mich wirklich, ob wir auch die Reservefensterscheiben haben, wenn es irgendwo einmal eine Erschütterung gäbe. Ja, ich frage mich wirklich, was machen wir dann, werden wir diese Häuser mit Brettern verschlagen? Auch das könnte uns passieren. Wenn ich ein Spiegelglas als das Um und Auf ansehe, bis das von Belgien wieder zu uns kommt oder, das wird hoffentlich nie eintreten, man käme aus irgendwelchen Umständen gar nicht nach Belgien, wie soll man sich da helfen? Man würde sich wahrscheinlich mit einem hiesigen Glas behelfen, aber bis das zur Verfügung steht, das ist halt ein langer und weiter Weg. Ich glaube, das wird nicht immer und nicht bei jedem Bauwerk beachtet.

Eine weitere Aufgabe, die dem Landesbauamt noch obliegt, ist auch der Maschinenbau und die Elektrotechnik. Hier ist zu sagen, daß für die Errichtung von Beheizungsanlagen, von maschinentechnischen Anlagen, von elektrotechnischen Einrichtungen des Bundes und der Landesgebäude die Beratung und Mitwirkung unserer Fachleute notwendig ist und ausgezeichnet erfüllt wird. Ich möchte zum Schluß noch sagen, auch der Wohnhaus-Wiederaufbau wird ebenfalls vom Bauamt bewältigt, nicht aber vom Bauamt der Landes-Wohn- und Siedlungsbau. Das ist getrennt. Auch hier, das ist ja schon einmal gesagt worden, sind wir nicht sehr zufrieden. Es fehlt uns das notwendige Geld. Wien bekommt 58 Prozent der gesamten Mittel, obwohl die Wohnungen, die durch Bomben zerstört worden sind, längst, längst gebaut sind. Der Schlüssel ist nicht zu ändern (Abg. B a m m e r: „Der Nationalratsabgeordnete Prinke verteidigt ihn!“), weil beide Parteien sehr, sehr daran festhalten, aber ich werde nächstens einmal den Herrn Minister erinnern, daß es in seiner Kompetenz steht, diesen Schlüssel zu ändern. Wenn er ein mütiger Minister ist, so bin ich überzeugt, wird er diese Ordnung, wenigstens einen Teil dieser Ordnung, herbeiführen. Es wäre ein wesentlicher Unterschied, ob wir 10 oder 16%, die uns zustehen, bekommen würden vom Wohnhaus-Wiederaufbaufonds. (Landesrat S e b a s t i a n: „Sie kennen den Minister Bock doch so gut!“) Ich weiß, ich weiß, daß Sie sich ein bißchen schwer tun und auf der anderen Seite doch das Wohnungs-

eigentum geschützt wissen wollen. (Abg. B a m m e r: „Wir haben nicht den Bock zum Prinke gemacht!“) Aber ich kann Ihnen sagen, gehen wir mutig daran, wir werden schon langsam hier zu einer Ordnung kommen.

Ich möchte Ihnen, meine Herren, nun kurz auf die gestellten Fragen antworten: Wir haben den ständigen Wunsch nach Übernahme von Gemeindestraßen. Wir haben ja jetzt in der letzten Regierungssitzung einen diesbezüglichen Antrag dem Landtag zugeleitet, das ist also das Wichtigste, das Allerwichtigste in dem Konzept, ich hoffe, daß es bald zur Verabschiedung kommt. Mit 1. Juli ist diese Übernahme gedacht. Wir haben uns bei den Übernahmen immer sehr zurückgehalten, trotzdem die Abgeordneten mit Anträgen immer sehr, sehr fleißig waren. Warum zurückgehalten? Nicht weil wir nicht wollten, sondern es ist das heute schon gesagt worden, weil es ja keinen Sinn hat, Gemeindestraßen zu übernehmen, die wir nicht laufend erhalten können. Wenn wir Gemeindestraßen übernehmen, dann müssen wir sie erhalten, nur dann ist es sinnvoll. Ich kenne ein anderes Bundesland, das hat 12.000 Kilometer Landesstraßen, das heißt, es hat in den Zwanziger Jahren etwa 6000 bis 7000 Kilometer Gemeindestraßen übernommen. Da gab es ein großes Hallo verständlicherweise, aber fahren Sie heute auf diesen Landesstraßen. Ich kenne keinen Gemeindegeweg, der so schlecht ist in der Steiermark. Es muß also auch hier sinnvoll vorgegangen werden. Wir haben immerhin noch finanzarme Gemeinden, die bisher keinen Anschluß haben zum Landesstraßennetz oder zum Bundesstraßennetz. Wir haben entlegene Gebiete, wo es keinen Anschluß von der Landesstraßenseite her gibt. Daß wir diese Dinge zu ordnen versuchen, ist ja wohl selbstverständlich, und ich bin überzeugt, daß das Hohe Haus diese Ordnung bald herbeiführen wird.

Die Ausseer Umfahrung ist im Bau.

Die Verschmutzung von Peggau! Das wächst mir schon bald beim Genick heraus. (Abg. B a m m e r: „Da wird der Kragen auch schmutzig!“) Ich habe Ihnen sowohl im Finanzausschuß als auch auf Grund einer Anfrage eines Kollegen dieses Hohen Hauses ja gesagt, daß wir ständig bemüht sind, die Dinge in Ordnung zu bringen. Man soll aber den Fall nicht aufspielen, weil er gerade interessant ist, weil es sich noch dazu um einen größeren Besitzer oder um einen Fabriks- und Grundbesitzer handelt. Das hat, glaube ich, keinen Sinn, und zwar deshalb nicht, weil dort immer noch gebaut wird. Und solange der Bau nicht fertig ist — mir wurde gesagt, daß die Bauleute trotz aller Bemühungen nicht weiterkommen —, können auch die vorgeschriebenen Maßnahmen nicht getroffen werden. Sie können uns nicht immer wieder den Vorwurf machen, wir seien untätig. Nein, wir sind nicht untätig und vor allem die Herren des Landesbauamtes sind nicht untätig. Am 3. Dezember d. J. hat an Ort und Stelle die erwähnte Besprechung der Amtsvertreter der Bundesstraßenverwaltung in der Werksdirektion der Montan-Betriebe in Peggau stattgefunden, wobei vierzehn Punkte der Bundesstraßenverwaltung in Form einer beiderseits gefertigten Niederschrift dargelegt wurden, und diese Forderungen enthalten unter

anderem — ich lese nur die wichtigsten vor — 1. totale beiderseitige Einfriedung — 1,80 m muß diese Einfriedung hoch sein — des Werksgebietes entlang der Bundesstraßendurchfahrt, wobei zum Werksgebiet drei Zufahrten offen und weitere Zufahrten durch Werkstore dauernd verschlossen bleiben. 2. Entwässerung des angrenzenden Werksgebietes in einem neu zu errichtenden Straßenrohrkanal einschließlich Ableitung der Niederschlagswässer in Einlaufschächte mit Gitterdeckung. 3. Vereinbarung zwischen Bundesstraßenverwaltung und Werksdirektion über den Bau künftiger Kanäle und dauernde Reinigung dieser Kanäle. 4. Auflassung und Ausbau der Gleisreste der alten Förderbahn auf dem Straßengrund und Wiederherstellung der homogenen Straßendecke durch das Werk. 5. Immerwährende Reinigung der Straßenfahrbahn im Werksbereich seitens des Werkes durch eine täglich vorzunehmende Wasserdruckspülung in der verkehrsarmen Tageszeit während der nicht frostgefährdeten Jahreszeit. (Abg. S c h e e r: „Bis zum 2. April warten wir!“ — Abg. I l e s c h i t z: „Dann kommt die nächste Anfrage!“) 6. und noch einen Punkt: der Werkszaun ist bis zum 30. April 1964 (Abg. S c h e e r: „1970.“) fertigzustellen. Diese Arbeiten werden vom Straßenbauamt Graz überwacht, und ich zweifle nicht, daß es zu einer Ordnung kommen wird. Weil Sie in dem Zusammenhang gesagt haben, daß man dort überhaupt nicht leben kann, weil es staubt, dann ist das halt leider so: wo Zement erzeugt wird, wo — noch dazu wird dort in zwei Fabriken Zement erzeugt —, wo Kalk gebrannt wird, dort staubt es. Es gibt sicher auch hier genug Filter, aber es ist zum Teil auch eine Kostenfrage, die man zu beachten hat.

Ich möchte zur Mahnung, die der Herr Abg. Vinzenz Lackner ausgesprochen hat in bezug auf die Verkehrstoten im Bezirk Knittelfeld vor allem und die Kreuze, die an diese Verkehrstoten erinnern sollen, sagen, daß die Landesregierung beschlossen hat, sofort eine Kommission, bestehend aus Ingenieuren und Juristen, hinaufzuschicken, um genau zu prüfen, wo die Ursachen auf der Straße liegen könnten. Es war nur ein Fall, wo man der Ansicht war, daß die Straße die Ursache war, und das ist inzwischen behoben worden. Im übrigen sind gerade dort auf jenem Teil, wo die Straße sehr gut ist, die meisten Verkehrstoten zu verzeichnen. Die Ursachen sind die hohen Geschwindigkeiten und dort könnte man nur die Straße völlig einbauen, so daß man mit dem Auto nicht heraus kann. Das wäre vielleicht noch ein Weg, wenn man dort so eine Art Kanal bauen würde; sonst sind Unfälle nicht zu verhindern. Es wurde mit allem Ernst sofort von den Juristen und Ingenieuren an Ort und Stelle eine Kommission durchgeführt und es mußte festgestellt werden, daß dort sicher ein Straßenstück etwas zweifelhaft war, aber daß ansonsten dort Ursachen vorliegen, die menschlich gar nicht zu beheben sind, es sei denn, daß man, wie gesagt, einen Fahrkanal machen würde.

Es ist richtig, daß man die Statistik auswertet und alles, was damit zusammenhängt und daß man Propaganda machen soll in der Öffentlichkeit, um die Leute zu ermahnen. Das geschieht ja auch immer

wieder. Es wird immer wieder ermahnt. Ich selbst habe schon einige Reden in der Richtung gehalten.

Was die Straße Rechberg—Passail anlangt, so ist sie in Planung. Ich gebe zu, daß man hier ein bißchen zurückgehalten hat, weil dieser Ausbau nicht sehr billig ist. Aber diese Straße ist nicht nur eine Verbindung zum Bezirk Weiz, sondern es ist ja dort auch ein wunderbares Fremdenverkehrsgebiet, das dadurch erschlossen wird und es wird dem auch deshalb ein entsprechendes Augenmerk zugewendet. Ohne Versprechen, daß das, weil es von einem Abgeordneten vorgebracht wurde, jetzt schon gemacht wird. Aber es stimmt das gerade mit dem Konzept des Landesbauamtes überein.

Dasselbe gilt für Birkfeld—Krieglach. Hier wird ja, glaube ich, im kommenden Jahr eine Brücke gebaut. Oder ist ein Baulos drinnen? Jedenfalls ist im Voranschlag etwas zu sehen.

Die Frage Hartmannsdorf—Gersdorf ist mir sehr wohl bekannt. Es sind dort sehr labile und sehr schlechte Zustände, vor allem knapp nach Hartmannsdorf. Wie man den Dingen beikommen kann (vielleicht mit einer Gräderung), weiß ich nicht. Im kommenden Jahr ist die Straße aber noch nicht im Plan.

Die Ilzstraße ist auch schlecht. Ich habe dafür aber eine andere gesehen, beispielsweise von Ilz nach Burgau bzw. Blumau, gar keine so bedeutende Straße, die interessanterweise schwarz gedeckt ist, obwohl man, wenn man ein paar Kilometer weiter hinunter fährt, auch auf der anderen schwarzgedeckten Straße fahren kann. (Zwischenruf Abg. Wurm: „Wer dort etwa wohnt?“) Nein, das hat damit gar nichts zu tun.

Nun bitte, Lafnitz—Wenigzell. Ein Stück ist davon im heurigen Jahr repariert worden und es ist eine weitere Sanierung in Sicht.

Im Zusammenhang mit Kanalbauten und mit der Verbauung der Flüsse wurde auch die Frage der wirtschaftlichen Zumutbarkeit aufgeworfen. Über diesen Umstand kommen wir nicht hinweg. Ich glaube, daß unsere Beamten hier prüfen, wo sie nur können, um gerecht zu sein, aber die Zumutbarkeit muß natürlich beachtet werden. Ich kann ja von Ihnen auch nicht einen Interessentenbeitrag verlangen, der über Ihre Verhältnisse hinausgeht.

Und nun die Straße Neumarkt—Mühlen, die Görttschitztalstraße. Der Hartlebhof ist schon lang abgelöst. Es ist dort schon etwas im Gange. Es wird auch schon ein bißchen geplant. Aber wenn wir das machen, wenn wir eine Schwarzdecke dort aufbringen, dann müssen wir eben eine andere stehenlassen. Ich bin der Meinung, daß man keine stehenlassen kann dafür, weil sie nicht so eine Bedeutung hat wie z. B. die Straße von Aussee nach Trautenfels oder die Umfahrung von Leoben oder irgendeine andere Brücke oder Straße. Sie hat keine überragende Bedeutung. Das können Sie mir nicht sagen. Auf der Kärntner Seite ist sie auch noch dazu nicht ausgebaut. Was sollen wir also tun? Wir müßten wirklich dafür etwas anderes stehenlassen. Ich habe mich bemüht, nicht nur Referent zu werden, sondern habe mir auch die Straßen angeschaut. Man kann mir da also nichts erzählen. (Abg. Heidinger: „Da wird der Abg. Wurm aber böse

sein!“) Macht nichts, wir verstehen uns gut. Niederwölz—Teufenbach, Turrach, sicher, alles wichtig, aber so lange beispielsweise von Kärnten herauf auch die Turrach nicht wirklich voll angegangen wird, ist das zwecklos. Wir bauen sowieso dort Brücken. Was wollen Sie denn? Dann müssen wir halt auch wieder wo anders etwas stehenlassen. Es ist sicher ein höchst interessantes Fremdenverkehrsgebiet, besonders im Winter, und Eis und Schnee verdecken sowieso jedes Schlagloch. Dann ist die Straße ausgezeichnet. (Heiterkeit.)

Der liebe Freund Zagler hat also seine Wünsche hinsichtlich Krems und Stallhofen vorgebracht. Ich muß sagen, das ist wirklich gerechtfertigt. Die Straße Köflach—St. Martin muß noch ein bißchen warten. Außerdem kann man berechtigterweise sagen, daß man wohl warten kann von Piber herüber nach Bärnbach. Sicher, alles ist dringend notwendig. Z. B. gibt es keine staubfreie Straße nach Straden. Unverständlich an sich, aber wir werden schauen, daß wir was hinkriegen. Oder die Straße nach St. Lorenzen am Wechsel; sie hat keine Schwarzdecke. Es sind ja noch genau 35% der Landesstraßen nicht mit Schwarzdecken versehen. Man muß sich ein bißchen gedulden. Der Herr Kollege Schachner lächelt mir zu. Ich denke, daß er jetzt weich geworden ist und meine weiteren Millionen für außerplanmäßige Bedeckungen schon irgendwie unterbringen wird. (Landesrat Sebastian: „Da kriegt er dann wieder Vorwürfe im Finanzausschuß“. — Landesrat DDR. Schachner-Blazizek: „In der Stimmung kann keiner hart bleiben, Herr Landeshauptmann“.)

Ich möchte aber auch bezüglich der Trinkwasserversorgung noch etwas sagen. Steinberg und Rohrbach, da haben wir ja schon so viel gesagt. Die Trinkwasserversorgung ist sicher ein wichtiges Anliegen, aber es ist halt leider so, daß also die Förderungsbeträge, die dort zur Verfügung stehen, sehr, sehr bescheiden sind und eine Förderung praktisch nicht wirklich zum Tragen kommt. Ich bin ja der Meinung, daß wir uns auch bemühen sollen, nicht nur die über den Fonds geförderten Vorhaben, sondern auch, sofern solche Vorhaben von Genossenschaften gemacht werden oder auch von Gemeinden gemacht werden, wenn dem Projekt ein Plan, ein wirklicher Plan zugrunde liegt, wenn mit Handwerkern so etwas ausgeführt wird — das ist nämlich auch wichtig, daß nicht gefuscht wird —, dort ein bißchen zu fördern. Es ist halt auch wieder nur eine Geldfrage.

Ich möchte noch etwas sagen. Vorrangstraßen — keine Kunst, das kann man leicht machen. Ich mache aufmerksam, daß in einem engen Tal eine Vorrangstraße verständlicherweise gewünscht wird, das verstehe ich schon, da kann man durchblitzen, da braucht man nicht zu schauen, nicht rechts und nicht links, weil da der schauen muß, der hereinkommt. Aber in einem engen Tal ist das nicht so einfach. Ich meine, wir verantworten das ja letzten Endes auch, wenn soundso viele dann hereinkommen und zusammengeführt werden. Das muß man sich wohl sehr überlegen, wenn so schlechte Sichtverhältnisse vorliegen, wie das bei der oberen Murtaubundesstraße tatsächlich der Fall ist. Hier ist also eine große Verantwortung damit verbun-

den, man kann das nicht einfach auf Bestellung ändern.

Krakau-Schatten steht wohl schon auf dem Programm. Die Seeberg-Nordrampe ist in Planung, die Umfahrung Aflenz ist noch nicht in Planung. Die Kapfenberger Unterfahrt ist noch nicht in Planung, wohl aber die Grundablöse bzw. die Ablöse der Gebäude. Ja, bitte schön, da müssen wir etwas anderes einstellen, wenn wir das bauen müssen, immer wieder dasselbe. (Landesrat Gruber: „Geplant ist es schon. Es ist aber noch nicht im Programm!“) Natürlich, schon im Programm, wenn wir schon ablösen, ist es ja schon im Programm. Wenn wir um 50 Millionen mehr bekommen vom Bund, dann werden wir leichter etwas abzweigen. (Unverständliche Zwischenrufe.) Das hat ja nichts mit dem Finanzreferenten zu tun, ist ja eine Bundesstraße. Vorgesehen ist also die Ablöse der Gebäude dort (Landesrat Sebastian: „Das zahlt die Gemeinde.“) Bitte sehr, aber sei es wie immer, wir können uns ja in der Regierung darüber unterhalten. (Heiterkeit.) Ich möchte Ihnen aber sagen, daß das Landesbauamt eine wirklich umfassende Arbeit leistet in allen Fachabteilungen. Wir haben allein im Landesbauamt, und zwar sowohl was das Landesbauamt als Hochbauamt für das Land und die Landesstraßenverwaltung, als auch für den Bundeshochbau und für den Wohnhaus-Wiederaufbaufonds betrifft, über 700 Millionen verbaut. Das Landesbauamt hat über 700 Millionen verbaut. Das heißt mit anderen Worten, es wurden an jedem Arbeitstag über das Landesbauamt, durch das Landesbauamt 3 Millionen Schilling verbaut, hier sind nicht inbegriffen die ungefähr 200 Millionen Schilling Landes-Wohnungs- und Siedlungsfonds, Güterwegbauten u. dgl. Dinge, oder gar Schulbauten, die auch mit 40 Millionen anzusetzen sind, die auch vom Landeshochbauamt begutachtet werden müssen, also auch irgendwie mit dem Landesbauamt in Berührung kommen. Es ist also eine sehr beachtliche Leistung erbracht worden, die nur möglich war, weil unsere Beamten aufopferungsvoll gearbeitet, sich wirklich angestrengt haben, auch Zeit und Mühe nicht gescheut haben, und ich möchte den Ingenieuren, den Beamten und den Arbeitern herzlich und aufrichtig Dank sagen. Ich darf das wohl in Ihrem Namen tun. Ich möchte auch noch hinzufügen, daß gerade unsere Straßenwärter, wie jetzt wieder in der kalten Jahreszeit, in der Schneeräumzeit, und auch die Straßenmeister und auch oft die Ingenieure selbst oder die Baubezirksleiter hier eine oft übermenschliche Arbeit leisten, die wir anerkennen müssen und die auch bedankt gehört. Wir können uns hier auf einen Stock von tüchtigen und fähigen und vor allem auch sauberen und anständigen Beamten stützen, und wir dürfen glücklich sein, daß wir ein solches Beamtenkorps, daß wir solche fleißige und tüchtige Arbeiter haben. Ich habe Ihnen nur einige Ausschnitte aus diesem großen Referat gegeben, Sie werden verstehen, ich bin als neuer Referent im Bauwesen ja erst in der Gehschule. Ich habe die Dinge noch nicht ganz im Griff. (Abg. Bammer: „Er kann schon gut gehen.“) Ich bin ja Laie. Aber ich hoffe, daß ich Ihnen nächstes Jahr einen etwas besseren Bericht erstatten kann. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. **Pözl:** Hohes Haus! Der Berichterstatter kann auf das Schlußwort nicht verzichten, sondern er muß dem Hohen Haus einige sehr beachtenswerte Beobachtungen mitteilen. Wir haben im Vorjahr bei der Gruppe 6 15 Mitglieder des Hohen Hauses und 2 Regierungsmitglieder, insgesamt 4 Stunden und 6 Minuten gehört. Im Jahre 1963, wo der Voranschlag für das Jahr 1964 beraten wurde, haben wir um 18.10 Uhr begonnen und um 23.13 Uhr mit den Beratungen für die Gruppe 6 geendet. Interessant ist dabei folgendes: Es haben 20% mehr Mitglieder des Hohen Hauses sich bei der Debatte beteiligt, also 18, die Regierungsmitglieder haben die Redezeit etwas eingeschränkt, der Herr Landeshauptmann 53 Minuten und der Herr Landesrat Wegart in Vertretung des verhinderten Landesrates Prirsch seine vorher angekündigten 15 Minuten. Und jetzt, Hohes Haus, wir haben bei der Gruppe 6 um 55 Millionen Schilling mehr als im Jahre 1963. Es hat sich in einer um eine gute Stunde längeren Debatte ausgewirkt. Ich bitte also den Herrn Präsidenten, den vorhin gestellten Antrag zur Abstimmung zu bringen.

**Präsident:** Meine Damen und Herren! Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Wer mit ihm einverstanden ist, erbitte ich ein Händezichen. (Geschicht.) Danke. Die Gruppe 6 ist beendet. Für morgen teile ich mit: Beginn 8 Uhr früh.

Unterbrechung: 23.15 Uhr.

12. Dezember 1963: 8 Uhr früh.

**Präsident:** Ich setze die gestern unterbrochene Sitzung fort. Wir kommen zur Gruppe 7 und ich erteile dem Herrn Berichterstatter Abg. **Prenner** das Wort.

Abg. **Prenner:** Hohes Haus! Die Gruppe 7 befaßt sich mit verschiedenen Faktoren. Ich möchte da als ersten den Unterabschnitt 716 erwähnen, der die Freiwilligen Feuerwehren und ihre notwendigen Erfordernisse zum Inhalt hat. Es sind da Gesamtausgaben von über 8 Millionen Schilling vorgesehen. So erfreulich die Höhe des Betrages ist, so scheint es mir doch noch viel mehr die Tatsache zu sein, daß sich in unserer materialistisch eingestellten Zeit noch Menschen finden, die gratis und freiwillig unser Volksvermögen schützen, im gefährlichsten Einsatz stehen und nicht selten Leben und Gesundheit aufs Spiel setzen. Ich möchte deshalb unseren steirischen Feuerwehrmännern für ihre aufopfernde Einsatzbereitschaft, dem Landesfeuerwehrreferenten und der Landesregierung für ihr Verständnis herzlich danken.

Der Abschnitt 71 sieht die Förderung der Land- und Forstwirtschaft vor. Hohes Haus! Ich glaube, es ist wichtiger denn je, daß man in unserer modernen Zeit, wo alles nach Fortschritt und den damit verbundenen Nebenerscheinungen schreitet, der Landwirtschaft hilfreich unter die Arme greift. Es bedarf heute der größten Anstrengungen der Bauern, auf den Märkten konkurrenzfähig zu sein und

es zeigt sich immer deutlicher, daß nur beste Qualität an den Mann zu bringen ist. Ich möchte hier nur auf das Vieh und Obst hinweisen. Unsere Bauernvertretung hat bereits viel erreicht und es muß ihr der beste Dank für ihre Bemühungen ausgesprochen werden, verbunden mit der Bitte, diese Bemühungen fortzusetzen.

Um aber die bereits erwähnten und erforderlichen Qualitätsverbesserungen zu erzielen, bedarf es einer durchgreifenden Mechanisierung und Technisierung. Das aber erfordert viel Geld und um dieses zu beschaffen, Mehrleistung an Arbeit oder es müssen verschiedene Opfer persönlicher Art gebracht werden. So ist also die Landwirtschaft noch immer ein Stiefkind in unserer großen Familie. Der Bauer und seine Angehörigen haben noch immer eine 60- bis 70-Stundenwoche zu bewältigen. Von der viel gerühmten Freizeit ist da wenig zu spüren, obwohl die bäuerliche Bevölkerung sie bestimmt notwendig brauchen würde. Diesen wenig erfreulichen Zuständen darf man sicher einen Teil der Schuld an der sogenannten Landflucht zuschreiben. Ich hoffe, daß es uns gelingt, die gewissen Voraussetzungen zu schaffen, damit der Abwanderung in die Stadt Einhalt geboten werden kann.

Meine Damen und Herren! Die Landwirtschaft führt nach wie vor einen harten Existenzkampf. Und nur dem ausdauernden Fleiß und einer bescheidenen Lebenshaltung gelingt es, Ausgaben und Einnahmen in Einklang zu bringen.

Ich möchte nun noch, um meine Ausführungen verständlicher zu machen, auf die strukturelle Zusammensetzung der steirischen Bauernschaft hinweisen. Von ca. 79.000 bäuerlichen Betrieben haben 14.000 eine Besitzgröße von unter 2 ha, das sind 18%. 20.800 Betriebe haben eine Größe von 2 bis 5 ha, d. s. 26%. 31.800 Betriebe sind von 5 bis 20 ha groß, d. s. 40%. 10.800 Betriebe haben eine Größe von 20 bis 100 ha, d. s. 14%, und nur 1374 Betriebe sind über 100 ha groß, d. s. nur 2%. Aus diesen Zahlen geht klar hervor, daß der Klein- und Mittelbesitz weitaus in der Überzahl ist. Die Schwierigkeiten dieser Betriebe sind oft durch klimatische Verhältnisse sowie durch deren Lage als Einzelhöfe, wie z. B. bei unseren Bergbauern, die oft wie Schwalbennester auf ihren Bergen hängen, noch verschärft. Oder betrachten wir die öststeirischen Kleinbetriebe, die wieder mit Grundwasser zu kämpfen haben. Das möchte ich noch zusätzlich beifügen.

Um die Existenz der verschiedenen Betriebe zu sichern, haben sich Land und Landesregierung ehrlich bemüht, der Landwirtschaft im allgemeinen durch namhafte Beträge entgegenzukommen.

Der Abschnitt 75 sieht die Förderung der gewerblichen Wirtschaft vor. Auch die gewerbliche Wirtschaft, gerade das Kleingewerbe — das möchte ich hervorheben — leidet heute durch die Industrialisierung und durch den Konkurrenzdruck schwer. Ich möchte behaupten, daß Kleinlandwirten und Kleingewerbetreibenden das gleiche Los beschieden ist. Sie werden praktisch von der Zeit aufgesaugt. Gewisse Sparten, z. B. Schmiede, Wagner, Schuhmacher und Schneider kämpfen um ihr Dasein.

Zum Fremdenverkehr wäre noch zu sagen, daß es hoch an der Zeit ist, diesem den Platz einzu-

räumen, der ihm auf Grund seiner wirtschaftlichen Bedeutung zukommt. Kein Schilling, der für diese Sparte ausgegeben wird, ist umsonst, er wird bestimmt reichlich verzinst. In unserer rasanten Zeit bedarf es auch auf diesem Gebiet aller Anstrengungen, um mit unseren Nachbarländern Schritt halten zu können. Hohes Haus! Die Ansprüche der fremden Gäste werden von Jahr zu Jahr höher. Die Forderungen beziehen sich auf Sessel-Lifte, Skilifte, Tennisplätze, ja fast in jeder Gemeinde soll schon ein Schwimmbad errichtet werden, weiters auf moderne Gaststätten mit Warm- und Kaltwasserleitungen, Zentralheizung usw. All das kostet dem Land jährlich Millionen. Es liegen z. B. beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung ca. 102 Ansuchen auf Errichtung von Schwimmbädern auf.

Hohes Haus! Die Gruppe 7 beinhaltet 5 Abschnitte und 19 Unterabschnitte, die Gesamtausgaben von 136.039.000.— Schilling erfordern, gegenüber 118.624.000.— Schilling im Vorjahr. Das sind um 17.415.000 S mehr. Der Finanzausschuß hat sich eingehend mit dieser Gruppe befaßt, dem erforderlichen Betrag zugestimmt und ich bitte auch das Hohe Haus, der Gruppe 7 seine Zustimmung zu geben.

**Präsident:** Ich erteile Herrn Dr. Assmann das Wort.

**Abg. Dr. Assmann:** Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn ich zur Gruppe 7, „Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung“ zu sprechen habe, so fasse ich meine Aufgabe dahingehend auf, daß ich grundsätzliche Überlegungen vortragen möchte. Es scheint mir symbolisch, daß dieses Budget-Kapitel „Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung“ heißt. Noch vor 30 bis 40 Jahren war die Wirtschafts-Theorie der Meinung, daß der Staat der Wirtschaft nur die Startbedingungen und entsprechende Unterlagen zu sichern und zu garantieren hätte, Schutz und Rechtssicherheit zu geben hätte und sich in die Wirtschaft selbst allerdings nicht einzumischen hätte. Heute ist unbestritten, daß der Staat und die öffentliche Wirtschaft die gesamte Tätigkeit der Wirtschaft und der Menschen beeinflussen.

Aus der Volkseinkommensrechnung, die das Institut für Wirtschaftsforschung und das statistische Zentralamt ständig herausgeben, kann man immer wieder feststellen, wie hoch der prozentuelle Anteil des Bruttonationalproduktes ist, welches vom öffentlichen Sektor eingenommen wird. Der Anteil des öffentlichen Sektors an den Ausgaben und an den Einnahmen des Nationalproduktes, die verstaatlichte Industrie ausgenommen, macht etwa 30% aus. Es gibt im Westen kein Land, welches einen höheren Prozentsatz diesbezüglich aufzuweisen hat oder einigermaßen an diesen Prozentsatz herankommt. Es ist nun wesentlich, daß die öffentliche Hand diesen gewaltigen Teil des „Kuchens Volkseinkommen“ vernünftig und zukunftsweisend einsetzt. In vielen Bereichen hat der Staatsbürger leider den Eindruck, daß dies nicht geschieht. Ich möchte allerdings ausdrücklich feststellen, daß ich, von einigen Kleinigkeiten abgesehen, diesen Eindruck beim vorliegenden steirischen Landesvoranschlag nicht habe. Das Land bemüht sich unter der

bewährten Führung des Herrn Landeshauptmannes und unter dem Gewicht unserer Fraktion als der stärksten Partei im steirischen Landtag, wobei ich gerne sage, daß ich die Mitarbeit der anderen Regierungsmitglieder, der anderen Fraktionen unterstreichen möchte, Gelder für solche Vorhaben aufzubringen, die in die Zukunft weisen. Aber es wäre vermessen zu glauben, daß unser Land allein gute Wirtschaftspolitik treiben könnte, wenn woanders schlecht gewirtschaftet wird. Die moderne arbeitsteilige Wirtschaft reicht weit über die Grenzen auch unserer Heimat hinaus. Und bedenken Sie in diesem Zusammenhang, daß wir in manchen Branchen ja bis über 50% der Bruttoerzeugung exportieren. Ich darf aus einer Studie des österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung folgende Zahlen zitieren: Exporte in Prozenten des Bruttoproduktionswertes aus der Ausgabe November: eisenerzeugende Industrie 52%, Bergbau 51%, Glasindustrie 44%, Maschinenindustrie 43%, Elektroindustrie 41%, papiererzeugende Industrie 40%, Eisen- und Metallwarenindustrie 28%. Sie sehen also, gerade unsere steirischen Betriebe haben einen extrem hohen Exportanteil, denn in dem Fall handelt es sich ja um die industriellen Güter, die in der Steiermark zu Hause sind. Und diesen hohen Exportanteil trotz der verkehrungünstigen Lage, weit entfernt von wichtigen Verkehrsträgern. Nicht zuletzt die moderne Technik, die die Räume zusammenschumpfen läßt, erfordert wirtschaftliche Großräume. Die Entwicklung der Dynamik, die in der EWG zusammenwächst, hat die Väter dieses Zusammentrittes selbst überrascht. Heute orientiert sich die Industrie Europas weitestgehend um diesen Kernraum und hängt von ihm ab. Und noch immer ist nicht klar, wie und ob wir in irgendeiner Form wenigstens durch eine offene Tür mit diesem Wirtschaftsraum Verbindung erhalten. Die Zolldiskriminierung, meine Damen und Herren, das ist auch Ihnen bekannt, wird immer größer, und in vielen Sparten ist sie beinahe schon unüberwindlich. Dabei sind unsere Nachbarn, ich denke da vor allem an Deutschland und an Italien, seit eh und je die besten Handelspartner, die besten Kunden für die österreichischen Waren gewesen. Die wirtschaftspolitische Entscheidung unserer Regierung, eine Verbindung mit der EWG zu suchen, ist daher eine lebenswichtige Entscheidung gewesen. Es will aber scheinen, daß in oft sehr schwer überschaubarer Art immer wieder Sand in das Verhandlungsgetriebe geschüttet wird. Kaum verständliche Äußerungen lassen manchmal den Eindruck entstehen, daß der EFTA, die ja, wie auch feierlich verkündet, gegründet wurde, um einen gemeinsamen Weg zur EWG zu suchen, daß dieser EFTA eine Nibelungentreue entgegengebracht wird, die sie am allerwenigsten selbst erwartet. Österreich und nach meiner Meinung in abgeschwächter Form auch die Schweiz haben im Kreise der EFTA-Mitglieder eigentlich wenig verloren. Alle übrigen Mitglieder sind ausgesprochen seeorientiert, und die Interessen dieser Staaten sind eigentlich meilenweit von unseren Interessen entfernt. Man argumentiert von seiten der EFTA-Anhänger oft damit, daß der Außenhandel dieser Staaten ständig und ganz bedeutend ansteigt. Dabei darf man aber zweierlei

um Gottes willen doch nicht übersehen: 1. daß von einem niedrigen Niveau ausgehend die Steigerung natürlich viel leichter möglich ist als von einem hohen Niveau, und daß 2. der EWG-Anteil an unserer Ausfuhr ja 50,2% beträgt. Aus der Höhe des EFTA-Anteiles von etwa 16,4% sehen Sie, daß eine Diskriminierung am EWG-Markt niemals durch eine noch so bedeutende Forcierung des EFTA-Handels selbst wenn das möglich wäre, auch nur einigermaßen ausgeglichen werden könnte. Ich glaube daher, mit vollem Recht behaupten zu können, daß keine noch so ausgeklügelte und noch so gut gemeinte Wirtschaftsförderung durch Zuwendungen der öffentlichen Hand jene Wirtschaftsförderung ersetzen kann, die eine endliche Lösung des Integrationsproblems für Österreich und somit also auch für die Steiermark bedeuten. Da ich aber diese Lösung nach dem derzeitigen Stand der Dinge ebenfalls leider, muß ich sagen, für das Jahr 1964 nicht erwarten kann, ich bin ja auch leider nicht so optimistisch wie z. B. der Herr Landesfinanzreferent es gewissermaßen optimistisch für die Zukunft in seiner Einbegleitungsrede zum Budget zu erkennen gegeben hat, als er meinte, die wirtschaftlichen Chancen seien mehr oder minder verbunden (Landesrat DDr. Schächner-Blazizek: „Das habe ich nicht gesagt.“) Wenn auch angenommen wird, daß unser Brutto-Nationalprodukt 1964 real sicherlich wieder etwa um 4,5% wachsen wird und die Einnahmenschätzungen des Bundes und die damit verbundene Steuerwirtschaft auch weitgehend für unser Landesbudget real sind, so darf doch die Differenzierung nach gewissen Branchen hin nicht übersehen werden. Es ist nicht angenehm, wenn festgestellt werden muß, daß wir Produktionsrückgänge zu verzeichnen haben, so z. B. in der Fahrzeugindustrie 22%, in der Elektroindustrie 10% und in der Gießereiindustrie, die ja immer irgendwie als Konjunkturbarometer angesehen werden kann, etwa 10%. Der Zuwachs, den wir daneben zweifellos auch zu verzeichnen haben, liegt vornehmlich auf der Konsumgüterindustrie. Kein Zweifel also, daß die Investitionsneigung, der Drang zu investieren, nachläßt, und es wurde anläßlich der heurigen Budgetdebatte ja bereits von einigen Rednern darauf hingewiesen, was der Rückgang an Investitionen für eine Wirtschaft, für die gesamte Wirtschaft unseres Landes einmal bedeuten könnte. All das, was heute investiert wird oder was morgen investiert wird, soll ja übermorgen und dann darauf seine entsprechenden Früchte tragen.

Wenn ich nach diesem ganz kurzen Überblick bezüglich der Außenhandelspolitik unseres Landes und der Produktionssituation mich noch einigen anderen grundsätzlichen Problemen in der Wirtschaftspolitik zuwenden darf, so kann ich in dem Zusammenhang nur feststellen, daß einige wesentliche grundsätzliche Entscheidungen schon seit länger Zeit, schon seit vielen Jahren überfällig sind. Ich möchte nur zwei Punkte herausgreifen. Ich möchte erinnern an die Kapitalmarktgesetze. Diese Kapitalmarktgesetze sind nur als Torso im heurigen Sommer Gesetz geworden. Und dabei wird die Frage einer ausreichenden Finanzierungsbasis immer drängender und wichtiger. Sie wissen selbst, meine Damen und Herren, daß viele große und

bedeutende Betriebe unserer Schwerindustrie, z. B. auch in der Steiermark, an drückender und hemmender Kapitalnot leiden. Ich möchte es als nicht sehr zweckmäßige Vertretung der Arbeitnehmer-Interessen bezeichnen, wenn vielleicht manchenmal — es betrifft sicherlich nicht die Steiermark, wenn ich das heranziehe — aus überholtem problematischem Denken vernünftige Lösungen in dem Zusammenhang nicht zustande kommen.

Eine andere Frage, um deren Lösung sich auch die Landesregierung bemüht hat, ist die der Steuerpflicht für Subventionen im Zusammenhang mit unserer Grenzlandförderung interessant. Wenn die öffentliche Hand sich entschließt, dem Betrieb A eine Beihilfe zu geben und sie will auch dem Betrieb B eine geben, so nimmt die gleiche öffentliche Hand, je nachdem in welche Steuerprogression dieser Betrieb fällt, bis zu 60 oder noch mehr Prozent dieser Subvention wieder weg. (Landeshauptmann Krainer: „Die bekommen nur Darlehen!“) So viel ich weiß, sind wir uns mit den Vertretern Ihrer Fraktion, meine Damen und Herren, einig, weil — ich erinnere mich — seitens des Herrn Nationalrates Dr. Weiß im Parlament diesbezüglich, ich glaube im vorigen Jahr oder vor zwei Jahren, eine entsprechend gleiche Stellungnahme bezogen wurde. Es wäre also wünschenswert, wenn in diesem Zusammenhang neue Schritte zu einer Regelung dieser Frage unternommen würden.

Ich darf noch einige Probleme ganz kurz aufzeigen, die mir bei der Durchsicht der konkreten Zahlen aufgefallen sind in diesem Voranschlagskapitel nämlich, daß für Hochwasserschäden kein Geld da ist. Es ist aber anzunehmen, daß das Problem der Wasserwirtschaft immer brennender wird, weshalb eher mehr Geld dafür ausgegeben werden soll. Andererseits freue ich mich ganz besonders und Sie gestatten mir, daß ich der Gruppe 7 vorausgreife, aber es gehört eben auch zur Wirtschaftsförderung dazu, daß für das nächste Jahr, für das Budget 1964, von seiten des Bundes zum Glück wieder für die unterentwickelten Gebiete — ich darf ausdrücklich hiezu feststellen, daß dieser Ausdruck nicht sehr glücklich gewählt ist —, daß also diese sogenannte Grenzlandhilfe, wie wir sie nennen wollen, im nächsten Jahr wieder vorgesehen ist. Ich glaube, meine Damen und Herren, Sie können sich erinnern, daß diese an und für sich sehr wichtige Post im Bundesbudget für das Jahr 1963 nahezu gestrichen worden ist. Es war das nicht die Nacht der langen Messer, sondern die Nacht, in der das Bundesbudget für 1963 so recht und schlecht unter Dach und Fach gebracht wurde und in der man sich auf höchster Ebene in Wien geeinigt hat, ich glaube, es waren 50 oder 100 Millionen, na die streichen wir einfach. Ich freue mich ganz besonders, daß diese Post im nächsten Jahr entsprechend dotiert aufscheint. Ich glaube, daß das den Bemühungen unseres Herrn Landeshauptmannes zu verdanken war, daß diese Post in Kombination mit dem, was wir vom Land aus vorsehen, zur Ausschüttung kommen kann.

Des weiteren freut es mich, daß der Fonds für gewerbliche Darlehen und der Fremdenverkehrs-Investitionsfonds gleich dotiert erscheinen, wie im vo-

rigen Jahr. Überhaupt glaube ich, daß die zielbewußte Förderung unseres Fremdenverkehrs gerade in den letzten Jahren unserem zuständigen Landesrat zu danken, auch weiterhin die Unterstützung aller verdient. Andererseits glaube ich, daß wir es uns nicht wünschen können, nur als eine Fremdenverkehrsinsel zu gelten oder eine solche in Europa zu sein. Der Fremdenverkehr ist eine Wirtschaftssparte, eine ganz wichtige Sparte, wie der Zahlungsbilanzüberschuß im Reiseverkehr für das dritte Quartal 1963 mit 4,1 Milliarden gegenüber 3,48 Milliarden im gleichen Zeitraum des Vorjahres zeigt. Für die Steiermark scheinen also die Investitionen hinsichtlich des Fremdenverkehrs wirklich sinnvoll zu sein, wobei auf die Trennung von Fremdenverkehrsgebieten von den Ballungs- und Industriegebieten Bedacht genommen werden müßte.

Hohes Haus! Lassen Sie mich jetzt zum Schluß kommen, der Wirtschaftsförderung kommt deshalb eine besondere Bedeutung zu, weil diese Wirtschaft es ja ist, die nicht nur den materiellen Wohlstand für alle erarbeiten muß, sondern die durch ihre Steuerleistung dafür sorgt, daß die öffentliche Hand jene Sparten betreuen kann, die für uns alle wohl von größter Bedeutung sind, die aber direkt keinen Ertrag abwerfen. Die Wirkung nennen wir, volkswirtschaftlich gesehen, die sogenannte Umwegrentabilität. Aber gerade auch diese Umwegrentabilität wird umso höher und umso wirkungsvoller sein, je vernünftiger die Förderungsschillinge von uns eingesetzt werden. Ich möchte daher alle zuständigen Stellen im Lande ersuchen, die Regierungsmitglieder, die Beamten und alle meine Kollegen im Landtag selbst, daß beim nächsten Voranschlag auf die Ausgaben noch mehr Bedacht genommen werden soll, die zukunftschaugend sind. Ich meine damit zum Beispiel Ausbildung und Forschung, Ausbau der inneren Struktur, Förderung von Wirtschaftssparten, die sich auch in einem größeren Markt behaupten können. Jene Sparten müssen den Vorrang vor allen anderen haben, denn nur dort, wo diese Zielsetzung deutlich ist, wird sie entsprechend Vorteile für unser Land bringen.

Die Osterreichische Nationalbank hat zum Bundesbudget festgestellt, daß es die Strukturpläne grundsätzlicher Art, und zwar nach den Mitteilungen des Direktoriums der Nationalbank vom Oktober 1963, nicht löst. Sorgen wir daher wenigstens im Lande dafür, daß unsere nicht geringen Strukturprobleme — denken wir an die strenge Randlage — in bezug auf den europäischen Markt oder die noch strengere Lage im EFTA-Bereich einer Lösung zugeführt werden.

Ich glaube, vom Landesbudget 1964 sagen zu können, daß gute Ansätze für die Lösung der Probleme nach dieser Richtung hin vorhanden sind. (Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abg. Köllner das Wort.

**Abg. Köllner:** Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Nicht sehr oft trifft es bei den Budgetverhandlungen des Hohen Hauses, zu, daß nicht im Mitternachtstempo, sondern am frühen Morgen eines neuen Tages die Gruppe 7, die Fragen der Landwirtschaft, behandelt werden. Ich möchte fast wün-

schen, daß dies symbolisch für unsere Einstellung, für unsere Rangordnung im Leben sei, die nicht vergessen soll, daß zuallererst das Brot, die Nahrung und dann alles andere im Leben kommt, hat ja gerade unsere Generation es schon mehrmals zur Kenntnis nehmen müssen, daß diese Tatsache eine unabänderliche ist. Die Behandlung der Gruppe 7 „Landwirtschaft“ soll nicht Anlaß sein, eine Bauernjeremiade zu halten, um Mitleid zu erwecken, denn nicht Mitleid, sondern Verständnis ist es, das die österreichische Landwirtschaft für ihre Situation braucht, sondern ich habe mich mehr mit einer Sache zu befassen, die sich bei nüchterner und sachlicher Überlegung und Betrachtung nicht als Privatangelegenheit der Bauern, sondern als eine Angelegenheit aller Österreicher zeigt, die sich geradezu mit Leuchtschrift in unser Denken zu prägen hat, nämlich die Stellung und die Probleme der Landwirtschaft in der modernen Industriegesellschaft. Meine Damen und Herren! Eine Analyse der Situation des bäuerlichen Menschen in unserer Zeit zeigt etwa folgendes Bild: Der bäuerliche Mensch befindet sich in einer völlig neuen, auch für ihn klein gewordenen Umwelt. Nicht nur, daß um ihn herum durch die Entwicklung der Technik, die sozialen Veränderungen, die Gegebenheiten einer modernen Volkswirtschaft und das Näherrücken der Kontinente ein neues Bild entstanden ist, hat diese Entwicklung auch wesentlich in die inneren Verhältnisse der landwirtschaftlichen Betriebe und ihre Familie Einfluß genommen, und dies alles in einer geradezu beängstigend kurzen Zeitspanne von ein paar Jahrzehnten. War Jahrhunderte hindurch in patriarchalisch geführten bäuerlichen Betrieben die Selbstversorgung der bäuerlichen Familie und des Gesindes mit allen notwendigen Lebensgütern das Um und Auf, mußte dies in kurzer Zeit einem völlig marktwirtschaftlich orientierten Denken weichen. Die Vielfalt der bäuerlichen Produktion, die Vielfalt der Produktion eines bäuerlichen Betriebes, einst Spiegelbild einer möglichst autarken Betriebsführung, wurde durch Spezialisierung und Betriebsvereinfachung abgelöst. Wie sahen doch die Felder und Äcker in unserer Landwirtschaft und die Fruchtfolge vor einigen Jahrzehnten aus? Ein buntes, abwechslungsreiches Bild bot sich uns damals, und wie einfach ist eigentlich vor allem für den Kenner diese Fruchtfolge heute geworden. Wie könnte sich heute ein Bauer, meine sehr verehrten Damen und Herren, noch behaupten, der alles wie seine Väter auf seinem eigenen Hof zu erzeugen trachtet, angefangen von den Nahrungsmitteln bis zur Leinwand für die Hemden und viele, viele andere Gebrauchsartikel. Das wäre ein sehr, sehr teurer Spaß in unserer heutigen Zeit. Heute hat die Landwirtschaft, hat der Bauer vor allem in rationeller Art, in Blickrichtung auf den Verkauf zu produzieren. Und dabei stoßen wir schon auf viele Gegebenheiten. Wie groß ist zum Beispiel die Konkurrenz großer agrarischer Produktionsgebiete durch die ungeheuren Möglichkeiten allein auf dem Transport- und Konservierungssektor geworden? Wenn man bedenkt, daß, was vor einigen Jahrzehnten noch völlig unmöglich schien, wie z. B. der Transport von Frischfleisch über bestimmte Grenzen hinaus, heute durch Kühlwagen usw. auf weiteste Distanz möglich ist.

Gar nicht zu reden von den immer wieder vorkommenden Angeboten agrarischer Produkte zu billigen Preisen, wie z. B. vor kurzem das Angebot auf dem österreichischen Geflügelmarkt, wonach dieses Geflügel in Österreich billiger angeboten wurde, als hier bei uns allein die Futterkosten für das Kilo betragen. Hat seinerzeit die Selbstversorgung die betriebswirtschaftlichen Gegebenheiten auf dem bäuerlichen Betrieb bestimmt, ist heute der Zwang zur Anpassung an die Wünsche des Konsumenten ausschlaggebend. Vernünftigerweise wird sich auch niemand diesen Tatsachen verschließen, denn seine Majestät der Käufer bestimmt und entscheidet eben, was er für sein Geld will. Nur sind hier der Landwirtschaft naturgegebene Grenzen gesetzt. Das specklose Schwein, die Fünf-Tage-Kuh und viele andere Dinge gibt es eben leider noch nicht.

Die Abwanderung von der Landwirtschaft ist gewaltig. In den letzten zehn Jahren hat der landwirtschaftliche Bevölkerungsteil Österreichs um 30% abgenommen, durchschnittlich 30.000 Menschen pro Jahr haben Grund und Boden verlassen, so daß bekanntlich der derzeitige Anteil des agrarischen Bevölkerungsteiles eben bei 16% liegt. Auch die Zahl der Betriebe verringert sich, und man darf nicht übersehen, daß jährlich etwa 5000 Hektar durch Verbauung der landwirtschaftlichen Produktion und Nutzung entzogen werden. Hand in Hand damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, das möchte ich eindeutig festgestellt haben, geht eine Überbeanspruchung des bäuerlichen Menschen, und das Bild der Bäuerin und Mutter unterscheidet sich wesentlich vom Bild der Frau von heute. Die Arbeitszeit der Bäuerin liegt durchschnittlich bei 75 Wochenstunden, das ist zweimal die Arbeitswoche des Durchschnittsösterreicher. Ist es daher verwunderlich, meine sehr Verehrten, wenn unsere bäuerlichen Menschen, die in kürzester Zeitspanne mehr an Umwälzung in geistiger und materieller Hinsicht über sich ergehen lassen mußten als Generationen zuvor, bei Betrachtung der Verhältnisse anderer Berufsgruppen in ein geradezu komplexes Denken verfallen? Es scheint sich ihnen darzutun, daß bei diesem Überangebot an Nahrungsgütern die landwirtschaftliche Produktion ja keinen Wert mehr besitze, zumal ja oft auch politisches Gezänk und Kurzsichtigkeit diese Meinung zu vertreten scheinen. Betrachten wir doch das Preisbild. Einmal hat der Bauer zur Kenntnis zu nehmen, daß der Lohn seiner Arbeit, nämlich der Verkaufserlös für seine Produkte, nicht, wie es fast überall in der Wirtschaft gang und gäbe ist, auf einer kaufmännischen Kalkulationsbasis erstellt wird, sondern er sich eben mit den sogenannten politischen Preisen abzufinden hat. Das darf aber niemals, meine sehr verehrten Damen und Herren, heißen, daß unsere Agrarprodukte so billig sein müssen, daß sie auch der Ärmste kaufen kann. Denn die Landwirtschaft ist keine Fürsorgeeinrichtung und kann nicht Sozialaufgaben übernehmen, die Sache der Allgemeinheit sind. Ich glaube, das muß mit aller Eindeutigkeit festgestellt werden. Dabei muß auch gesagt werden, daß die Landwirtschaft sicherlich bis zu einer gewissen Grenze Verständnis dafür hat, daß die Preise der Grundnahrungsmittel für die Masse der Bevölkerung tragbar sind. Aber unser Verständnis

hört dann langsam auf, wenn wir wissen, daß das Volkseinkommen in Österreich auf 143 Milliarden Schilling angestiegen ist und die 16% landwirtschaftliche Bevölkerung nur mehr mit 9,3% beteiligt ist. Unser Verständnis beginnt auch dann zu schwinden, wenn wir wissen, daß der Verbrauch an alkoholischen Getränken in Österreich um fast 200 Millionen Liter höher ist als der Milchverbrauch — es kommen auf 1 Liter Milch 1½ Liter allein an Wein und Schnaps — und wenn wir wissen, daß für all die Dinge, die nicht zu den lebensnotwendigen Nahrungsgütern gehören, ein Vielfaches dessen ausgegeben wird, was der Durchschnittsösterreicher für Lebensmittel aufwenden muß. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Verständnis der Landwirtschaft hört aber verständlicherweise auch dann auf, wenn die Belastungen immer größer, die Preisschere und Preisdifferenzen immer breiter und der Anteil der Ausgaben des Durchschnittsösterreichers für Nahrungsmittel, wie gesagt, immer kleiner wird. Waren es noch vor 10 Jahren fast die Hälfte der Ausgaben, die vom Durchschnittsösterreicher für Lebensmittel ausgegeben worden sind, ist es heute nur mehr knapp ein Drittel. Eine an und für sich sehr erfreuliche Entwicklung, die wir gerne fördern helfen, nur wollen wir, daß die Väter dieser Entwicklung nicht nur stolz darauf sind, sondern auch bei den Alimenteredlich mitzahlen und das nicht zum überwiegenden Teil der Landwirtschaft überlassen. Das Aufkommen eines Gefühls, daß doch alle Arbeit in der Landwirtschaft nichts nütze gegen diese gewaltigen Kräfte, sich alle gegen den bäuerlichen Menschen im Wohlstandsdenken verschworen zu haben scheinen und daß sich in der Landwirtschaft der bäuerliche Mensch auf verlorenem Posten befindet, ist leider weithin feststellbar.

Der Bauer will nicht Stiefkind einer Gesellschaft im Überfluß sein, trotz der Stützungen, die ihm vorgeworfen und vorgehalten werden und die außerdem problematisch sind. Und nun die Frage der bäuerlichen Menschen, ja ist denn unsere Umwelt in ihrer Sicherheit und ihrer Überheblichkeit schon so weit, daß sie glaubt, auf das, was Leben bedeutet seit Beginn der Menschheit, auf das tägliche Brot aus eigenem Grund und Boden verzichten zu können? Anders ist ja oft die Haltung gerade zu existenziellen Fragen der Landwirtschaft nicht zu verstehen.

Dies, meine Damen und Herren, ist vielleicht wohl lückenhaft, aber doch immerhin angedeutet die Situation unserer bäuerlichen Menschen in unserer Industriegesellschaft. Wir müssen uns die Frage vorlegen, welche Schlüsse haben wir nun aus dieser Analyse zu ziehen?

Unabänderliche Tatsache ist, daß die landwirtschaftliche Produktion trotz Forschung und Entwicklung weitestgehend von den unabänderlichen Bedingungen der Natur abhängig ist. Ob bei den Pflanzen auf unseren Äckern und Wiesen, ob bei den Bäumen in unseren Wäldern, ob bei den Tieren, der Werkstoff des Bauern ist Leben, und nicht nur Material. Das Samenkorn braucht seine Zeit bis zur Reife und der Rhythmus des Jahresablaufes, Wetter und Sonne sind eben Faktoren in der Werkstatt des Bauern in Gottes freier Natur. Der nicht-bäuerliche Mensch hat größtenteils seine 5-Tage-

Woche, seine Freizeit, der Bauer hat sich eben diesen Naturgegebenheiten in seiner Produktion, in seinem Lebensrhythmus anzupassen. Trotz dieser veränderten Umweltbedingungen sind viele für die Landwirtschaft die gleichen geblieben seit eh und je. Es ist eben nicht möglich, meine sehr verehrten Damen und Herren, das müssen wir zur Kenntnis nehmen, die landwirtschaftliche Produktion so umzustellen, wie das etwa im Gewerbe und in der Industrie möglich ist. Denn hier ist es ein technischer Vorgang, vielleicht auf dem Reißbrett entworfen, dort aber ein unabänderliches Werden in der Natur. Den Ausstoß der industriellen und gewerblichen Produkte kann man den Gegebenheiten des Marktes von heute auf morgen im großen und ganzen anpassen. Wenn heute ein gewerblich industrieller Betrieb draufkommt, daß diese oder jene Sorte von Schrauben oder anderen Produkten auf dem Markt nicht absetzbar ist, so ist das nur ein technischer Vorgang, um die Produktion auf eine andere Art von Schrauben oder sonstigen Produkten umzustellen. Wenn aber der Bauer im Herbst den Weizen sät und im Frühjahr eine andere Entwicklung auf dem Markt zur Kenntnis nehmen soll, daß nicht der Weizen, sondern Gerste oder Roggen gefragt sind, dann nützt es ihm gar nichts, aufs Feld zu gehen oder eine Produktionsumstellung zu versuchen, denn bei der Ernte wird nichts anderes als Weizen kommen. Auch die Erntezeit verteilt sich nicht so gleichmäßig auf das ganze Jahr wie der Ausstoß der Fabrik. Man kann daher die Landwirtschaft nicht so dem Wechselspiel von Angebot und Nachfrage aussetzen wie einen anderen Wirtschaftszweig, sondern man muß ihr aus diesen besonderen Gegebenheiten eine Sonderstellung im Rahmen der Volkswirtschaft zubilligen. Aber auch noch andere Gesichtspunkte, meine sehr verehrten Damen und Herren, sollen hier maßgebend sein. Österreich ist ein neutrales Land und die Ernährungsfreiheit dieses Landes ist ein Teil der Freiheit dieses Landes überhaupt. Sie zu sichern und zu erhalten ist nicht nur ein Akt der Selbsterhaltung und ist keine Angelegenheit der Bauern allein, sondern eine Angelegenheit, die uns alle angeht. Sie geht auch diejenigen an, die heute vielleicht noch die Meinung vertreten — in Kurzsichtigkeit, das sei zugegeben —, daß es ein Luxus sei in Österreich unter schwierigeren und mitunter weniger günstigen Bedingungen — denken wir an unsere Bergbauern — eine landwirtschaftliche Produktion aufrechtzuerhalten, wo uns doch von überall her alles angeboten wird. An den ewigen Auftrag des Bauern, das tägliche Brot aus der Mutter Erde für den Tisch des Volkes hervorzubringen, soll man sich nicht nur in Kriegszeiten erinnern, denn dann ist es zu spät. Es muß uns, meine sehr verehrten Damen und Herren, doch zu denken geben, daß als erst vor einem Jahr die Hafentarbeiter in Triest streikten, die Futtergetreideversorgung in Österreich ernstlich in Bedrängnis kam. Und was war denn dieser Hafentarbeiterstreik in Triest schon? Ein kleines innerpolitisches oder lokales Ereignis, aber nicht mehr. Wie würde die Situation sein — wir müssen uns doch diese Frage vorlegen —, wenn durch andere Gewalten größere Krisen hervorgerufen würden, die allen zeigen, daß nichts,

was wir heute als selbstverständlich hinnehmen, letzten Endes für alle Zukunft Gültigkeit haben muß. Vergessen wir nicht, daß unsere Generation es war, die auch schon andere Zeiten erleben mußte, deren sichtbarer Ausdruck die Lebensmittelkarten waren. Und dann zu rufen nach einer gesunden und voll produktionsfähigen Landwirtschaft ist leider zu spät. Das muß man vorher tun. Es ist daher aus staatspolitischen Gründen meiner Meinung nach die Erhaltung der agrarischen Substanz in einer gewissen Größenordnung notwendig und liegt darin auch die Begründung für alle Maßnahmen, die nicht nur augenblicklich, sondern auch für die Zukunft der Landwirtschaft von Bedeutung sind. In allen modernen Industriestaaten wird dies anerkannt, daß eine enge Verbindung besteht zwischen der Agrarpolitik und den Interessen der übrigen Wirtschaft. Es wird anerkannt, daß die Agrarpolitik nicht mehr allein nur unter Berücksichtigung landwirtschaftlicher Interessen erfolgreich gestaltet werden kann, sondern es wird anerkannt, daß ein Zusammenhang besteht, insbesondere auch im Zusammenhang auf die Auswirkungen der Lohnpolitik, die ja von der Höhe der Lebensmittelpreise beeinflusst wird.

Meine Damen und Herren, diese unsere Landwirtschaft verdient aber auch Verständnis, hat sie doch bisher ihre ureigenste Aufgabe, die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung und die Rohstoffversorgung großer Teile der Wirtschaft zu sichern, in hervorragender Weise erfüllt. Rund 82% des Kalorienwertes der Ernährung der österreichischen Bevölkerung werden von der österreichischen Landwirtschaft erzeugt. Darüber hinaus gehen bedeutende Mengen österreichischer Agrarprodukte in den Export. Der jährliche Wert dieser Exporterlöse liegt bei 1,5 Milliarden Schilling. Diese Exporterlöse bringen uns wertvolle Devisen. Aufgabe unserer gesamten Wirtschaftspolitik muß es daher sein, diese Exporte nicht nur zu fördern, sondern ihnen auch keine Schwierigkeiten entgegenzusetzen und darüber hinaus neue Möglichkeiten für den Export agrarischer Produkte zu suchen. Aber auch als gewerblich-industrieller Konsument ist der Bauer ein Faktor in der Volkswirtschaft, der nicht wegzudenken ist. Nach der Statistik hat allein im Jahre 1962 der Wert der Güter aus Gewerbe und Industrie, die in der Landwirtschaft verbraucht wurden, 18 Milliarden Schilling betragen. Denken wir doch darüber nach, meine Damen und Herren, wie viele tausende Arbeiter dadurch nicht nur den Arbeitsplatz gesichert erhalten, sondern auch Brot und Verdienst für sich und ihre Familie haben. Die Frage der Vollbeschäftigung in Österreich ist von der Frage einer gesunden kaufkräftigen Landwirtschaft meiner Meinung nach nicht zu trennen.

Der Wille, den veränderten Gegebenheiten sich anzupassen, ist bei unseren Bauern vorhanden. Dies zeigt sich wie gesagt in der gewaltigen Steigerung der agrarischen Produktion, zeigt sich in dem Streben nach Spezialisierung und Produktionsumstellung, zeigt sich in der Anpassung an den modernen Markt und zeigt sich nicht zuletzt durch die Technisierung und Mechanisierung der Betriebe und vieles mehr, zeigt sich aber vor allem in dem gewaltigen Bildungsdrang unserer bäuerlichen Jugend.

Das, mit einem Wort gesagt, was im bäuerlichen Möglichkeitsbereich in dieser Richtung liegt, ist zum Teil geschehen bzw. geschieht laufend, was aber darüber hinausgeht über den Möglichkeitsbereich des bäuerlichen Menschen, ist Sache der Allgemeinheit. Das haben die Bundes- und Landesmittel, die erfreulicherweise in unserem Budget mit 121 Millionen Schilling den Erfordernissen weitestgehend Rechnung tragen, das hat der Grüne Plan und haben verschiedene andere Quellen zu erfüllen. Es haben mit einem Wort im Interesse unserer ganzen Bevölkerung diese Quellen eine positive Entwicklung der Landwirtschaft zu fördern. Wir wissen, das Bruttonationalprodukt ist ständig im Steigen. Nach Meinung der Fachleute wird es sich in den nächsten 20 Jahren verdoppeln. Wir haben daraus von seiten der Landwirtschaft die Erkenntnis zu ziehen, daß die Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist. Die Konsumfreudigkeit wird größer werden, und die daraus sich ergebenden Chancen für eine spezialisierte Landwirtschaft werden und sind wahrzunehmen. Aber es ist dem einzelnen Bauern allein nicht möglich, einen Umstellungsprozeß, der einst Jahrhunderte benötigte, im Verlaufe von 1 bis 2 Jahrzehnten zu verkraften. Denken Sie doch, meine sehr verehrten Damen und Herren, allein das Beispiel der Technik. Jahrhunderte hindurch waren der hölzerne Pflug und die Egge, die Sichel und die Sense im großen und ganzen das einzige Arbeitsgerät des Bauern für seinen Acker, Jahrhunderte hindurch, und wie vieles hat sich allein im letzten Jahrzehnt auf diesem Sektor getan. Sie mögen aus diesem Beispiel ersehen, wie gewaltig der Umwälzungsprozeß und der Umstellungsprozeß, der einst Jahrhunderte dauerte, heute in ein, zwei Jahrzehnten über die österreichische Landwirtschaft, über den österreichischen Bauern ergeht und es ihm unmöglich ist, dies allein zu verkraften. Hier hat im Solidaritätsprinzip die Allgemeinheit ihren Teil zu leisten. (Landeshauptmann Krai-ner: „Sehr richtig!“) Wenn wir heute über Bund und Land und Kammern Meliorationen fördern, Wege bauen, Schulen errichten und auf welche Art immer die Landwirtschaft fördern, möge dies nur in einer Sicht gesehen werden, nämlich der Entwicklung nicht nur der Bauern, sondern unserer Heimat zu dienen. Denn was in unsere Schulen investiert wird, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist wohl der wichtigste Bestandteil, daß nicht nur die agrarische Produktion, sondern auch der Geist gehoben und veredelt wird. Ich glaube mit Überzeugung sagen zu können, daß in der kommenden Großraumwirtschaft Europas, in die unsere Eingliederung eine Lebensfrage für die Landwirtschaft ist, viel weniger der hektarmäßige als der geistige Kleinbetrieb das Problem sein wird.

Meine Damen und Herren! Abschließend darf gesagt werden: Wir sind überzeugt, die Zukunft gehört dem leistungsstarken, wettbewerbsfähigen Familienbetrieb. Sie gehört dem vielseitig gebildeten freien Bauern in einer neuen sozialen Struktur. Der österreichische Bauer wird mit den Anforderungen, die die Industriegesellschaft an ihn stellt, fertig werden, wenn man ihm Verständnis für die besondere Situation und seine Probleme entgegenbringt, mit einem Wort, eine echte agrarische Gesinnung die-

ses österreichische Volk trägt — erfreulicherweise, das möchte ich einwenden, bemüht sich seit langem ein Teil unserer Presse ernstlich und unermüdet in dieser Richtung — eine agrarische Gesinnung diese österreichische Bevölkerung trägt, die nicht identisch ist mit jenen Karikaturen und Feststellungen, die den Bauern als unersättlichen pragmatisierten Stützungsempfänger des Staates hinstellen, sondern jene agrarische Gesinnung, meine sehr verehrten Damen und Herren, die der Lyriker Hermann Claudius mit den folgenden Worten meint: „Immer, wenn ich einen Bauern den Acker furchen sehe, denke ich, solches müßten wir alle tun, wir alle zehren von seinem Fleiß, wie am Waldesrand die Rehe.“ (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Buchberger das Wort.

Abg. **Buchberger:** Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Vorredner, der Herr Abgeordnete Koller, hat sehr ausführlich das Kapitel der österreichischen Landwirtschaft gestreift und definiert. Gestatten Sie mir nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß ich aus diesem Komplex einige Abschnitte herausnehme, und zwar a) Schäden höherer Gewalt und b) land- und forstwirtschaftliche Fachschulen. Vieles auf dieser Welt von Menschengestalt und Menschenhand Gebautes wird nicht nur wieder vom Menschen selbst zerstört, sondern wir müssen immer wieder die Feststellung machen, daß entfesselte Naturgewalten Menschenwerke und Menschenleben aus ihrem friedlichen Alltag reißen und schonungslos hinwegfegen. Aus allen Kontinenten und Ländern erfahren wir immer wieder solche Hiobsbotschaften. Auch unsere Steiermark ist im laufenden Jahr von solchen Katastrophen nicht verschont geblieben. Es kann nicht übersehen werden, daß durch die abnormale Witterung 1443 Schäden durch Erdstöße auf ebenso vielen Besitzungen hervorgerufen sind. Noch höher liegen die Schäden durch Schneedruck. Ganze Waldparzellen und Waldstreifen sind vor allem im südlichen Teil unseres Landes dem Schneedruck und der Last des Schnees zum Opfer gefallen. Im nördlichen Teil des Bezirkes Weiz riß eine Lawine ein bäuerliches Anwesen mit ins Tal. Zwei Menschen fanden hiebei den Tod. Nicht zu übersehen aber sind auch die am 23. Juni über den Bezirk Weiz — am ärgsten betroffen war das obere Feistritztal — und am 28. August über den Bezirk Radkersburg niedergegangenen Unwetter. Nach vorsichtigen Schätzungen entstanden in diesen Gebieten Schäden von mindestens 13,5 Millionen Schilling. Zur teilweisen Behebung werden an die Geschädigten des Bezirkes Weiz ca. 2 Millionen Schilling und an die Geschädigten des Bezirkes Radkersburg 750.000 S im kommenden Jahr zur Verteilung gelangen. Wer vor allem aber das Wüten des Hochwassers im Feistritztal miterlebt hat, unser Landeshauptmann war ja selbst an der Spitze mit dabei und hat gesehen, wie groß hier das Unwetter gewütet hat, der weiß, daß durch verschiedene finanzielle Zuschüsse all diese Schäden nicht wieder gutgemacht werden können. Es wird in diesem Gebiet notwendig sein, entsprechende vorbeugende Maßnahmen zu treffen, vor

allem, daß man unter Umständen Flußbettvertiefungen durchführt, daß man entsprechende Uferverbauungen ausführt und vor allem, wenn es notwendig ist, unter Umständen entsprechende Flußbegradiungen durchführt. In diesem Falle müßte vor allem das Motto gelten, daß vorbeugen besser ist als später einmal heilen zu müssen.

Und nun vielleicht kurz einiges zum Kapitel land- und forstwirtschaftliche Fachschulen. Der Herr Abgeordnete Koller hat bereits verschiedenes herausgestrichen in seiner Rede und auch darauf hingewiesen, daß vor allem die Weiterbildung der Jugend für die künftige Existenz- und Konkurrenzfähigkeit des österreichischen Bauernstandes im Vergleich zur europäischen sehr stark ausgebauten Landwirtschaft notwendig sein wird. Ich darf hier etwas zurückgreifen. Es ist allseits bekannt, daß der landwirtschaftliche Bevölkerungsanteil in Österreich derzeit auf 16,4% gesunken ist. Im Jahre 1951 war dieser Prozentsatz noch bei 22%. In Steiermark liegt dieser Prozentsatz bei 23% im Vergleich zum Jahr 1951, wo dieser noch 30% ausgemacht hat. Damit ist aber der voraussichtliche Tiefstand noch nicht erreicht. Die Abwanderung von der Landarbeit hält weiter an. Täglich verlassen noch ca. 50 Personen, ob familienfremde oder familieneigene, die Bauernhöfe. Trotz dieser sehr schwerwiegenden Umstände war es in den letzten Jahren möglich, die Produktion der Landwirtschaft enorm zu steigern. Im Jahre 1939 wurde in Österreich der Nahrungsmittelbedarf der Bevölkerung, in Kalorien gerechnet, zu 74%, in den Jahren 1955 bis 1959 zu 78% und im Jahre 1962 bereits zu 82% gedeckt. Und das, trotzdem die Landwirtschaft jährlich eine Fläche von ca. 5000 ha verliert. Unbestritten ist die technische Entwicklung dem Bauern bei der Arbeit sehr zuzustatten gekommen und hat die in der Landwirtschaft Verbliebenen wenigstens zum Teil entlastet. Der entscheidendste und fundamentalste Faktor dieser Produktionssteigerung liegt aber meiner Meinung nach in der noch immer zunehmenden Lern- und Bildungsfreudigkeit des bäuerlichen Berufsstandes einerseits und dem Weitblick der führenden Männer unseres Landes andererseits durch Schaffung landwirtschaftlicher Schulen. Im Namen der jungen Bauerngeneration darf ich bei diesem Anlasse der Steiermärkischen Landesregierung und vor allem dem Referenten, Herrn Landesrat Prirsch, für ihren Weitblick und ihre Aufgeschlossenheit der Jugend gegenüber herzlich Dank sagen.

Ich möchte hier die Gelegenheit nicht verabsäumen, um den Allmächtigen zu bitten, daß er unserem Landesrat Prirsch nach Möglichkeit in nächster Zeit schon wieder die Kraft gibt, sein begonnenes Werk auch noch einige Jahrzehnte weiterbauen und fortsetzen zu können. (Beifall.)

Im Lande Steiermark, in dem ein Hofrat Steinberger den Grundstein zur fachlichen Berufsausbildung und Fortbildung legte, stehen der bäuerlichen Jugend beiderlei Geschlechtes 8 landwirtschaftliche Fachschulen zur Verfügung. Wenn man nun Einblick in eine dieser Bildungsstätten nimmt, kann man feststellen, daß trotz Einführung von Parallellehrgängen in der Bundessportschule Schielleiten oder in Grottenhof-Hardt die Frequenz vollausgenutzt ist. Es können bei weitem nicht alle Auf-

nahmsgesuche positiv erledigt werden. Im Schuljahr 1962/63 haben in der Steiermark 533 Burschen und 167 Mädchen eine dieser Fachschulen besucht. Die Absolventen von St. Martin und der bäuerlichen Berufsschulen sind hier nicht mit inbegriffen. Sehr ausgelastet sind vor allem die Maschinen-Lehrwerkstätten in Alt-Grottenhof und Hätzendorf. Im Jahre 1962 absolvierten 672 Teilnehmer diese Anstalten. Und gerade auch auf diesem Gebiet haben wir eine gewaltige Steigerung zu verzeichnen. Wenn heuer oder im abgelaufenen Jahr 672 Teilnehmer solche Kurse besuchten, so waren es im Jahre 1953 nur 95. Also wir können hier eine siebenfache Erhöhung feststellen. Es scheint, wenn wir nun die starke Frequenz in den landwirtschaftlichen Schulen aufgezeigt haben, für unbedingt notwendig und mehr als berechtigt, daß man mit voller Intensität den Ausbau der Internatsschulen und der Wirtschaftsgebäude der Schulen vorantreibt. Es kann aber auch mit Genugtuung registriert werden, daß im heurigen Voranschlag 1964 11.117.300 Schilling für Zwecke der landwirtschaftlichen Fachschulen veranschlagt sind. Diese Post wurde im Vergleich zu 1963 erfreulicherweise um 682.800 Schilling erhöht. Um aber allen, die den Willen und den Wunsch und vor allem die Voraussetzung haben, eine landwirtschaftliche Schule zu besuchen, dies auch zu ermöglichen, ist es auch in der kommenden Zeit notwendig, hier unterstützend durch Lernbeihilfen usw. den Schülern unter die Arme zu greifen. Wir können erfreulicherweise die Feststellung machen, daß für das abgelaufene Jahr von seiten des Landes für solche Zwecke eine halbe Million — genau 450.000 — Schilling zur Verfügung gestellt worden waren. Wir können heuer, also für das kommende Jahr, mit Freude feststellen, daß diese Post um weitere 50.000 Schilling erhöht werden konnte. Es muß ja unsere Aufgabe sein, daß wir nicht nur die Absolventen der Landwirtschaftsschulen und der Fachschulen, der bäuerlichen Berufsschulen oder die Besucher von St. Martin mit Stipendien bedenken, sondern daß wir auch erhöhtes Augenmerk darauf lenken, daß wir den Minderbemittelten auch die Möglichkeit geben, eine höhere landwirtschaftliche Lehranstalt zu besuchen. Gerade für die zukünftige Existenz unseres Bauernstandes wird es notwendig sein, daß wir nicht nur vollkommen ausgebildete Bauern, sondern auch tüchtige Ingenieure und Beratungskräfte für die Landwirtschaft zur Verfügung haben. Wir beneiden immer wieder andere Wirtschaftsgruppen und Kreise, die sich etwas schneller und rascher entwickelt haben im Verhältnis zur Landwirtschaft. Das ist vor allem dem zuzuschreiben, weil sie einen weit größeren Stab von Ingenieuren und Beratern zur Seite haben. Also es muß unser ganzes Augenmerk in Hinkunft auch dieser Frage gewidmet werden.

Wenn ich nun hier weiterfahre, so weist auch der ao. Voranschlag namhafte Beträge auf, die allerdings zum Teil unbedeckt sind.

Abschließend zum Abschnitt „Land- und forstwirtschaftliche Fachschulen“ kann gesagt werden, daß noch in keinem Jahrzehnt unserer Geschichte soviel für die Aus- und Weiterbildung unserer Jugend getan wurde und ich darf bitten, das auch in Zukunft zu tun und dieser Frage besonderes Augen-

merk zuzuwenden. Wenn auch nicht unserer gesamten Jugend wegen Unabkömmlichkeit vom Hof der Besuch einer solchen Schule möglich ist, so steht für diese auch eine Reihe außerschulischer Bildungsmöglichkeiten zur Verfügung. Ich denke an die Ausbildungsstelle der Kammer für Land- und Forstwirtschaft, an den sogenannten zweiten Bildungsweg, der zwar im Gesetz nicht fundiert, aber in der land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildungsordnung enthalten ist. Auch ihm wird seitens der Jugend großes Interesse entgegengebracht. In den laufenden Jahren haben 175 Männer oder Burschen und 123 Mädchen die Meisterprüfung der ländlichen Hauswirtschaft oder den Meisterbrief der Landwirtschaft mit Erfolg abgelegt. Dies setzt natürlich, um dieses Ziel zu erreichen, die entsprechende Fachausbildung und vor allem auch den Besuch einer Fachschule voraus.

Ganz besonders hervorheben aber möchte ich auch jene Bildungseinrichtung der Steiermark, die seit ihrem Bestand eine überaus positive Bewährungsprobe abgelegt hat, nämlich den Bund steirischer Landjugend. Eine Organisation, die durch ihre außerschulische Tätigkeit in Form von Wettbewerben und Berufswettkämpfen nicht nur zum Besuch einer Fachschule angeregt hat, sondern in ihrer selbstlosen Tätigkeit auch entscheidend an der Hebung des Selbstbewußtseins der jungen Bauergeneration beigetragen hat. Wenn ich nun abschließend, meine sehr verehrten Damen und Herren, noch folgendes sagen darf: Wenn es gelingt, sämtliche Bildungs- und Schulungsfaktoren bäuerlichen Charakters entsprechend zu koordinieren, dann wird auch bei uns in Österreich und vor allem in der Steiermark der Grundsatz wahr werden, daß jeder Steuergroschen und jeder Schilling am besten in der Weiterbildung der Jugend angelegt ist. (Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Pittermann das Wort.

**Abg. Dr. Pittermann:** Hohes Haus! Noch immer stellt die Viehwirtschaft in unserem Lande die Haupteinnahmequelle speziell unserer Klein- und Mittelbetriebe dar — große haben wir ja nicht in dem Ausmaße, als man da und dort meint — noch immer ist die Viehwirtschaft die Haupteinnahmequelle. Und die Fälle, in denen einzelne Betriebe auf den sogenannten viehlosen Betrieb übergehen, sind bei uns noch in verschwindender Anzahl festzustellen, im Gegensatz zum Beispiel zu Oberösterreich, wo diese Erscheinung ein besorgniserregendes Ausmaß anzunehmen droht, ein Hinweis auf den Leutemangel, der eben diese Betriebe zur Einstellung dieses Betriebszweiges in der Landwirtschaft zwingt. Aber bei uns ist die Viehwirtschaft noch immer die Haupteinnahmequelle, und hier heißt es vor allem, Hohes Haus, nicht nur aufzuziehen, sondern zu züchten, um auch der Hauptforderung unserer Zeit, nämlich ein Qualitätsprodukt zu erzeugen, zu genügen. Ich muß besonders darauf hinweisen, um einer oft irrigen Meinung speziell von städtischen Kreisen entgegenzutreten, daß der steirische Viehbestand immerhin einen Wert von zweieinhalb Milliarden Schilling repräsentiert

und der Produktionswert dieses Rinderbestandes die runde Summe von 2,1 Milliarden Schilling, das ist mehr als die Fahrzeugindustrie in diesem Lande, die Papierindustrie und die Lebensmittelindustrie. Aber diese Qualität, die also erzeugt werden muß und die auch vom Käufer immer mehr und mehr gefordert wird, erfordert eine Auslese, erfordert eine Zucht, so daß also züchten nicht nur aufziehen, sondern Auslese nach bestimmten Richtungen hin umfaßt. Und es ist nur selbstverständlich, daß die öffentliche Hand für dieses Bestreben der Landwirtschaft, Qualitätsprodukte nach jeder Richtung hin, vor allem auch gesunde Rinder, zu züchten, Verständnis aufweist und diese Bestrebung unterstützt. Es mag vielleicht auch paradox erscheinen, daß man bei dieser Post, die der Voranschlag für die Tierzuchtförderung vorsieht, eine weitere Post findet, die dem Rinderabsatz, also der Absatzförderung gewidmet ist, weil man vielleicht der Meinung sein kann, nun, wir können erzeugen, wir können verkaufen, und man nimmt uns die Ware auch immer ab. Nun vergessen diese Kreise, daß die Käufer, die ausländischen Käufer unserer Qualitätsware, unseres Viehs ja auch unter denselben landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen leiden und dieselben agrarpolitischen Maßnahmen treffen müssen als wir, so daß eben der Export, der sich immer mehr und mehr als ein lebenswichtiger Faktor unserer steirischen Bauernschaft und der österreichischen Bauernschaft schlechthin erweist, sich oft als sehr problematisch erweist, so daß es notwendig ist, daß auch hier die öffentliche Hand dann einspringt, wenn Absatzschwierigkeiten entstehen. Und solche hatten wir im vergangenen Jahr gleich zwei. Es mußte einmal die Landesregierung mit einem Betrag von 800.000 S und dann wieder mit einem Betrag von 500.000 S einspringen, zum erstenmal, als ab Mitte Oktober das Einstellvieh, also das gealpte Jungvieh, weder im Inland noch im Ausland unterzubringen war, weil in Italien eine Überproduktion war, weil es auf der anderen Seite auch übermäßige Futterqualitäten erzeugte, so daß also die Tatsache, daß dieses Vieh weder im Inland noch im Ausland unterzubringen war, die Möglichkeit in sich barg zu einem völligen Verfall des Viehpreises. Und es mußte daran geschritten werden, eine Lebendbevorratung einzurichten auf die einfachste Art und Weise, daß man jedem Bauern, der sich verpflichtet hat, einen Ochsen zum Beispiel mindestens 4 Monate lang, längstens jedoch 10 Monate zu mästen, einen Betrag von 500 S zur Verfügung stellte. Damit hat man die Exportschwierigkeiten in gewissem Maße beseitigt, auf der anderen Seite aber auch zur Veredelung des Grundnahrungsmittels, des Fleisches, beigetragen. Auf diese Weise wurden rund 660 Einstellochsen zusätzlich, und um das geht es ja immer, aus den Märkten genommen. Und diese Entlastung war damals zu der Zeit wirklich die einzig wirksame Art, diese sogenannten Einsteller aus den Produktionsgebieten in den Marktgebieten unterzubringen. Und gleichzeitig wurde also, wie schon gesagt, eine Lebensmittelbevorratung angestellt, um dadurch dem Markt, also dem Konsumenten wieder, eine ganz erstklassige Mastware zur Verfügung zu stellen. Aber noch eine andere Gelegenheit hat sich als notwendig erwiesen, um

hier absatzfördernd einzugreifen. Auch das Klima spielt eine große Rolle. So hat zum Beispiel der strenge Winter 1962/63, den wir ja noch in guter Erinnerung haben, dazu geführt, daß in Extremlagen unserer Bergbauernschaft Schwierigkeiten aufgetreten sind, die Rinder überhaupt durchzuhungern, ich sage durchzuhungern geschweige denn durchzufüttern. Man sieht also, Hohes Haus, welch immense difizile Faktoren bei diesen landwirtschaftlichen Produktionszweigen oft mitspielen. Die hohe Schneelage hatte zur Folge, daß der Händler weder hinauf noch der Besitzer hinunter von den entlegenen Berghöfen der Kor- und Stubalpe das Vieh zur Schlachtstätte bringen konnte. Es mußte daher ein Ausweg geschaffen werden, dieses Vieh den Bauern abzunehmen, bevor es in den eingeschneiten Berghöfen verhungerte. Und die Landesregierung ist hier über Antrag der Landwirtschaftskammer mit einem Betrag von 300.000 S für diese, wie wir sie genannt haben, „Entrümpelungsaktion“ eingetreten, und sie würde von den Bauern der Bezirke Deutschlandsberg, Weiz, Murau, Hartberg, Voitsberg und Judenburg sehr begrüßt, weil sie doch in den dringenden Fällen zu einer Art von Entlastung geführt hat. So sehen wir, daß diese Beträge für die Tierzuchtförderung schon eine sinngemäße Anwendung finden und unbedingt notwendig sind und daß sie entsprechend den Schwierigkeiten in der Zukunft auch eine Aufstockung erfahren müssen. Aber, Hohes Haus, was nützt es, Vieh aufzuziehen, wenn man nicht gleichzeitig auch gesundes Vieh aufzieht. Und damit bin ich bei einem anderen Kapitel angelangt, das momentan bei uns in Österreich durchgezogen wird und das die Sanierung, kurz gesagt, also die Entfernung kranker Tiere aus den bäuerlichen Betrieben in großem Maßstabe vorsieht. Es sind in ganz Österreich entsprechend dem Beispiel und den Notwendigkeiten nicht nur im Hinblick auf die Gesundheit des eigenen Volkes, sondern auch auf die Notwendigkeit, die unsere Käufer hinsichtlich des gesunden Viehs an uns stellen, die Rinderbestände auf Tuberkulose und auf Abortus-Bang, das ist jene Krankheit, die das seuchenhafte Verwerfen bei den Rindern hervorruft, untersucht worden.

Aber dies, Hohes Haus, geschieht nicht nur der Rinder wegen oder nur, wie ich schon erwähnte, um im Export bestehen zu können, sondern diese Sanierung der Rinderbestände steht in ursächlichem Zusammenhang mit der Gesundheit des eigenen Volkes. Und was wir hier versäumen, könnte sich auf der anderen Seite gesundheitsschädlich für den Menschen selbst auswirken. Gesundes Fleisch, gesunde Milch werden selbstverständlich die schädlichen Umweltfaktoren, die auf den Menschen überall einwirken, auf ein Minimum herabdrücken. Es ist also notwendig, diese beiden Tierseuchen, die zugleich auch menschliche Seuchen sind, also auf den Menschen übertragbar wären, auszumerzen. Besonders der Abortus Bang, das seuchenhafte Verwerfen, ist für den Menschen, das möchte ich ausdrücklich hier erwähnen, von größerer Gefährlichkeit als die Tuberkulose, die heute immerhin vom medizinischen Standpunkt aus mehr oder weniger geheilt werden kann, während gegen das seuchenhafte Verwerfen, den Bazillus Bang, für den auch

der Mensch empfindlich ist, kein Kräutzel gewachsen ist und diese Krankheit sich äußerst unangenehm äußert und unter Umständen letal ausgeht. Es ist also die dringendste Sanierung unserer Rinderbestände unbedingt notwendig.

Nun lassen Sie mich ein paar Bemerkungen über die Tuberkulosebekämpfung in der Steiermark sagen. Wir haben schon beachtliche Erfolge aufzuweisen. Es sind z. B. die Bezirke Liezen, Murau, Judenburg, Knittelfeld, Leoben, Bruck, Mürzzuschlag, Voitsberg, Deutschlandsberg, Frohnleiten, Weiz und Hartberg bereits tuberkulosefrei. Diese Rinderbestände haben alle das entsprechende Zertifikat, daß sie frei von Tuberkulose sind. Heuer wird die Tuberkulose-Aktion in Feldbach und Fürstenfeld zu Ende geführt, und zwar das zweite Feststellungsverfahren. Das ist jene Untersuchung, die innerhalb eines Jahres zweimal durchgeführt wird. Und wenn diese zweite Untersuchung ergibt, daß der Viehbestand seuchenfrei ist, dann ist die Sanierung beendet. Und das wird heuer, wie gesagt, für Feldbach und Fürstenfeld durchgeführt. Bezirke, in denen die Tuberkulosebekämpfung noch fortgesetzt werden muß, sind die Bezirke Leibnitz und Radkersburg. Diese sind in dieser Aktion in die Planung eingeschlossen worden. Es hat sich gezeigt, daß die Durchführung der Bang-Untersuchung, für die beide Bezirke in Frage kommen, und die Tuberkulose-Untersuchung aus Zweckmäßigkeits- und Ersparungsgründen womöglich gleichzeitig gemacht werden sollten, daß aber dazu das Geld nicht vorhanden ist. Und zwar muß ich hier mit Bedauern feststellen, durch Versäumnis oder durch Schuld des Landes. Ich muß darauf hinweisen, daß hier die anderen Bundesländer uns in dieser Hinsicht etwas voraus sind. Die Bekämpfung der Tuberkulose ist eine Förderungsangelegenheit und wird über die Landes-Landwirtschaftskammer in Zusammenarbeit mit der Landes-Veterinär-Direktion durchgeführt. Vom Bund werden daher nicht die Gelder des Bundeshaushaltes, sondern die Gelder des grünen Planes dafür zur Verfügung gestellt. Von diesem grünen Plan erhält ganz Österreich 50 Millionen Schilling, eine Kürzung gegenüber dem Vorjahr, die sich natürlich auch auf unser Land auswirkt. Bei der Gelegenheit möchte ich gleich auf die Diskrepanz hinweisen, daß also die Landesmittel nicht in jenem Ausmaß gestiegen sind wie dies für die raschere Durchführung dieser Aktionen notwendig wäre. Und wir müssen uns entschließen, mit dieser Aktion so rasch als möglich fertig zu werden. Vom Jahre 1950 bis zum Jahre 1964 hat das Land für diese Aktion 11½ Millionen Schilling ausgegeben, während die Bundesmittel nahezu 50 Millionen Schilling betragen. Es handelt sich nun darum — ich möchte das mit Nachdruck feststellen —, daß für den Bezirk Radkersburg jener Betrag auch vom Land bewilligt wird, der in den anderen Bezirken für die Flachlandbauern, als Entschädigung analog den Bergbauern gegeben wurde, nämlich 300 Schilling, die uns im Bezirk Radkersburg mangels nicht genügend bereitgestellter Mittel abgehen. Ich muß bei der Gelegenheit mit Nachdruck bitten, hier die gleichzeitige Durchführung der Tbc-Bekämpfungsaktion in Radkersburg zusammen mit der ja möglichen Blutuntersuchung auf Bazillus Bang durch

nachträgliche Gewährung von Landesmitteln sicherzustellen.

Wenn wir gestern überplanmäßig 42 Millionen Schilling beschließen konnten, dann wird es auch möglich sein, für diesen Bezirk Radkersburg — der nun, weil er ausgeklammert wird, einen weißen Fleck auf der Bekämpfungs-Landkarte südlich von Graz darstellt —, für die Bekämpfung der Tuberkulose und des Bazillus Bang diese Rate zur Sanierung der Rinderbestände aufzubringen.

Ich habe gesagt, daß die anderen Bundesländer mehr ausgegeben. Es soll das keine Pression sein, sondern nur ein Hinweis. Tirol gibt jährlich 2,8 Millionen Schilling für die Tuberkulosebekämpfung aus Landesmitteln dazu. Bitte, ich will so ehrlich sein und sagen (Landeshauptmann Krainer: „Die sind ja schon lang tuberkulosefrei!“), daß im Verhältnis zur Größe des Landes Steiermark das sehr viel ist. Oberösterreich ist z. B. gleich groß, was den Rinderbestand anbelangt wie die Steiermark und gibt derzeit 5,3 Millionen Schilling aus. Die Beträge sind von 1961 auf 1963 von 3 Mill. auf 5,3 Mill. Schilling gestiegen. Natürlich hat Oberösterreich seinen Grund, diese Sanierung raschest durchzuführen, weil es auf seinen Absatzmärkten in Ried speziell auf den deutschen Käufer angewiesen ist und dort dem deutschen Käufer natürlich nur gesundes Vieh verkaufen kann. Aber ich glaube, in derselben Lage befinden wir uns. Das steirische Vieh ist, wie seinerzeit das steirische Geflügel, eine gesuchte Marktware, die nach Aussagen der italienischen Händler, mit denen wir ja hauptsächlich Exportgeschäfte tätigen, über der belgischen und über der jugoslawischen Qualität liegt. Das steirische Vieh wird von den Italienern sehr, sehr gerne gekauft. Wir haben also allen Grund, mit allem Nachdruck diese Sanierungsaktionen raschest durchzuführen. Oberösterreich gibt also, wie gesagt, den vierfachen Betrag in einem Jahr aus. Damit wird die Konkurrenzfähigkeit gehoben, auf der anderen Seite wird durch die geringe Beitragsleistung unseres Landes der Volkswirtschaft doch immerhin ein nicht geringer Schaden zugefügt.

Ich muß also nochmals bitten, die Tatsache zu berücksichtigen, daß gerade wegen dieser paar hunderttausend Schilling der Bezirk Radkersburg Gefahr läuft, nicht gleichzeitig mit der Bang-Untersuchung der Tuberkulose-Sanierung anheimzufallen. Und nun ein paar Worte über die Bekämpfung des seuchenhaften Verwerfens, des Abortus-Bang in der Steiermark. Die Bekämpfung ist eine reine Bundesache. Und der Bund trägt alle Spesen mit Ausnahme der Reiserechnungen der Einsatztierärzte, denn die kosten auch Geld, und der technischen Bedarfsartikel. Das Land hat aber auch anerkennenswerterweise, muß ich feststellen, im Vorjahr und auch für heuer zur Förderung dieses Sanierungsbeginns einen Betrag von 500.000 S vorgesehen. Er ist zwar knapp, aber ich muß ehrlich sagen, man kommt mit diesem Betrag aus. Erfaßt sind derzeit rund 50.000 Betriebe mit rund 300.000 Rindern. Und die Gesamtkosten bisher betragen 17,200.000 S. Davon waren über 10 Millionen Schilling Bundesmittel und 900.000 Schilling Landesmittel. Der Rest ist von den Besitzern selbst aufge-

bracht worden. Derzeit sind amtlich bangfrei die Bezirke, die ich vorhin erwähnt habe. Im Jahre 1964 kommen noch Fürstenfeld und Feldbach dazu. Es bleibt also unter der Voraussetzung, daß die Verwaltungsbezirke Leibnitz und Radkersburg beiden Sanierungsmaßnahmen unterzogen werden, dann in der Steiermark nur mehr der Verwaltungsbezirk Graz-Umgebung übrig, so daß wir also mit Recht hoffen können, daß wir im Jahre 1966 zumindest überall im Land das erste Feststellungsverfahren durchgeführt haben und daß damit, was doch wesentlich ist, die Diskriminierung einzelner Bezirke hinsichtlich des Exportes verschwindet. Hohes Haus, Sie ahnen nicht, welche Schwierigkeiten diese nun bestehende Tatsache bedeutet, daß einzelne Bezirke sanierte Bestände haben, auf die der Käufer reflektiert, andere Bezirke, die schon erwähnten, nicht sanierte Bestände. Daß mit dieser Tatsache eine Diskriminierung der betreffenden Bezirke hinsichtlich der Exportmöglichkeit auf der Tagesordnung ist, das werden Sie verstehen. Ich möchte also abschließend auf die Notwendigkeit verweisen, nicht nur der Förderung des Viehbestandes das Augenmerk zuzuwenden, sondern aus der richtigen Erkenntnis heraus auch der möglichst raschen Sanierung und damit Herbeischaffung eines gesunden Rinderbestandes, die im Interesse der Erhaltung unserer eigenen Volksgesundheit liegen und damit auch in bescheidenem Ausmaße zur Entlastung unserer Krankenhäuser beitragen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Edlinger.

**Abg. Edlinger:** Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Gruppe 7 verteilt die Mittel zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft. Zur Verteilung dieser Mittel hat sie ihre Verwaltungen im Lande, aber wohl die größten dieser Förderungsmittel der Gruppe 7 werden der Landesbauernkammer zur Verfügung gestellt, um die Pflichtaufgaben des Landes gegenüber der Land- und Forstwirtschaft zu erfüllen, sei es Tierzucht, Pflanzenbau, Obst- und Weinbau, Gartenbau. Es ist ein Zufall, daß mein Herr Vorredner, der Herr Kollege Dr. Pittermann, sich ganz dasselbe Thema für die heutige Budgetdebatte zurechtgelegt hat aus begreiflichen Gründen, denn wir haben denselben Wahlkreis. Er ist in unserem Wahlkreis und in unserem Bezirk der Veterinär, und ich bin dort der Bauer. Nachdem der Bezirk Leibnitz bei der Bekämpfung der Tbc an letzter Stelle steht, habe ich das eben als Thema für die heutige Budgetdebatte gewählt, um aufzuzeigen, daß gerade der Grenzbezirk Leibnitz und der Grenzbezirk Radkersburg bei der Bekämpfung der Tbc und bei der Bangfreimachung als letzte marschieren. Er hat sogar die gleichen Unterlagen wie ich. Die zuständige Veterinärdirektion hat uns beiden eben, dem einen vielleicht Original und dem andern vielleicht die Abschrift gegeben. (Abg. Dr. Pittermann: „Herr Kollege, das ist nur zur Kontrolle, ob das richtig ist, was ich gesagt habe!“) Aber Sie haben das Glück, daß Sie vor mir zu sprechen gekommen sind. Jetzt haben Sie mir eigentlich das wohl sehr, sehr wichtige

Thema Gesunderhaltung unseres Tierbestandes weggenommen. (Abg. Dr. Pittermann: „Wenn Sie mir das bestätigen, bin ich Ihnen sehr dankbar!“) Ich anerkenne Ihre Worte, Herr Doktor, es ist so, denn wir wissen ganz genau, daß die Hauptmaßnahmen unserer Landwirtschaft in der Viehzucht, außer vielleicht im Wald, bestehen und daß es unsere Hauptaufgabe ist, unseren Viehbestand gesund zu erhalten. Und es ist interessant, daß gerade der steirische Landtag von allen anderen Bundesländern einer der ersten war, der für diese Zwecke Gelder zur Verfügung gestellt hat. Denn bereits im Jahre 1950 wurden die ersten 100.000 S den Veterinärdirektionen zur Verfügung gestellt, die im Einvernehmen mit der Landesbauernkammer diese fürchtbare Krankheit des Tbc-Befalles in den Rinderbeständen generell zu bekämpfen hatten. Es sind wohl schon jetzt 13 Jahre, und es sollte eigentlich angenommen werden, daß man in 13 Jahren doch einmal durchkommt, und immer sind wir noch nicht soweit. Und gerade unser Bezirk, der Grenzbezirk, leidet darunter sehr, daß wir eben noch nicht Tbc- und vor allem bangfreie Rinderbestände haben, weil sich das ja auch im Verkaufspreis auswirkt. Wenn Herr Dr. Pittermann erklärt hat wegen der Exporte, so sind wir förmlich gänzlich ausgeschlossen. Es wird doch kein Ausland hergehen und kranke Rinder oder Fleisch von kranken Rindern einführen. Deswegen sind unsere Viehpreise gerade in unserem Bezirke vom ganzen Land wohl die niedrigsten. Natürlich ist aber auch etwas zu bemerken. Ich habe auch da eine Liste, die haben Sie vielleicht, Herr Doktor, nicht bekommen. (Abg. Dr. Pittermann: „Alles krieg ich sehr pünktlich!“) Vielleicht haben Sie die nicht bekommen. In Feldbach zum Beispiel ist das erste Feststellungsverfahren durchgeführt und das zweite ist jetzt dran. Feldbach, Fürstenfeld und Gleisdorf haben einen Befall der Tbc von drei Prozent, Radkersburg hat zehn Prozent, und jetzt kommt das Bedauerliche, der Bezirk Arnfels, der Bezirk Leibnitz und der Bezirk Wildon haben zwölf Prozent. Ich meine damit, ganz ein erheblicher Prozentsatz unseres Viehbestandes ist mit Tbc befallen. (Abg. Dr. Pittermann: „Das ist richtig!“) Aber ich muß auch etwas sagen, nicht von ungefähr. Wer unseren Bezirk kennt, weiß, daß die Kleinbetriebe — man könnte fast sagen zu 90% — vorherrschen. Und die Stallverhältnisse sind alles eher als schön, nasse, dunkle Stallungen, finstere Löcher, kein Platz. Aber darüber hinaus ist auch vielfach die Futtergrundlage nicht gegeben. (Abg. Dr. Pittermann: „Herr Kollege, entschuldigen Sie, einen Zwischenruf. Da kommt kein Gewerbeinspektor für unsere Werkstätten, wo wir arbeiten müssen!“) Das könnten Sie einmal beantragen, Herr Doktor, das würde uns gar nicht schaden. Die Futtergrundlage ist in der Kleinbetriebsgegend wohl oft sehr mäßig, durch Trockenheit oder wie im vorigen Jahr dadurch, daß wir das Futter überhaupt nicht unter das Dach gebracht haben, weil es so naß war, aber auch die Hagelschläge — auch zum Teil ein Viehüberbestand ist da — haben es dazu gebracht, daß dadurch eben unser Viehbestand vielfach anfälliger ist. Ich weiß nicht, ob es nicht notwendig wäre, daß man, wenn man die Tbc-Bekämpfung durchführt, vielleicht auch

Mittel zur Stallverbesserung bereitstellt, denn es wäre nicht geholfen, wenn man heute soundso viel Millionen aufwenden würde und in einem halben Jahr oder in einem Jahr wären unsere Bestände wieder mit Tbc behaftet.

Die Veterinärdirektion untersteht dem Lande selbst. Wir haben aber auch, wie schon erwähnt, Mittel für die Förderung. Die Förderung wird seit dem Jahr 1945 — früher war es ja anders, früher hat ja das Land selbst diese Abteilungen, wie Obstbau, Weinbau usw., in eigener Verwaltung gehabt — von der Landesbauernkammer durchgeführt. Zahlen will ich hier nicht nennen, Förderungszahlen hat ja jeder in seinen Vorlagen. Ich möchte nur einige Sachen hier erwähnen, die vielleicht von Interesse sind, weil ich selbst im Obst- und Weinbau-Ausschuß sitze in der Kammer und ich mir bei der Sitzung, die in letzter Zeit stattgefunden hat, einige Zahlen notiert habe und ich so dem Hohen Haus berichten kann, denn es wird Sie ja interessieren, wo die Gelder hinkommen und wie die Gelder verwendet werden. So hat z. B. im Obstbau in den letzten zehn Jahren eine ganz wesentliche Änderung, d. h. Verbesserung gegenüber den letzten fünfzig Jahren stattgefunden. Man ist schwer dahinter, daß vor allem die Entrümpelungen durchgeführt werden, daß die Sortenbereinigung durchgeführt wird und daß vor allem neue Anlagen geschaffen werden. Der Obstbau, wie er von früher her bekannt war, den könnte man mit einer Strüesiedlung vielleicht vergleichen, weil dort ein Baum und da ein Baum gestanden ist. Diese Zeiten sind längst vorüber. Denn es heißt ja „Obstgarten“ und auf den Gärten hat man immer vergessen. Man hat immer nur ans Obst gedacht. Jetzt bei den Neuanlagen werden aber nur — ich möchte fast sagen — Plantagen gefördert, vor allem wird die Sortenbereinigung durchgeführt, und im vergangenen Jahr sind 186 ha solcher Neuanlagen entstanden. Ich glaube, das ist eine besondere Leistung nicht nur der Obstbauabteilung, sondern vor allem der Beteiligten, die das gemacht haben. Der Absatz für Obst war im heurigen Jahr, wie wir gehört haben, zufriedenstellend. Wir sind auch froh, daß wir die „Steirerobst“ in Gleisdorf haben. Die haben immerhin 400 Waggon Industrieobst verarbeitet. Das ist ein schönes Quantum und bedeutet eine Entlastung. Etwas bedauerlich ist es, daß wir mit der Preisgestaltung nicht ganz zufrieden sind. Die „Steirerobst“ hat vor allem bei der Herbstkampagne in der Preßzeit weniger bezahlt als die Händler. Das ist der Verwaltung und der Direktion dort sehr übel genommen worden. Und ich glaube, der Zuständige wird sich bemühen müssen, nächstes Jahr mit dem Handel besser zu konkurrieren und nicht zu unterbieten, weil ja dann der Handel auf Grund des Unterangebotes der Genossenschaft den Bauern natürlich auch weniger gibt. (Abg. Pölzl: „Er hat ja mehr bezahlt, der Händler!“) Das ist ja nicht der Zweck einer Genossenschaft, daß sie unterbietet, sondern daß sie mehr bietet, um den Händler nachzuziehen. Ich meine, das ist noch ein kleiner Schönheitsfehler, der behoben werden müßte.

Auch beim Weinbau ist die Umstellung im Gange. Wir in der Steiermark haben noch lange die Stockkultur gepflegt, während in Niederösterreich schon

lange die Hochkultur betrieben wird. Wir sind da hinterher. Aber jetzt stürzt man sich mit allem Tempo auf die Umstellung. 16 Hektar wurden im heurigen Jahr umgestellt auf Hochkultur. Alte Bestände sind weggekommen. An Neuanlagen wurden 56 Hektar geschaffen. Auch die Sortenbereinigung wurde durchgeführt, so daß bei diesen Neuanlagen eine ausgesprochene Qualitätsware zu erhoffen ist. Wie die Herren des Hohen Hauses wissen, haben wir uns beim Weinabsatz seinerzeit schwer bemüht, eine zentrale Kellerei zu schaffen, um die Überschußweine usw. in einer Zentrale aufzufangen. Das hat uns viel Geld gekostet. Vor allem uns Genossenschaftsmitgliedern von der Weinbaugenossenschaft in Ehrenhausen ist die Zentralkellerei noch immer zwei Millionen Schilling schuldig. Wenn wir das Geld hätten, könnten wir unsere Genossenschaft in Ehrenhausen wunderbar ausbauen.

Vom Garten- und Feldgemüsebau sind ebenfalls sehr interessante Zahlen zu erfahren. Der Herr Ing. Schmied von der Gartenbauabteilung hat mir einige Zahlen angegeben: 400 Hektar wurden im heurigen Jahr im Vertragsanbau mit Feldgemüse bebaut. Und zwar war das nicht nur Salat und Bohnen, sondern hauptsächlich Gurken und — ich will nicht gerade sagen, das neue „Luxusgemüse“, sondern die neue Delikatesse — nämlich Speisemais. (Landesrat Wegart: „Den hat der Chruschtschow so gerne!“) In unserer Gegend, wo Mais meist nicht gedeiht, ist der Speisemais zur Konservierung ganz neu und wird gerne gekauft. Vor allem deutsche Firmen interessieren sich sehr für diese Sachen. Das zeugt von Wohlstand, denn mit Mais haben wir früher was anderes gefüttert. Jedenfalls sind die Hektar-Ertragsdurchschnitte für diesen Feldgemüsebau immerhin 45.000 Schilling.

Notwendig brauchen wir Spezialmaschinen, vor allem für die Samengewinnung. Viele Gemüsesamen, die bei uns reif werden, braucht Deutschland, aber es fehlt an Maschinen. Vielfach fehlen auch Anlagen für die Wasserversorgung. Die Gartenbauabteilung hat im Sinn, im Jahre 1964 bei der Wiener Internationalen Gartenbauausstellung ebenfalls auszustellen und die Gartenbauabteilung hat gesagt, sie bräuchte dazu 100.000 Schilling. 100.000 Schilling kostet die Beteiligung, und er weiß nicht, wo er das Geld hernehmen soll. Vielleicht könnte man doch, wenn der Antrag von ihm dann kommt, die 100.000 Schilling von irgendeinem Konto zur Verfügung stellen, denn es soll ja die internationale Gartenbauausstellung eine Werbeausstellung vor allem auch für uns Steirer sein, denn es ist ja gesagt worden, besonders die deutschen Firmen sind mit den steirischen Produkten sehr zufrieden, und wir könnten so die Rohstoffquelle für bestimmte Lebensmittel werden, was für uns natürlich einnahmefähig sehr gut wäre. Für die Gartenbauförderung wären natürlich sehr notwendig Heizanlagen und Kühlanlagen; aus dem AIK-Kredit haben die Gärtner 5,2 Millionen Schilling in Anspruch genommen für Gewächshausbauten, Heizanlagen, und vor allem für 11.000 m<sup>2</sup> Glas. Das wäre vom Feld- und Gemüsebau zu sagen.

Zur Absatzförderung haben sich im Grenzland 2 Betriebe für Gemüsekonservierung niedergelas-

sen. Beide Unternehmungen haben bei der Steiermärkischen Landesregierung um einen verbilligten Millionenkredit angesucht.

Dem Betrieb in Ehrenhausen hat man den Kredit verwehrt und mußte die kleine Gemeinde Ehrenhausen für das von der Firma aufgenommene Darlehen von 1 Million Schilling gutstehen, um die Weiterführung des Betriebes sowie die Erhaltung der dortigen Arbeitsplätze zu ermöglichen. Also, dieser Betrieb hat die Million nicht bekommen, während der andere sie bekommen hat. (Landeshauptmann Krainer: „Weil er selbst auch etwas gehabt hat.“) Nachdem heuer so viele Gurken waren, wurde von dem Betrieb mit Landesförderung nur das Beste vom Besten genommen und dafür weniger bezahlt als allen anderen und auch die Zahlungsmodalitäten nicht eingehalten. Zum Schluß hat er überhaupt nichts mehr genommen. Warum? Weil im Burgenland drüben noch eine größere Gurkenmisere war, und dort hat er sie förmlich geschenkt bekommen. Jetzt hat er natürlich unsere Kleinbesitzer hängen lassen mit den Gurken und sie ihnen nicht abgenommen. Kraut: 40 bis 50 Groschen, ein Kilo Sauerkraut kostet 6 Schilling. Aber noch viel ärger ist vielleicht das: Die Gurken werden in Kilodosen gegeben. Eine Kilopackung von den heimischen kostet 13 Schilling pro Dose, während die aus Niederösterreich eingeführten nur 9 Schilling kosten und abgegeben werden. Also, der eine, der es weit herführen muß, der verlangt für das Kilo 9 Schilling und der andere, der Hiesige, der Bodenständige, der uns für die Gurken fast nichts zahlt, der verlangt 13 Schilling für das Kilo. Ich glaube, das ist wohl eine Diskrepanz, die wirklich wert ist, daß man sie aufzeigt. Denn das betrifft nicht nur den Bauern, der die Gurken liefert und hierfür fast nichts bekommt, sondern es betrifft auch jeden Konsumenten, welcher zuviel bezahlen muß. Ich glaube, das wäre wirklich zu untersuchen, und das wäre wirklich anzukreiden, denn so etwas, glaube ich, das ist nicht der Zweck der Förderung, daß man auf der einen Seite den Bauern nichts gibt und auf der anderen Seite der Konsument aber zuviel bezahlen muß.

Eine Post, die vom Herrn Generalberichterstatter in seinem Bericht erwähnt wurde, die ganz neu und erstmalig im heurigen Voranschlag aufscheint, ist „Anteile für Beteiligung an der Bodenbank“. Es wird sich natürlich mancher fragen, was soll das bedeuten? Und interessanterweise, ich war einmal bei einer Agrarkonferenz und da haben wir debattiert über die Bodenreform, und da ist zufällig das Wort „Bodenbank“ gefallen. Das war das erstemal, daß ich über Bodenbank etwas gehört habe. Das zweitemal habe ich das Wort gehört bei einer Vollversammlung der Landesbauernkammer vom zuständigen Herrn Direktor Hofrat Holzinger. Herr Hofrat Holzinger hat damals erklärt, wofür die Bodenbank eigentlich geplant ist. Diese Bodenbank soll den Zweck haben, daß alle auslaufenden Betriebe durch die Bodenbank erfaßt und weiter verteilt werden sollen. Also eine Sache, die wir wirklich notwendig brauchen. Bei 51.000 untersuchten Betrieben wurde z. B. festgestellt, daß bei 7595 keine Erben da sind. Und wenn man noch dazu-

nimmt, daß soundsoviele Kinder überhaupt nicht gewillt sind, den väterlichen Hof zu übernehmen, dann müssen wir diese Zahl verdoppeln, zumindest ein Drittel dazugeben, das wären dann 10.000 Höfe in der Steiermark, die keine Erben haben. Und wenn man hört, wie unser Kollege Hegenbarth im Bericht gestern über die Grundverkehrskommission erklärt hat, daß in einem Monat 1000 Grundverkehrsfälle die Grundverkehrskommission befasen, dann muß man wohl sagen, daß wirklich der Grund in Bewegung ist. Für die ganze Planung ist ja Grundlage der Grund und Boden. Denn was will man denn planen, wenn man keinen Grund und Boden hat? Nachdem man ja weiß, daß Grund und Boden weder vermehrbar noch vergrößerbar ist, muß man sich mit den gegebenen Tatsachen, die man zur Verfügung hat, abfinden. Wenn man nur bedenkt, was man da machen soll, wenn die Autobahn kommt. Hunderte und Hunderte von Betrieben werden durchschnitten und viele Existenzen werden überhaupt nicht mehr wirtschaftsfähig sein, weil nur allein durch den Bau der Autobahn das Weiterwirtschaften in vielen Betrieben nicht mehr möglich ist. Der Herr Landeshauptmann hat ja gestern erklärt bei den Straßenbauten usw., auf wieviel Schwierigkeiten man bei der Grundablöse stößt. Wieviel leichter wäre es, wenn man da Grund gegen Grund tauschen könnte und nur eventuell den Überhang mit Geld ablöst. Und das wäre natürlich Aufgabe der Bodenbank. Vielleicht sind wir damit schon spät dran, vielleicht hätten wir das schon längst machen sollen, denn das wäre meines Erachtens die moderne Bodenreform. So manche Sache würde sich leichter machen lassen. Spekulationen würden ausgeschaltet, Planungen könnten durchgeführt werden, neue Höfe könnten gegründet werden und so manches könnte mit der Bodenbank geregelt werden, ohne daß man ein Gesetz, ohne daß man eine Zwangsmaßnahme braucht. All das könnte in kurzer Zeit, und vor allem für beide Teile, befriedigend erledigt werden. Wie diese Bodenbank ausschauen wird, wissen wir natürlich alle miteinander noch nicht. Wer sie macht, ob wir sie machen, aber auf jeden Fall kann ich mir vorstellen, daß den größten Teil dieses Kapitals der Staat in die Hand nehmen müßte. Geldinstitute usw. müßten sich da einschalten. Denn es sind für diese Bodenbank meines Erachtens ungeheure Mittel notwendig. Wenn man weiß, daß pro Tag in Österreich 20 Hektar bester Boden, Wiesen- und Ackerboden nur durch die Planung von Siedlungen und Neubauten verlorengehen, dann muß man wohl denken, daß nach kurzer oder längerer Zeit dann etwas geschieht, was wir dann nicht mehr bewältigen können. Ich könnte mir vorstellen, daß bei diesen Grundverkäufen eine Anbieterspflicht bestehen müßte. Ich könnte mir auch vorstellen, daß die Grundverkehrskommissionen sich hier einschalten und diese freiwerdenden Grundstücke in die Planung einbeziehen. Wichtig wäre es, daß diese Bodenbank, die ja eine zukünftige Bodenplanung überhaupt erst möglich macht, so bald als möglich Wirklichkeit wird. (Beifall.)

**Präsident:** Zum Worte gemeldet hat sich Herr Abg. Leitner. Ich erteile es ihm.

Abg. **Leitner**: Meine Damen und Herren! Mit Sorge verfolgen die kleineren Bauern die wirtschaftliche und agrarpolitische Entwicklung in Österreich, die zu ihren Ungunsten verläuft. Es wird wohl viel von der Modernisierung und Rationalisierung der Landwirtschaft und von Schutz und Hilfe für die bäuerlichen Familienwirtschaften gesprochen. Tatsache ist aber, daß sich die Bodenbesitzverhältnisse und die Wirtschaftsbedingungen immer mehr zugunsten der Großagrarien verändern. Sie sind die Nutznießer der derzeitigen Agrar-, Boden-, Kredit- und Subventionspolitik und nicht zuletzt auch des technischen Fortschrittes sowie des derzeitigen Preisstützungssystem, das ihnen auf Kosten der Steuerzahler viele Millionen Schilling an Profit einbringt. Die kleineren Bauern haben infolge dieser Agrarpolitik den Anschluß an die technische und wirtschaftliche Entwicklung verloren. Verschärft wird ihre Situation durch die Teuerung, die zu einer weiteren Verschlechterung des Verhältnisses zwischen den Einkommen und Ausgaben der bäuerlichen Familienbetriebe führt. Das alles führt dazu, daß die Erträge der kleineren Bauernwirtschaften — trotz schwerer Arbeit der Bauernfamilie — zusammenschumpfen und immer weniger für den Unterhalt der Familien ausreichen. Zu diesen Sorgen kommen dann noch die äußerst mangelhaften sozialen Verhältnisse und die oft sehr miserablen Wohnbedingungen. Das sind einige Gründe, warum so viele Bauern und deren Angehörige die bäuerliche Wirtschaft aufgeben und damit auch den Beruf und sich um eine andere Arbeit umsehen. Gleichzeitig wächst die Zahl der Grundbesitzer der Großagrarien. (Zwischenruf von der ÖVP: „Wo?“) Das beweisen die Ergebnisse der letzten Betriebszählung von 1960, bei der festgestellt wurde, daß in Steiermark die Zahl der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe von 1951 bis 1960 um 2954, also fast um 3000 Betriebe abgenommen hat, während es gleichzeitig um 35 Großbetriebe mit über 100 Hektar mehr gibt. Zu dieser Kategorie von „Bauern“ gehören die Betriebe der „Grafen“ Stürghk, Kottulinsky, Meran, die „Prinzen“ Croy, Liechtenstein, Schwarzenberg usw. (Zwischenruf: „Die kapitalistischen Kolchosen!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Da wären die besten Möglichkeiten für Bodenreform und Grundaufstockung. (Abg. Dr. **Assmann**: Konservativ oder revolutionär, wofür sind Sie jetzt?) Ich bin für die Bodenreform. (Zwischenruf: „Ja, allen alles wegnehmen, das ist Ihre Bodenreform!“ — Ldsrt. **Wegart**: „Ich weiß, wofür der Leitner ist, der Leitner ist für den Wirbel, das ist ihm am wichtigsten!“) Nein, ich bin nur dafür, daß man sich einsetzt für die kleinen Bauern. Hier wird immer nur gesprochen von „den Bauern“. Dabei gibt es ganz kleine, winzige Bergbauern, es gibt Mittelbauern, es gibt Großbauern und ganz, ganz große Agrarien. Sie nennen sie alle „Bauern“. (Abg. **Pözl**: Aber in Österreich gibt es dafür nur „freie“ Bauern. Nur freie, das ist der Unterschied!) Ja, so frei, daß sie zugrunde gehen können. Das ist die Freiheit, die sie haben. Ich bin dafür, daß man sich die Sache konkret anschaut. Sie werden sehen, ich stütze mich bei meinen Behauptungen nur auf ganz offizielles Ziffermaterial. (Ldsrt. **Wegart**: „Das wissen wir ja,

reden Sie lieber von Rußland, das interessiert uns.“ — Ldsrt. **Peltzmann**: „Aber in Österreich gibt es nur freie Bauern, das ist der Unterschied!“)

Durch die derzeitige Agrarpolitik wird vor allem der größte Teil der kleinen Bergbauern schwer betroffen. Sie haben es noch schwerer als ihre Kollegen in der Ebene. Zu den wirtschaftlichen Sorgen, mit denen die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe im allgemeinen zu kämpfen haben, kommt bei den Bergbauern, daß sie es oft mit ungünstigen Klimaverhältnissen zu tun haben, daß sie ihre Grundstücke meist in bergiger Lage haben, wodurch ihnen die Bearbeitung ihres Bodens mit modernen Maschinen und Geräten beachtlich erschwert wird. Der Bericht der Arbeitsgemeinschaft für Bergbauernfragen sagt zur Lage der Bergbauern: Die Ertragslage der Bergbauern ist in den letzten Jahren nicht verbessert, sondern es ist zu einer weiteren Verschlechterung der Einnahmen der Bergbauern gekommen. Die Bergbauern wurden, wie dieser Bericht zeigt, nicht gefördert, sonst müßte sich ihre Lage verbessert haben. (Abg. Dr. **Pittermann**: „Spielen Sie nicht mit den Bauern, das ist kein Spielzeug für Ihre demagogischen Ideen, wenn man die Dinge kennt in den Volksdemokratien, nicht von mir, sondern vom Herrn Chruschtschow persönlich festgestellt.“) Herr Dr. Pittermann, diese Statistiken und diese Schriften stehen auch für Sie zur Verfügung, aber Sie sprechen nicht davon, weil es in Ihr Konzept nicht paßt. Und ich muß sagen, mir paßt das in das Konzept. (Abg. Dr. **Pittermann**: „Das glaube ich, das einzige wahre Wort, das Sie heute gesagt haben!“) Mir paßt das deswegen, weil ich im Interesse der kleinen Bauern und Bergbauern spreche. Also, die Ertragslage dieser Bergbauern hat sich nicht verbessert. Ich habe einen Druck ausgeübt? (Abg. **Pözl**: „Sie möchten das gerne!“) Bei den Herren Abg. Dr. Pittermann und Pözl sehe ich, wie meine Ausführungen wirken: wie wenn man mit einer Nadel auf einen bestimmten Ort stehen würde. Viele werden sagen, er ist zwar ein Kommunist, aber recht hat er doch. Wir werden die Gelegenheit wahrnehmen, die bäuerliche Bevölkerung über meine Ausführungen zu informieren. (Abg. **Pözl**: „Unsere bäuerliche Bevölkerung wartet ja schon darauf, diese Schriften kennenzulernen.“ — **Präsident**: „Bitte, den Redner nicht zu unterbrechen, er ist nur ein einziger, lassen wir ihn ausreden.“) Die Ertragslage der Bergbauern hat sich also nach diesem Bericht nicht verbessert, sondern es ist zu einer weiteren Verschlechterung der Einnahmen der Bergbauern gekommen. (Abg. **Koller**: „Die Bauern wären darauf neugierig, wie dieses Problem in Rußland gelöst worden ist!“) Das liegt aber nicht daran, daß zu wenig Mittel vorhanden sind, sondern daran, daß bei der Verteilung der Mittel die Großgrundbesitzer den Rahm abschöpfen, die Masse der Bauern aber mit der Magermilch vorlieb nehmen muß. (Abg. **Karl Lackner**: „Nur die im Bergbauernkataster erhalten eine Beihilfe, die Großbauern erhalten überhaupt keine Beihilfe mehr!“) Ich werde Ihnen Ziffern nennen, die das beweisen. Was Sie sagen ist nicht richtig. Aber die Bergbauern sind eine große Masse. Und da müßte man vor allem die vorhandenen Mittel denen geben, die es wirklich brauchen, nicht denen, die so-

wieso schon im Fett schwimmen. (Abg. Pölzl: „Glauben Sie das wirklich, was Sie gesagt haben?“) Ja, ich muß es glauben... (Heiterkeit. — Abg. Dr. Pittermann: Das ist ihm ja vorgeschrieben.“ — Abg. Pölzl: „Wer schreibt Ihnen das vor?“ — Abg. Koller: „Es soll aber Millionen Menschen geben, die sogar für die Brosamen dankbar wären!“) Warum soll ich das nicht glauben, daß in der Steiermark zum Beispiel noch immer über 15.000 bäuerliche Wohnhäuser ohne Stromanschluß bestehen? Diese Angabe kommt aus einem Bericht des Informationsdienstes der Landesbauernkammer für das Jahr 1961. (Unverständliche Zwischenrufe.) Bitte schön, prüfen Sie das nach, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Doktor Koren. Ebenso sind nach einer Mitteilung des Landwirtschaftsministeriums aus dem Jahre 1961... (Ldsrt. Wegart: „Wir haben ja jetzt 1963 und nicht 1961!“) während dieser paar Jahre hat sich vielleicht einiges getan, andere Ziffern liegen noch nicht vor — noch 14.656 Bauernhöfe in der Steiermark ohne Hofzufahrt und insgesamt fehlen 15.000 Kilometer Hofzufahrtswege. Schwierig und mit hohen Kosten verbunden ist die Mechanisierung des Bergbauernhofes. Da in den Kleinwirtschaften die Feldmaschinen durch menschliche Arbeitskraft ersetzt werden müssen, sind mehr Arbeitskräfte für die Bewirtschaftung des Hofes erforderlich. Dieser Umstand wirkt sich nachteilig auf das Einkommen der einzelnen Mitglieder der Bauernfamilien aus. Das ist auch der Grund, warum zahlreiche, vor allem jüngere Familienangehörige der Landwirtschaft den Rücken kehren und zum Teil den Hof ganz verlassen. Dadurch wird die Arbeitsüberlastung für die auf dem Hof verbleibenden Leute noch größer. Die Folgen sind schwere Gesundheitsstörungen bei der bergbäuerlichen Bevölkerung. Vor einiger Zeit hat die „Kleine Zeitung“ geschrieben: Es ist doch eine Tatsache, daß die Bäuerinnen bei uns um 5 Jahre früher sterben als die Frauen in anderen Berufsgruppen. Rückgratschäden, Rheuma, Herz- und Kreislaufkrankungen sowie neurotische Störungen bei bäuerlichen Menschen nehmen rapid zu. Eine Musterungsstatistik, die sich konkret mit der Steiermark befaßt, zeigt, daß bei der Musterung bei 1216 Jungbauern und 987 Land- und Forstarbeitern von den Bauernburschen fast 10% untauglich waren. Unter den Land- und Forstarbeitern waren 12% nicht tauglich. Bei den übrigen Berufssparten zusammen ergab sich ein Durchschnitt von nur 8% Nichttauglichen. Die überwiegende Mehrheit unserer Bergfrauen gehört zu den wirtschaftlich schwachen Bevölkerungsschichten. Die wenigsten von ihnen können sich finanzielle Reserven für das Alter oder für den Fall, daß sie krank oder arbeitsunfähig werden, anlegen. Deshalb ist gerade für sie die Schaffung einer bäuerlichen Krankenversicherung mit sozial gestaffelten Beiträgen und Staatszuschuß dringend notwendig. Die Einführung einer Ausgleichszulage und die Verwirklichung der Arbeitsunfähigkeitsrente ist ebenso notwendig.

Es wird immer auf die Beträge, die zur Förderung der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden, hingewiesen. Es werden auch tatsächlich beachtliche Beträge in Form von Subventionen, verbilligten Krediten, Investitionsbegünstigungen usw. vom

Staat zur Verfügung gestellt. Aber, wie die Erfahrung zeigt, kommen bei der Vergebung in erster Linie (Abg. Pölzl: „Nur die Großen!“) die Großen zum Zuge, die sich in wirtschaftlicher Hinsicht ohnehin ausgezeichnet stehen. Die bäuerlichen Familienbetriebe und insbesondere die Bergbauern, von denen viele mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, werden jedoch mit Brosamen abgespeist oder gehen überhaupt leer aus.

Die Auswertung der Betriebszählung 1960 durch das Statistische Zentralamt beweist das Gesagte: Fast ein Drittel der steirischen Bauernwirtschaften, nämlich 20.600 von 75.400, haben weder ein Zugtier noch eine Zugmaschine. Beinahe die Hälfte der Betriebe, nämlich 37.600, arbeiten ausschließlich mit tierischer Zugkraft. Nur 6800 Betriebe sind voll motorisiert, das sind 9%. Das ist der Zustand, wie er wirklich in der Steiermark ist. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf den Abg. Koller eingehen, der erklärt hat, die Zukunft gehöre dem Leistungsstaat, den wettbewerbsfähigen Familienbetrieben. Ob diese große Anzahl steirischer Bauernbetriebe, die überhaupt keine Zugkraft oder nur eine tierische Zugkraft haben, beim Konkurrenzkampf innerhalb der EWG wettbewerbsfähig sind, das überlasse ich Ihnen, meine Herren. (Abg. Pölzl: „Diese Sorge nehmen wir auf uns.“)

Eine wichtige Rolle für unsere Klein- und Bergbauern spielen insbesondere auch die Alm- und Weidewirtschaft, der Ausbau der Alm- und Güterwege, die Verbesserung der Stallungen und Düngerstätten, die Besitzfestigungsmaßnahmen und der Transportkostenzuschuß. Bereits in den letzten Jahren waren die Mittel, die vom Bund für diese Zwecke zur Verfügung gestellt wurden, zu klein, völlig unzureichend und meist nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Für das kommende Jahr sind aber dafür im ordentlichen Budget des Bundes noch kleinere Beträge vorgesehen. Das heißt, daß man für die Bedürftigen, Klein- und Bergbauern, noch weniger machen will als bisher, um den Großen noch mehr geben zu können.

Mit dieser Politik, die für die bäuerliche Bevölkerung und insbesondere für die Bergbauern verderbliche Folgen hat, muß Schluß gemacht werden. Die beträchtlichen Summen, die vom Staat, vom Land und auch von anderen Körperschaften zur Förderung der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden, dürfen nicht wie bisher zum größten Teil der Erhöhung der Gewinne der Großagrarien dienen, sondern müssen ausschließlich für die Förderung der bedürftigen Bauern unter besonderer Berücksichtigung der Bergbauern verwendet werden. Die Vergebung und Verwendung der für die Landwirtschaft vorgesehenen staatlichen Fördermittel müßte außerdem in geeigneter Form veröffentlicht werden, damit die bäuerliche Bevölkerung kontrollieren kann (Abg. Pölzl: „Ob der Nachbar etwas bekommen hat!“), wofür diese Gelder verwendet werden und wer sie bekommt. Ich lese auch den „Bauernbündler“, das offizielle Organ der Bauernkammer, aber ich muß sagen, da ist nie angeführt, wer welche Mittel bekommen hat. Das deswegen, weil offensichtlich damit versucht wird, der Öffentlichkeit über die Verteilung dieser

Mittel nichts zu sagen. (Abg. Pölzl: „Aber Herr Leitner, Sie als Abgeordneter haben doch die Möglichkeit, sich zu überzeugen, wer etwas bekommt! Glauben Sie, das ist angenehm, wenn in der Zeitung steht, der Bauer Meier hat 3000 Schilling bekommen?“) Natürlich, weil das die Leute interessiert. (Abg. Pölzl: „Den Bauer Meier aber nicht.“) So etwas wird niemand einem Bauern neiden, aber die Millionenbeträge, die sogenannten „Grafen“ und „Prinzen“ zugeschanzt werden, da liegt die Sache schon ganz anders.

Für die Klein-, Mittel- und Bergbauern gibt es auch keine Steuerbegünstigungen. Sie müssen ihre Steuern pünktlich bezahlen. Den Großen, den Wald- und Gutsbesitzern, die pro Hektar sowieso weniger Steuern bezahlen wie die Bauern, räumt man noch spezielle Steuerbegünstigungen ein. Sie können Steuerabschreibungen bei Investitionen und beim Ankauf von Maschinen durchführen.

Seit einiger Zeit wird von strukturellen Hilfsmaßnahmen gesprochen, zu denen zweifellos die Bildung einer sogenannten Bodenbank zählt, um sogenannte Besitzaufstockungen durchzuführen. Durch diese Aktionen, so wird erklärt, soll den bodenarmen Bauern die Möglichkeit gegeben werden, ihren Grundbesitz aufzustocken, und zwar so weit aufzustocken, daß damit ein lebensfähiger landwirtschaftlicher Betrieb entsteht. In Steiermark haben aber nach einem Bericht des Landwirtschaftsministeriums im Vorjahr insgesamt nur 102 Landwirte einen verbilligten Kredit im Rahmen der Besitzaufstockungsaktion bekommen. (Ldsrt. Wegart: „Eine Frage: Sind Sie für den freien Bauern?“) Ich bin für den freien Bauern. (Ldsrt.: Wegart: „In Rußland auch?“)

**Präsident:** Herr Abg. Leitner, fahren Sie fort!

**Abg. Leitner:** Daraus ist ersichtlich, daß die derzeitigen Grundaufstockungsaktionen praktisch eine Augenauswischerei sind. Die rapide Abnahme der Zahl der kleineren Wirtschaften ist ein eindeutiger Beweis für diese Feststellung. (Ldsrt. Wegart: „Sie haben leider unvollständige Unterlagen!“)

Im Zusammenhang mit den Assoziierungsbestrebungen Österreichs mit der EWG erhoffen sich die verantwortlichen „Bauernführer“ eine Beschleunigung des Kleinbauernsterbens. Im Tätigkeitsbericht der Steirischen Landesbauernkammer 1960/61, der allen Abgeordneten zugeschickt wurde, kann man auf Seite 183 lesen: „Zum Teil ist der zögernde Fortschritt in dieser agrarpolitisch so bedeutsamen Maßnahme der Strukturverbesserung in der Steiermark sicher darauf zurückzuführen, daß bisher das Anbot an Grund und Boden für eine nachhaltigere Aufstockungstätigkeit sehr mäßig war. Mit der zunehmenden Verschärfung des wirtschaftlichen Wettbewerbes scheint aber auch bei uns in Österreich die Zahl der nicht lebensfähigen landwirtschaftlichen Kleinbetriebe immer mehr zurückzugehen. Es ist daher anzunehmen, daß insbesondere auch im Zusammenhang mit den Assoziierungsbestrebungen zur Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit unserer Landwirtschaft das steigende Anbot von in Auflasung begriffenen klein- und mittelbäuerlichen Be-

trieben die Inanspruchnahme der Agrarinvestitionskredite in den kommenden Jahren merklich zunehmen wird.“ Das ist die Meinung der Steirischen Landwirtschaftskammer. Der Herr Abg. Edlinger hat ebenfalls eine Variante angeführt. Bauernbetriebe, die angeblich keine Erben mehr haben werden, so etwas wird es geben. Es wird auch solche geben, und das ist wahrscheinlich der größere Teil, die trotz vieler Arbeit sehen, daß sie auf keinen grünen Zweig kommen bei den derzeitigen Förderungen, die ihnen gegeben werden. Ich glaube, daß das nicht in erster Linie mit ihrer Unfähigkeit zusammenhängt, sondern sie werden zu wenig gefördert, sie haben zu wenig Grund und sind gezwungen, wenn sie nicht als Parias unter den Österreichern leben wollen, eben eine andere Arbeit zu suchen, und man fördert sogar diese Entwicklung; damit mit diesem Grund und Boden andere Bauernwirtschaften aufgezogen werden können. Wir glauben nur nicht, und meine Zahlen, die ich angeführt habe, beweisen es, daß nicht von kleinen Bauern, also mehr mittlere Bauern werden, sondern daß mehr Großbauern werden. Und dafür haben wir kein Verständnis. Wie das Ergebnis dieser letzten Betriebszählung zeigt, sind die Großen noch größer geworden. Eine wirkliche Aufstockung der Klein- und Bergbauern ist nur durch eine echte Bodenreform möglich. In der Steiermark müßten im Zug einer solchen Reform vor allem auch herrschaftliche Waldungen, Almen und Weiden zur gemeinsamen Nutzung den Bauern übergeben werden. Meine Damen und Herren! Ich möchte auch zu einigen Fragen, die hier aufgeworfen wurden, kurz Stellung nehmen. Es wurde gesagt „Sowjetunion“. Die Herren Abgeordneten Koller und Buchberger haben hingewiesen, daß die bäuerlichen Betriebe und die Landwirtschaft zwar wesentlich auch abhängen von ihrer Ausgestaltung und Ausstattung mit Maschinen usw., daß aber für sie entscheidend sind die Natur, ob es viel oder wenig Regen gibt, wie der Winter sich auswirkt, wieviel Sonne scheint usw. usw., und sie haben hier Zahlen angeführt (Ldsrt. Wegart: „Chruschtschow sagt das auch, daß das Wetter schlecht war in Rußland und es Weizen einführen muß!“) Bitte, war das Wetter schlecht im vergangenen Winter, ja oder nein? Es war sehr schlecht, es hat zusätzlich in vielen Teilen der Sowjetunion noch eine sehr große Dürre gegeben. (Unverständliche Zwischenrufe. — Abg. Hegenbarth: „Sie haben eine Vorstellung!“ — Abg. Koller: „Warum hat da der Chruschtschow nichts gemacht?“ — Weitere Zwischenrufe.) Die Bauern haben nicht 200 Millionen Hektar, aber doch einen größeren Teil, damit man sicher ist, daß selbst bei einer sogenannten Mißernte, was immer wieder vorkommen kann, genügend Getreide und andere Nahrungsmittel zu haben sind, um doch durchzukommen. Das war bekanntlich diesmal nicht der Fall. Das soll jetzt geändert werden. Große Mittel, 20 Millionen Rubel, soweit mir bekannt ist, sollen im nächsten Jahr zur Verfügung gestellt werden, damit alle notwendigen Felder auch gedüngt werden. (Abg. Koller: „Das kennen wir, seit 40 Jahren wird davon gesprochen, daß die Felder gedüngt werden müssen!“) Wenn Sie sagen, die Sowjetunion hat 40 Jahre dafür Zeit gehabt, so müssen Sie auch

bedenken, daß dort ein riesiger Aufbau der Industrie vor sich gegangen ist, wobei zweifellos die Landwirtschaft sehr lange Zeit im Schatten dieser Entwicklung gestanden ist. (Ldsrt. Wegart: „Klar! Ihr habt die Bauern ausradiert und jetzt habt ihr keinen Weizen!“) Das kann man nicht alles auf einmal machen, aber gerade jetzt wird gezeigt, daß zu den großen Mitteln in den Budgets der verschiedenen Körperschaften dieses Landes zusätzlich gewaltige Mittel mobilisiert werden, um auch die Landwirtschaft auf das Niveau zu heben, auf dem schon die Industrie ist. (Ldsrt. Wegart: „Ihr müßt für freie Bauern sorgen, dann habt ihr das Problem gelöst!“) Ich habe schon gesagt, was Sie unter frei verstehen und der Herr Landeshauptmann hat sich dagegen gewehrt. (Ldsrt. Wegart: „Ein Land, das die ganze Welt ernähren könnte, muß Weizen kaufen, da seht ihr den ganzen Widersinn, und der will uns belehren und hält uns jetzt einen Vortrag, wie wir das machen sollen. Sie müßten ja schweigen!“) Nein, ich brauche nicht schweigen, und zwar deshalb, weil selbst ein Land wie Frankreich (Ldsrt. Wegart: „Rußland könnte die ganze Welt versorgen und hat keinen Weizen!“) auf Grund des vergangenen Winters ebenfalls genötigt ist, Weizen einzukaufen, Frankreich. Das kann auch so einem Land passieren. Denen ist das auch passiert. Aber Ihnen geht es nicht darum, dort eventuelle Fehler zu beheben, sondern Ihnen geht es nur darum, Unwahrheiten zu verbreiten, um Politik zu machen.

Ich möchte Sie am Schluß noch darauf aufmerksam machen, daß Sie im Zusammenhang mit den sozialistischen Ländern im Laufe der Jahre vielen Unsinn behauptet haben und dann würden Sie überrascht mit dem Sputnik und mit dem Menschen im Weltraum. (Ldsrt. Wegart: „Da können sich die Russen was herunterbeißen vom Sputnik, gebt ihnen lieber was Ordentliches zu essen!“) Ein Politiker muß real bleiben auch dem Gegner gegenüber.

**Präsident:** Hohes Haus! Der Wunsch wurde hier vorgebracht, daß wir, wenn wir fertig werden wollen am heutigen Tage mit der Gruppe 7, wie es voriges Jahr geschehen ist 1. einmal die Rednerliste abschließen. Nach diesem Beschluß würde keine Wortmeldung mehr angenommen werden und der einzelne Redner ist begrenzt mit 10 Minuten (Abg. Hans Brandl: „20 Minuten, Herr Präsident!“), mit 10 Minuten, ausgenommen die Herren der Landesregierung, für die gibt es keine Beschränkung. Bitte, haben Sie mich verstanden? Sind Sie mit meinem Vorschlag einverstanden? Ich bitte um ein Händezeichen. (Allgemeine Zwischenrufe: „15 Minuten!“) Na, dann lassen wir es, ich bleibe 8 Tage auch hier. Wenn Sie nicht wollen. Sie waren ja bei mir und haben es (Abg. Hans Brandl: „Ich?“). Nein Sie nicht, Sie sind ja nur ein Teil der Gemeinschaft, nicht wahr. Sie waren bei mir und haben das von mir gefordert, nicht nur unsere Partei. Also ich lasse abstimmen. Wer dafür ist für diesen Vorschlag, der von der Sozialistischen Partei an mich herangetragen wurde, bitte um ein Händezeichen. (Geschlecht.) Der Vorschlag ist nicht angenommen. Bitte, wir reden weiter, so lange Sie wollen, meine Herren. Das Wort hat Herr Dr. Stephan.

**3. Präsident Dr. Stephan:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus! Ich möchte gleich eingangs betonen, daß ich mich, ohne die Notwendigkeit einzusehen, daß man eilen soll, schon einer entsprechenden Kürze befleißigen kann, weil ja zum Gegenstande schon sehr viel und auch sehr ausführlich gesprochen worden ist. Es ist im einzelnen von den Vertretern beider Koalitionsparteien zum Gegenstande viel gesagt worden; mit dem man sich auch von hier aus absolut einverstanden erklären kann. Auf die Ausführungen des Kollegen Leitner glaube ich nicht eingehen zu müssen, und die möchte ich aus dieser Anerkennung meinerseits ausklammern. Ich darf mich daher auf ein Teilgebiet begeben, das in verhältnismäßig kurzer Zeit abgewickelt sein wird. Wenn Sie sich die Statistiken über den Gesundheitszustand bei den Musterrungen ansehen — es ist auch davon hier schon die Rede gewesen (Abg. Leitner: „Auch von mir!“), werden Sie feststellen können, daß der Gesundheitszustand der Landbevölkerung, der bäuerlichen Bevölkerung weit schlechter als der der städtischen, ja der Industrie-, ja sogar der Bergwerksbevölkerung ist. Das hat seinen Grund sicherlich nicht nur darin, daß man vielleicht die ärztliche Versorgung nicht in dem Ausmaß hat, daß man etwa unmoderner in bezug auf Hygiene usw. ist, sondern das hat vor allem seinen Grund darin, daß die arbeitsmäßige Belastung auf dem Bauernhof insbesondere für die Frau und die Kinder erheblich zu groß ist. Es wird immer wieder versucht, diesem Übelstande dadurch abzuheilen, daß man kaufmännische, also marktmäßige Abhilfe zu schaffen versucht. Es wird auf die Dauer damit allein nicht gehen, daß man kostendeckende Preise für die Landwirtschaft schafft, sondern es wird — und das ist von dieser Stelle aus und von meiner Fraktion schon oft gesagt worden — einmal auch davon Kenntnis genommen werden müssen, daß die Frage der landwirtschaftlichen Bevölkerung auch eine soziale Frage ist. Die Bäuerin, aber auch die — soweit noch vorhandene — Magd auf dem Bauernhof müssen als Mutter genauso geschützt werden wie jede andere Frau in diesem Lande. Und wenn man mir erwidert, daß dazu die Zeit nicht vorhanden sei, weil die Bäuerin eben nicht 6 Wochen vor der Entbindung und 6 Wochen nach der Entbindung ihrer Arbeit fernbleiben kann, so muß ich sagen, wird man eben da auf Abhilfe sinnen und diese Abhilfe in die Wege leiten müssen. Es ist schon viel in den letzten Tagen und Stunden über den Aufbau unseres Vaterlandes seit 1945 gesprochen worden. Es ist auch ohne Zweifel Bewunderungswürdiges geschehen. Es sind aber auch einzelne Dinge ohne Zweifel zurückgeblieben und müssen nachgeholt werden. Arbeitszeitregelung, Urlaub, Mindestlohn, Arbeitslosenunterstützung, Mutterschutz sind für fast alle übrigen Bevölkerungsteile eine Selbstverständlichkeit. Aber keine der hier angeführten sozialen Errungenschaften gilt auch in vollem Ausmaß für die Bäuerin und auch für den Bauern. Es wird also wirklich notwendig sein, daß man endlich davon abgeht, die ganze Angelegenheit nur vom Preis her zu betrachten. Es wird notwendig sein, die Angelegenheit von oben, also von der Bundesebene, vom Staat her als soziale Frage zu betrachten. Der Staat muß wissen,

ob er Bauern braucht oder ob er sie nicht braucht. Und wenn der Staat zur Überzeugung kommt, woran ich nicht zweifle, daß er Bauern braucht, dann muß er zu ihrer Erhaltung etwas beitragen. Der Streit, ob es sich um eine Produzentenpreisstützung oder um eine Konsumentenpreisstützung handelt, ist ein Streit um des Kaisers Bart und er führt sicherlich zu dem Ziel, das wir letztlich alle im Auge haben, nämlich auf unserem Lande den Bauern zu erhalten, wie er seit Jahrhunderten darauf sitzt.

Vergleiche mit anderen westlichen oder östlichen Ländern sind nicht am Platze, denn der amerikanische Farmer ist kein Bauer und der russische Muschik ist auch kein Bauer. Bauern gibt es in Mitteleuropa und am besten im deutschen Sprachgebiet und am allerbesten in unseren Alpenländern und diese zu erhalten ist unser Interesse. Es wäre auch die Untersteiermark unserem Staate und unserem Volke nicht verlorengegangen, wenn wir dort nicht Slowenen als Bauern gehabt hätten und die Deutschen in den Städten, sondern umgekehrt. Das Beharrungsvermögen für ein Land schafft unser Bauer. Also wird der Staat zur Überzeugung kommen, daß dieser Bauer notwendig ist. Und wenn er zu dieser Überzeugung kommt, dann ist ein Streit über Produzenten- oder Konsumentenpreisstützung ein Unsinn und nur eine Flucht vor der Verantwortung.

Eines ist im Laufe dieser Diskussion nicht nur in der Landwirtschaft klar geworden: Schon in der Wohnungs- und Mietenfrage, aber auch bei anderen Dingen hat es durchgeklungen, es gibt Weltanschauungen, die darauf fußen, daß das Eigentum und der Begriff des Eigentums möglichst ausgetilgt wird. Es muß also der Eigentümer auch im Sinne unseres bürgerlichen Gesetzbuches immer weiter von seinem Recht herunter. Er muß dafür bezahlen, daß er Eigentum haben darf. Das gilt für den Hausbesitzer in der Stadt genauso wie für den Bauern auf dem Lande. Man ist bereit, mit seinen sozialen Unterstützungen für den, der kein Eigentum hat, sehr weit zu gehen, man ist aber nicht bereit, für den, der Eigentum hat und für dieses auch im Interesse des Volkes die Verantwortung trägt, die gleichen Benefizien zuzugestehen. Es wird also wirklich notwendig sein, daß man vom Prinzip her sich an höchster Stelle darüber Gedanken macht, will man Bauern und braucht man Bauern. Dann wird man die sozialen Maßnahmen auch ergreifen, die zur Erhaltung unseres Bauernstandes und damit unseres Volkes notwendig sind. (Beifall.)

**Präsident:** Zum Worte hat sich der Herr Abgeordnete Lafer gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Lafer:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Darf ich vielleicht zu Beginn meiner Ausführungen eine kleine Korrektur an den Äußerungen des Herrn Abg. Edlinger vornehmen, und zwar hinsichtlich des Verseuchungsgrades anlässlich der Tbc-Bekämpfung im Bezirk Feldbach und Fürstenfeld. Der Verseuchungsgrad ist leider Gottes höher als hier angegeben wurde. Der Verseuchungsgrad im Bezirk Feldbach liegt bei 7,8% und in Fürstenfeld noch etwas höher. Wenn ich richtig verstanden habe, dann hat Herr Abg. Edlinger von 3% als

Verseuchungsgrad in diesen Bezirken gesprochen. Bang-Seuche gab es, Gott sei Dank, im Bezirk nicht.

Nun vielleicht einiges zu den Ausführungen des Herrn Abg. Leitner wegen des Kleinbauern. Ich möchte an den Abg. Leitner nur die Frage stellen, wo der kleine Bauer bei ihm beginnt und wo man z. B. in Ostdeutschland vor Groß- oder Kleinbauern halt gemacht hat? Soweit mir bekannt ist, hat man in Ostdeutschland nicht den Großbauern etwas weggenommen, um es den kleinen Bauern zu geben, sondern man hat den großen wie den kleinen Bauern einfach liquidiert. (Abg. Dr. Pittermann: „So ist es, jawohl!“) Ich glaube, Herr Abgeordneter Leitner, das dürften auch Sie wissen. Und uns wollen Sie immer eine andere Politik hier vormachen. Ich kenne einen Kleinbauern, der von Ostdeutschland zu uns gezogen ist. Er wurde dann freigegeben, als man ihm das Letzte genommen hatte. Sein Betrieb war 2,8 ha groß. Man hat ihm den Betrieb genommen, man hat ihm die Gesundheit genommen und als kranken Menschen und als Bettler hat man ihm die Ausreisegenehmigung nach Österreich gegeben. In meinem Bezirk lebt er heute. Er ist vor sechs Wochen hergezogen. Da sehen Sie genau, wie es ist, Herr Abg. Leitner.

Ich möchte aber nicht zu diesen Dingen sprechen, sondern mich mit den Vorwürfen befassen, daß diese Beihilfen, gleichgültig, wie groß sie sind, nur den Großbauern in Steiermark zugute kämen. Ich selbst führe eine Bezirksbauernkammer in Feldbach mit etwa 10.000 bäuerlichen Betrieben, wovon 50% aller Betriebe unter 5 ha Nutzfläche haben. Diese Kleinlandwirtheilfen und Notstandsbeihilfen sind ausschließlich diesen kleinen und kleinsten Betrieben zugute gekommen. Und kein einziger großer Bauer ist in meinem Bezirk mit einer derartigen Beihilfe beteiligt worden. Und wenn ich mir die großen Schäden von Erdbeben usw. in unserem Gebiet vor Augen halte, so war hier eine echte Not vorhanden und eine echte Hilfe vom Lande aus notwendig. Und hier galt es wiederum, den Kleinen zu helfen und nicht den Großen. Ihre Anschauungen sind falsch (Abg. Dr. Pittermann: „Demagogie!“) und es wäre besser gewesen, Sie hätten über die Dinge gar nicht gesprochen, Herr Abg. Leitner.

Ich wollte auch nicht zu diesen Dingen sprechen, sondern habe mir ein anderes Thema für diese Budgetdebatte heute auserwählt. Und zwar möchte ich auf dem Gebiet des Flußbaues und der Meliorationen einige Worte sagen. Die großen Bodenverluste, die die Bauernschaft durch Siedlungsbauten, durch den Bau von öffentlichen Wegen und Anlagen auf sich nehmen muß, können meiner Meinung nach nur durch Aufschließung neuer Flächen wettgemacht werden. Wenn es nach Meldungen des AEZ in Österreich etwa 315.000 ha versumpfter, unproduktiver Flächen gibt, so glaube ich sicherlich, daß hier ein großes Reservoir ist, um diese Verluste durch Entwässerung und Nutzbarmachungen aufzuholen. In Steiermark sollen es nach vorsichtigen Schätzungen etwa 40.000 ha sein, die große Versumpfungen aufweisen und entwässerungsbedürftig sind. Und ich meine, gerade für diesen Zweck müßten entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden.